



Lebensbedingungen in Österreich – ein Blick auf Erwachsene, Kinder und Jugendliche sowie (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdete

Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales
und Konsumentenschutz zu Vertrag **BMASK-57158/0001-V/B/4/2015**



IMPRESSUM

Erstellt von:

Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria)
Guglgasse 13
1110 Wien

Auskünfte:

Schriftliche oder telefonische Anfragen zum Inhalt bei Statistik Austria, Allgemeiner Auskunftsdienst:

Guglgasse 13, 1110 Wien
Tel.: +43 (1) 711 28 – 7070
Fax: +43 (1) 715 68 28
E-mail: info@statistik.gv.at

Verantwortlich für den Inhalt:

Nadja Lamei (Projektleitung), Thomas Glaser, Susanne Göttlinger, Richard Heuberger, Anneliese Oismüller, Romana Riegler, Esther Greußing

Die Publikation und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (Statistik Austria) vorbehalten.

Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von Statistik Austria einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA“ gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen.

Korrekturhinweise senden Sie bitte an silc@statistik.gv.at

Erratum (Korrektur von Dez 2015): Auf Seite 9 vorletzter Absatz wurde das unterstrichene Wort wie folgt korrigiert: "...als jene aus Haushalten mit mittlerem (36%) und höherem Einkommen (22%)." [anstelle "niedrigem"]

INHALT

Verzeichnis der Tabellen	5
Verzeichnis der Grafiken	5
Zusammenfassung	7
1. Einleitung	11
1.1 Struktur und Fragestellung	11
1.2 Datengrundlage	12
2. Lebensbedingungen von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen	13
2.1 Einkommen	14
2.1.1 Haushaltseinkommen	14
2.1.2 Zusammensetzung und Verteilung des äquivalisierten Haushaltseinkommens	17
2.1.3 Medianer Lebensstandard und Lebensstandardposition	19
2.1.4 Hohe, mittlere und niedrige Einkommen	21
2.2 Wohnen	23
2.2.1 Wohn- und Energiekosten	23
2.2.2 Wohnkostenbelastung	25
2.2.3 Wohnqualität und Wohnprobleme	26
2.2.4 Wohnzufriedenheit	28
2.3 Verschuldung	30
2.4 Materielle Lebenslage und finanziell bedingte Einschränkungen	34
2.4.1 Vorhandensein von Konsumgütern und finanziell bedingten Einschränkungen	34
2.4.2 Spezifische Merkmale der materiellen Lebenslage für Erwachsene	37
2.4.3 Spezifische Merkmale der materiellen Lebenslage für Kinder und Jugendliche	40
2.5 Gesundheit	53
2.5.1 Allgemeine Gesundheitsindikatoren für Erwachsene	53
2.5.2 Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen	57
2.6 Zufriedenheit	65
2.6.1 Lebenszufriedenheit	65
2.6.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	67
2.6.3 Zufriedenheit mit dem Schulbesuch	70
3. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	73
3.1 Europa 2020-Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	73
3.1.1 Soziale Problembereiche im Blickpunkt der Europa 2020-Strategie	73
3.1.2 Zusammensetzung der Sozialzielgruppe	74
3.1.3 Österreichs Sozialzielgruppe im Vergleich mit den anderen Ländern der EU	77
3.1.4 Zeitliche Entwicklung und Grad der Zielerreichung von 2008 bis 2014	78
3.2 Armutsgefährdung	80
3.2.1 Maßzahlen für niedriges Einkommen: Armutsgefährdungsschwelle, -quote, und -lücke	80
3.2.2 Zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdung	81
3.2.3 Risikofaktoren für Armutsgefährdung	82
3.2.4 Armutsgefährdung von Erwerbstätigen: „working poor“	84

3.2.5	Wirkung von Pensionen und Sozialleistungen auf Armutsgefährdung	85
3.3	Erhebliche materielle Deprivation.....	89
3.3.1	Merkmale erheblicher materieller Deprivation	89
3.3.2	Zeitliche Entwicklung erheblicher materieller Deprivation	90
3.3.3	Risikofaktoren für erhebliche materielle Deprivation	91
3.4	Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.....	94
3.4.1	Zeitliche Entwicklung der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.....	97
3.4.2	Risikofaktoren für Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.....	97
3.4.3	Erwerbsbeteiligung von Frauen.....	99
4.	Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung als Kennzeichen besonderer Sozialer Benachteiligung	101
4.1	Wer sind die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten?	103
4.1.1	Soziodemographische Zusammensetzung.....	103
4.1.2	Risikofaktoren für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung	103
4.1.3	Entwicklung der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung	104
4.2	Wie leben mehrfach-ausgrenzungsgefährdete Personen?	106
4.2.1	Einkommen	107
4.2.2	Wohnen.....	110
4.2.3	Konsum, Verschuldung, Sparen.....	111
4.2.4	Gesundheit.....	112
4.2.5	Zufriedenheit	113
4.3	Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung: vorübergehender oder langfristiger Zustand?	114
5.	Literatur.....	117

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1: Bestandteile des Haushaltseinkommens in EU-SILC	15
Tabelle 2: Entwicklung des Haushaltseinkommens 2008 bis 2014	16
Tabelle 3: Berechnungsbeispiele für Bedarfs- oder Äquivalenzgewichtung	16
Tabelle 4: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens	17
Tabelle 5: Relativer Lebensstandard nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen 2014	20
Tabelle 6: Median der Wohnkosten und Wohnkosten pro Quadratmeter nach Rechtsverhältnis 2014	24
Tabelle 7: Zahlungsschwierigkeiten nach Haushaltstyp 2014	32
Tabelle 8: Armutsgefährdungsquote, -schwelle und -lücke 2008 bis 2014	82
Tabelle 9: Merkmale für erhebliche materielle Deprivation	90
Tabelle 10: Von erheblicher materieller Deprivation betroffene Personen 2008 bis 2014	91
Tabelle 11: Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität 2008 bis 2014	97
Tabelle 12: Armutsgefährdung und materielle Deprivation in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität und in übrigen Haushalten	99
Tabelle 13: Einkommenssituation nach Einfach-/Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung und für Nicht-Ausgrenzungsgefährdete	108

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1: Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen nach Haushaltstyp 2014	18
Grafik 2: Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen nach Bildung 2014	19
Grafik 3: Lebensstandardposition nach Haushaltstyp relativ zum Gesamtmedian (Median = 100)	21
Grafik 4: Niedrige, mittlere und hohe Einkommen nach Haushaltstyp 2014	22
Grafik 5: Energiekosten (pro Quadratmeter und insgesamt) nach Größe der Wohnung 2014	25
Grafik 6: Indikatoren zur Wohnkostenbelastung nach Rechtsverhältnis 2014	26
Grafik 7: Indikatoren „Prekäre Wohnqualität und „Belastung durch die Wohnumgebung“ 2008 - 2014	28
Grafik 8: Wohnzufriedenheit nach ausgewählten wohnrelevanten Merkmalen	29
Grafik 9: Anteil der Haushalte mit Krediten nach Einkommensgruppen 2008 und 2014	30
Grafik 10: Verschuldung nach Haushaltstyp 2014	31
Grafik 11: Kredite und Zahlungsrückstände nach Einkommensgruppe	32
Grafik 12: Leistbarkeit unerwarteter Ausgaben und Sparen im Haushalt nach Haushaltstyp 2014	33
Grafik 13: Nicht-Vorhandensein von Konsumgütern nach Einkommensgruppen 2014	35
Grafik 14: Nicht-Leistbarkeit von Grundbedürfnissen nach Einkommensgruppen 2014	36
Grafik 15: Nicht-Leistbarkeit nach Einkommensgruppen 2014: Abgenutzte Möbel ersetzen / Altgerätetausch	37
Grafik 16: Nicht-Leistbarkeit für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen 2014	39
Grafik 17: Nicht-Leistbarkeit von Gesundheitsleistungen für Buben und Mädchen nach Einkommensgruppen 2014	42
Grafik 18: Nicht-Verfügbarkeit von altersgerechter Ernährung sowie Bekleidung und Schuhen nach Einkommensgruppen 2014	43
Grafik 19: Nicht-Verfügbarkeit von Büchern und Spielsachen nach Einkommensgruppen 2014	44
Grafik 20: Platzprobleme und mangelnde Möglichkeiten sich im Freien aufzuhalten für Kinder nach Einkommensgruppen 2014	45
Grafik 21: Nicht-Verfügbarkeit von sozialer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach Einkommensgruppen 2014	46
Grafik 22: Materielle Deprivation von Kindern und Jugendlichen (mind. 3 von 18 Merkmalen treffen zu) nach Geschlecht, Einkommensgruppen, Haushaltstyp und Herkunft 2014	48
Grafik 23: Nicht-Leistbarkeit von bezahlter Lernförderung für Buben und Mädchen nach Einkommensgruppen 2014	49
Grafik 24: Unterstützung bei Hausaufgaben oder beim Lernen nach Einkommensgruppen 2014	50
Grafik 25: Besuchter Schultyp der 10- bis 14-Jährigen nach Einkommensgruppen 2014	51
Grafik 26: Geplanter Schulabschluss nach Einkommensgruppen 2014	52
Grafik 27: Subjektiver Gesundheitszustand und Lebenszufriedenheit nach Alter	53

Grafik 28: Gesundheitszustand und gesundheitliche Einschränkungen nach Betroffenheit von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und Teilgruppen davon	55
Grafik 29: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen 2008 bis 2014	56
Grafik 30: Nicht-Inanspruchnahme von gesundheitsbezogenen Leistungen nach Einkommensgruppen 2014	57
Grafik 31: Subjektiver Gesundheitszustand von Kindern.....	59
Grafik 32: Subjektiver Gesundheitszustand von Kindern nach Einkommensgruppen	59
Grafik 33: Zusammensetzung der Kinder mit sehr gutem, gutem und mittelmäßig bis schlechtem Gesundheitszustand nach Haushaltstypen.....	60
Grafik 34: Sehr guter bzw. guter Gesundheitszustand von Kindern nach Wohnproblemen	61
Grafik 35: Gesundheitliche Beeinträchtigungen von Kindern nach Einkommensgruppen 2014	62
Grafik 36: In ihrer Gesundheit gefährdete Kinder nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen und Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.....	63
Grafik 37: Bauch-/Kopfweh und Ein-/Durchschlafprobleme nach Einkommensgruppen	64
Grafik 38: Lebenszufriedenheit von Personen ab 16 Jahren.....	65
Grafik 39: Mittlere Lebenszufriedenheit nach Einkommensgruppen und Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.....	66
Grafik 40: Mittlere Lebenszufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen.....	67
Grafik 41: Mittlere Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Erwerbsstatus.....	68
Grafik 42: Mittlere Arbeitszufriedenheit nach erwerbsbezogenen Merkmalen	69
Grafik 43: Zufriedenheit mit dem Schulbesuch.....	70
Grafik 44: Zufriedenheit mit dem Schulbesuch nach ausgewählten Merkmalen.....	71
Grafik 45: Teilbereiche der Europa 2020-Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2014	75
Grafik 46: Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einfach- und Mehrfachausgrenzungsgefährdung	76
Grafik 47: Zusammensetzung der Sozialzielgruppe nach Alter und Geschlecht	77
Grafik 48: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 2013/2014: Österreich im europäischen Vergleich.....	78
Grafik 49: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich und der EU seit 2008.....	79
Grafik 50: Armutsgefährdungsschwelle-, lücke und -quote sowie Medianeinkommen für niedrige, mittlere und hohe Einkommensgruppen.....	81
Grafik 51: Armutsgefährdungsquote nach ausgewählten Merkmalen	83
Grafik 52: Quote der „Working Poor“ nach soziodemographischen Merkmalen und Erwerbsstatus	85
Grafik 53: Armutsgefährdung vor und nach Pensionen und Sozialleistungen nach Haushaltstyp.....	86
Grafik 54: Armutsgefährdung vor und nach Pensionen und Sozialleistungen im europäischen Vergleich.....	87
Grafik 55: Erhebliche materielle Deprivation im europäischen Vergleich	89
Grafik 56: Ausgewählte Deprivationsmerkmale und erhebliche materielle Deprivation nach Haushaltstypen.....	92
Grafik 57: Ausgewählte Deprivationsmerkmale und erhebliche materielle Deprivation für Kinder und Jugendliche sowie für Männer und Frauen.....	93
Grafik 58: Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität in Österreich und der EU	94
Grafik 59: Zusammensetzung der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	96
Grafik 60: Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen und Risikogruppen	98
Grafik 61: Armutsgefährdung und erhebliche materielle Deprivation nach Erwerbstätigkeit von Frauen	100
Grafik 62: (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdung: Besonders betroffene Gruppen.....	104
Grafik 63: Lebensbedingungen der (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdeten und der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten im Vergleich.....	106
Grafik 64: Einschätzung der eigenen finanziellen Kapazität.....	109
Grafik 65: Rechtsverhältnis und Wohnzufriedenheit nach Einfach-/Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung und für Nicht-Ausgrenzungsgefährdete	111
Grafik 66: Verschuldung nach (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdung	112
Grafik 67: Wahrgenommene und erwartete Entwicklung des Haushaltseinkommens für Einfach-/Mehrfach-bzw. Nicht-Ausgrenzungsgefährdete	115

ZUSAMMENFASSUNG

Unterschiedliche Lebensbedingungen je nach Einkommenshöhe

Die Lebensbedingungen von Menschen in Privathaushalten in Österreich sind je nach Höhe der Haushaltseinkommen ungleich verteilt. Die unterste Einkommensgruppe bilden Einkommen unter 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens (unter 13.926 Euro pro Jahr). Die mittlere Einkommensgruppe – nicht zu verwechseln mit „der Mittelschicht“ im soziologischen Sinne – liegt zwischen 60% und 180% des Medians. Hohe Einkommen bezeichnen hier Einkommen, die mindestens 180% des Medians (mindestens 41.779 Euro pro Jahr) betragen.

Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen leben häufiger in Mietwohnungen (58%) als jene mit hohem Einkommen (30%) und sind deutlich öfter von relativ hoher Wohnkostenbelastung betroffen: 39% weisen bei niedrigem Haushaltseinkommen einen Wohnkostenanteil von über 40% am Haushaltseinkommen auf, im Bevölkerungsdurchschnitt sind es nur 7%.

Wenn nur ein niedriges Einkommen zur Verfügung steht, wird seltener ein Kredit aufgenommen als bei mittlerem oder hohem Einkommen, dennoch treten Zahlungsprobleme häufiger auf. 15% der Personen in der niedrigen Einkommenskategorie hatten im Jahr 2014 Zahlungsschwierigkeiten bei laufenden Wohnkosten, Wohnnebenkosten oder bei Kreditrückzahlungen.

Finanziell bedingte Einschränkungen bei grundlegenden Bedürfnissen und Nicht-Leistbarkeit von bestimmten Sachgütern trifft einkommensschwache Haushalte öfter als Personen im mittleren Einkommensbereich; mit hohem Einkommen ist praktisch niemand betroffen. Die größten finanziell erzwungenen Einschränkungen werden für Niedrigeinkommenshaushalte im Hinblick auf unerwartete Ausgaben (für 56% nicht möglich) sowie auf das Verbringen eines Urlaubs (für 43% nicht möglich) berichtet.

Die Gesundheit unterscheidet sich neben dem Alter der Personen auch nach dem Einkommen, wobei von einer wechselseitigen Beeinflussung von Einkommenssituation bzw. Lebensbedingungen und Gesundheitszustand auszugehen ist. 14% der Personen mit geringem Einkommen geben eine schlechte oder sehr schlechte Gesundheit an, verglichen mit 9% in der mittleren bzw. 4% in der hohen Einkommensgruppe. 14% der Personen der unteren Einkommensgruppe sind durch eine Behinderung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens stark eingeschränkt, bei Personen der mittleren Einkommensklasse sind es 10% und bei Personen in der oberen Einkommensklasse 5%.

Nicht zuletzt spiegeln sich die durchgängig nachteiligen Lebensbedingungen, die Menschen in ökonomisch schwachen Haushalten erfahren, in einer niedrigeren subjektiven Zufriedenheit wieder. Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen schätzen ihre Lebenszufriedenheit im Durchschnitt mit 7,0 ein (auf einer Skala von 0=überhaupt nicht zufrieden bis 10=vollkommen zufrieden). Personen in Haushalten mit hohem Einkommen weisen mit durchschnittlich 8,6 die höchste Zufriedenheit auf, jene mit mittlerem Einkommen liegen dazwischen (7,8).

Wer sind nun die Personen, die in Niedrigeinkommenshaushalten leben? Alleinlebende Frauen, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Ein-Eltern-Haushalte weisen den höchsten Anteil an niedrigem Einkommen auf. Den höchsten Anteil am mittleren Einkommen haben alleinlebende Männer und Mehrpersonenhaushalte mit einem oder zwei Kindern. Einen hohen Anteil in der Kategorie „hohe Einkommen“ haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder sowie Familien mit einem Kind. Die Merkmale geringe Bildung, ausländische Staatsbürgerschaft und Arbeitslosigkeit gehen tendenziell ebenfalls mit niedrigem Lebensstandard einher.

Europa 2020-Strategie 2014: 1.609.000 Menschen bzw. 19,2% der Bevölkerung „armuts- oder ausgrenzungsgefährdet“

Wenn sich Einschränkungen aufgrund eines geringen Einkommens verstärken und sich in vielen Lebensbereichen bemerkbar machen, spricht man von sozialer Ausgrenzung. Diese messbar zu machen und ihr wirkungsvoll entgegenzutreten haben sich die EU-Staaten im Rahmen der „Europa-2020 Strategie“ zum Ziel gesetzt. Als Grundlage dient der Indikator „Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung“. In Österreich umfasst die Zielgruppe der Europa 2020-Strategie laut EU-SILC 2014 19,2% der Bevölkerung, das entspricht 1.609.000 Menschen. Sie sind von mindestens einer der drei folgenden Gefährdungslagen betroffen: Armutsgefährdung (14,1% der Bevölkerung bzw. 1.185.000 Personen), erhebliche materielle Deprivation (4,0% bzw. 336.000 Personen) oder Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (9,1% bzw. 585.000 Personen unter 60 Jahren).

Die für Armutsgefährdung im Jahr 2014 maßgebliche Schwelle beträgt für einen Einpersonenhaushalt 1.161 Euro (äquivalisiertes Haushaltseinkommen 12 Mal pro Jahr); für jede weitere erwachsene Person erhöht sich dieser Wert um 580 Euro, für jedes Kind unter 14 Jahren um 348 Euro.

74% der 1.609.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten sind von ausschließlich einem der drei definierten Bereiche betroffen. Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung bezeichnet eine Lebenssituation, in der ein Mensch mindestens zwei der genannten Kriterien gleichzeitig aufweist. Hier ist von einer besonders starken sozialen Benachteiligung auszugehen. 414.000 Personen – 26% aller Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten – sind 2014 dieser Gruppe zuzuordnen. Bezogen auf die Bevölkerung insgesamt machen Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete knapp 5% aus.

Im Mittel haben Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete ein Jahreseinkommen (Äquivalenzeinkommen) von 10.531 Euro – ein Wert deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle (13.926 Euro). Annähernd ein Viertel der erwachsenen Personen in mehrfach-ausgrenzungsgefährdeten Haushalten sind Langzeitarbeitslose. Mehrfach-ausgrenzungsgefährdete Haushalte sind vielfach von Sozialleistungen abhängig. Sozialtransfers wie beispielsweise Arbeitslosenleistungen oder Familienbeihilfen machen in Summe einen Anteil von 70% des Einkommens in solchen Haushalten aus.

Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6% im Jahr 2008 auf 19,2% im Jahr 2014, das entspricht – ein Jahr nach der Hälfte des Beobachtungszeitraums – etwa 90.000 Personen.

Aber: Etwa zwei Drittel der insgesamt im Jahr 2014 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten waren das schon ein Jahr zuvor oder sogar länger. 3% der Bevölkerung (247.000 Personen) waren 2014 bereits über mindestens zwei Jahre mehrfach-ausgrenzungsgefährdet, also längerfristig in mehr als einem Merkmal betroffen. Einem Abnehmen der Sozialzielgruppe gemäß den Zielformulierungen der Europa 2020-Strategie steht also ein Kern dauerhaft ausgrenzungsgefährdeter Personen gegenüber, für die sich schlechte Lebensbedingungen verfestigen.

Höhere Betroffenheit von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung für Kinder und Jugendliche

Für unter 20-Jährige beträgt das Armutsrisiko 18%. 310.000 Kinder und Jugendliche leben in Haushalten mit einem Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, ihr Risiko ist gegenüber einer Armutsgefährdungsquote von 14% im Bevölkerungsdurchschnitt erhöht. Erhebliche materielle Deprivation (nach der Definition der Europa 2020-Strategie, d.h. ohne Berücksichtigung kinderspezifischer Merkmale) erfahren 6% der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren – verglichen mit 4% im Bevölkerungsdurchschnitt ebenfalls ein höherer Wert. Keine oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt ist für 8% Realität (gegenüber 9% im Bevölkerungsdurchschnitt).

Die 1.609.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten, die sich aus diesen drei Merkmalen zusammensetzen, sind zu 25% Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (408.000 Personen). Kinder und Jugendliche haben ein höheres Risiko als Erwachsene, in Armuts-

oder Ausgrenzungsgefährdung zu leben. Während 19% der gesamten Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, sind es 23% der Kinder und Jugendlichen.

Aufwachsen mit niedrigem Einkommen: Gefahr der Vererbung von Armut

Kinder und Jugendliche, die in Haushalten mit niedrigem Einkommen aufwachsen, haben Nachteile, die sich unter anderem in der Wohnsituation, in der Haushaltsausstattung, der sozialen Teilhabe sowie bei Bildung und Gesundheit manifestieren. 13% bzw. 161.000 Kinder sind mehrfach eingeschränkt. Sie sind von mindestens drei der für Kinder und Jugendliche als relevant erachteten Lebensbedingungen ausgeschlossen, dazu gehören beispielsweise die Teilnahme an Schulveranstaltungen, die Möglichkeit, Freunde einzuladen, die Ausstattung mit kindergerechten Büchern oder tägliches Obst und Gemüse. Insgesamt werden 18 derartige Merkmale auf ihre Leistbarkeit hin untersucht. Speziell betroffen sind Kinder und Jugendliche in Ein-Eltern-Haushalten (32%) und in Haushalten ausländischer Herkunft (36%). Unter dem Durchschnitt liegen die Quoten für Familien mit einem (6%) oder zwei Kindern (8%) und für Haushalte österreichischer Herkunft (7%).

Hinsichtlich der Bildungschancen ergeben sich deutlich schlechtere Startvoraussetzungen für Kinder aus Haushalten mit niedrigem Einkommen: Sie besuchen deutlich öfter eine Hauptschule (54% der 10-14-Jährigen), als jene aus Haushalten mit mittlerem (36%) und höherem Einkommen (22%). Für 49% der Mädchen und 41% der Buben in Niedrigeinkommenshaushalten ist eine bezahlte Nachhilfe nicht leistbar. Ein Überwinden sozioökonomischer Nachteile wird damit erschwert. Auch in der Einschätzung, welchen Schulabschluss ihre Kinder einmal machen sollen, zeigen sich die Gefahren verfestigter Einkommens- und Bildungsnachteile: Während Eltern mit hohem Einkommen zu 53% einen Studienabschluss für ihre Kinder planen, sollen nur ein Fünftel aller Kinder aus Haushalten mit mittlerem oder niedrigem Einkommen ihren Eltern zufolge einmal einen Studienabschluss erreichen.

Auch die Gesundheit ist bereits im Kindes- und Jugendalter an die Einkommenssituation geknüpft. 6% der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern über ein niedriges Haushaltseinkommen verfügen, haben eine lediglich mittelmäßige oder sogar schlechte bzw. sehr schlechte Gesundheit. Bei Kindern in Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen sind es 3% oder weniger.

1. EINLEITUNG

1.1 STRUKTUR UND FRAGESTELLUNG

Im vorliegenden Bericht wird die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten in Österreich aus den verschiedensten Blickwinkeln abgebildet: Im ersten Teil wird die Lage in den Lebensbereichen Einkommen und Erwerbsarbeit, Wohnen, Verschuldung, Ausstattung und Leistbarkeit von Grundbedürfnissen, Gesundheit und Zufriedenheit beschrieben. Als Gliederungsmerkmal dient dabei das Haushaltseinkommen, mit dessen Hilfe gezeigt werden kann, wie erheblich die Unterschiede hinsichtlich der genannten Dimensionen je nach finanzieller Situation der Haushalte sind. Der zweite Teil hat die politisch auf Grundlage der Europa 2020-Strategie bedeutsame Sozialzielgruppe zum Gegenstand. Diese wird über drei einander ergänzende Kriterien definiert: Neben dem Haushaltseinkommen sind dies die Erwerbsintensität der Haushaltsmitglieder sowie Fragen nach der Leistbarkeit ausgewählter Grundbedürfnisse. Es werden die Zusammensetzung und Entwicklung der Armut- oder Ausgrenzungsgefährdeten analysiert sowie Risikofaktoren, dieser Gruppe anzugehören, herausgearbeitet. Schließlich wird der Fokus auf Menschen gelegt, die von zwei oder drei der Kriterien für soziale Ausgrenzung gleichzeitig betroffen und damit intensiver gefährdet sind, und es wird den Fragen nachgegangen, wer sie sind und wie sie leben.

Neben diesem Schwerpunkt auf Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung verfolgt der Bericht außerdem das Ziel, detaillierte Informationen zur Lebenslage von Kindern zusammenzustellen. Es finden sich daher in allen Kapiteln Analysen zur Situation von Kindern und Jugendlichen. Die Entwicklung relevanter Indikatoren zur Messung des Lebensstandards von Kindern wird bereits seit vielen Jahren sowohl aus wissenschaftlicher (vgl. Till-Tentschert/Vana 2009, Guio et al 2012) wie auch politischer Sicht als notwendig angesehen (vgl. beispielsweise ISG 2009, OECD 2009, Social Protection Committee 2012). Meistens werden Kinder aber im Rahmen der Erhebung eines gesamten Haushalts mit analysiert. Nur selten sind Kinder Erhebungsgegenstand oder werden gar selbst befragt. Grund dafür ist, dass Kinder in der Regel kein eigenes Einkommen haben und laut Armutsforschung somit abhängig vom Einkommen und Lebensstandard der Eltern sind. Daran kann jedoch kritisiert werden, dass die Gleichverteilung der Ressourcen im Haushalt oft eine unzureichende Annahme ist (vgl. beispielsweise Mader et al 2012), da ökonomische Verhältnisse und individuelle Bedürfnisse zu einer haushaltsinternen Regelung über die Verteilung der Ressourcen führen, die weder zeitlich stabil noch „gleich“ sein muss. Zudem gilt als belegt, dass die spezifische Lage von Kindern eigene Bedürfnisse hervorbringt, die nicht nur mit den Instrumenten, wie sie für Erwachsene verwendet werden, messbar sind (vgl. Guio et al 2012). Oft scheitert in der sozialwissenschaftlichen Praxis eine tiefergehende Betrachtung der kinderspezifischen Lebenswelt jedoch an der Datenverfügbarkeit. In EU-SILC 2014 wurde daher ausgehend von einem Eurostat-Modul ein Erhebungsschwerpunkt zum Thema Kinder umgesetzt. Dieser ermöglicht ein umfassendes Bild darüber, wie es den Kindern und Jugendlichen in Österreich geht. Erstmals werden zusätzlich zur sozialen Lage ihrer Familien ihre eigenen Lebensbereiche in den Dimensionen Schule und Lernen, Freizeit, Teilnahme an sozialen Aktivitäten, Gesundheit und materielle Lebenslage abgebildet.

1.2 DATENGRUNDLAGE

Die zentrale Datengrundlage des vorliegenden Beitrags ist EU-SILC (European Community Statistics on Income and Living Conditions), eine jährliche Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa, die eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik bildet. Eines der Kernelemente der Erhebung ist in diesem Sinne die Messung der Europa 2020-Sozialzielgruppe.

Die Erhebung EU-SILC gibt es in Österreich seit 2003, seit 2004 in der Form eines vierjährigen Rotationspanels. Die rechtliche Grundlage bilden EU-Verordnungen und eine nationale Verordnung des Sozialministeriums, das seit 2008 die von Statistik Austria durchgeführte Erhebung zu 100% finanziert. Für die Jahre ab 2008 liegt eine einheitliche Zeitreihe vor, die das Monitoring des Europa 2020-Sozialziels ermöglicht. Im vorliegenden Bericht werden Ergebnisse mit Schwerpunkt auf das Erhebungsjahr 2014 wie auch Zeitvergleiche ab 2008 präsentiert.¹

In der Erhebung für EU-SILC 2014 wurde ein Schwerpunkt auf die spezifischen Unterschiede in den materiellen Lebensbedingungen von Erwachsenen und Kindern gelegt. Ausgangspunkt für dieses Modul war die Annahme, dass je nach Lebensalter unterschiedliche Dinge wichtig für die uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sind.² Wenn es in den befragten Haushalten ein oder mehrere Kinder gab, wurden die erwachsenen Personen ab 16 Jahren (nach Möglichkeit die Eltern) gebeten, Auskunft über das Kind bzw. die Kinder zu geben. So stehen Fragen zu Dingen und Tätigkeiten, die eher erwachsene Mitglieder betreffen (z.B. Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Lesen von Tageszeitungen) sowie zu Dingen, die speziell für Kinder relevant sind (z.B. Vorhandensein von Kinderbüchern) zur Verfügung.³ Nach Möglichkeit werden in diesem Bericht auch Analysen getrennt für Frauen und Männer bzw. Mädchen und Buben dargestellt, da viele der Zusatzfragen diesmal nicht auf Ebene der Haushalte sondern auf Personenebene gestellt wurden, was die Analysemöglichkeiten noch verbessert.

¹ Zur Methodik siehe Statistik Austria 2015a: „Standarddokumentation zu EU-SILC 2014“. Ausführliche Ergebnisse in tabellarischer Form sind in Statistik Austria 2015b: „Tabellenband zu EU-SILC 2014“ nachzulesen.

² vgl. Guio et al 2012: Darin finden sich detaillierte Analysen ausgehend vom EU-SILC Modul 2009 zu materieller Deprivation zur Auswahl geeigneter Deprivationsvariablen für Erwachsene und Kinder.

³ Ausgangspunkt ist die EU-Verordnung für das Modul (Verordnung (EU) Nr. 112/2013 der Kommission). Dieses wurde durch 29 nationale Zusatzfragen ergänzt. In die Fragebogenentwicklung einbezogen waren dabei Vertreterinnen und Vertreter des Sozialministeriums (Abt. Grundlagen und Forschungsangelegenheiten) sowie der WU Wien (Institut für Sozialpolitik).

2. LEBENSBEDINGUNGEN VON ERWACHSENEN, KINDERN UND JUGENDLICHEN

Die Lebensbedingungen von Menschen in Privathaushalten in Österreich sind ungleich verteilt. Wesentliches Erklärungsmerkmal für diese Verteilung ist das Haushaltseinkommen. Dieses dient der Erfassung des Lebensstandards und wird über die Einkommen aller Personen im Haushalt ermittelt. Um unterschiedlich strukturierte Haushalte vergleichen zu können wird das Äquivalenzeinkommen verwendet.

In der Relation des so ermittelten Lebensstandards eines Haushalts zum mittleren Lebensstandard in Österreich insgesamt lassen sich vor- und nachteilige Lebensstandardpositionen erkennen. Das Haushaltseinkommen stellt somit erstens selbst eine wichtige Dimension der Lebensbedingungen dar, zweitens dient die Einkommenssituation der Haushalte (in drei zusammengefassten Kategorien: niedrig, mittel, hoch – siehe Abschnitt 2.1.4) als Erklärungsmerkmal für andere Lebensbedingungen: Wohnen (2.2), Verschuldung (2.3), Materielle Lebenslage und finanzielle Einschränkungen von Erwachsenen und Kindern (2.4), Gesundheit (2.5) und Zufriedenheit (2.6).⁴ Wo es die Daten erlauben, wird die Situation von Kindern und Jugendlichen gesondert ausgewiesen – dies erfolgt manchmal im Haushaltszusammenhang, manchmal über Individualmerkmale.

Insgesamt zeigt sich: In vielen Bereichen gibt es deutliche Zusammenhänge zwischen der Einkommenssituation und den Lebensbedingungen. Verfügt der Haushalt nur über ein niedriges Einkommen, sind nachteilige Wohnbedingungen, Probleme mit Rückzahlungsverpflichtungen, die Nicht-Leistbarkeit von verschiedenen Grundbedürfnissen, eingeschränkte soziale Teilhabe und Gesundheitsprobleme häufiger als bei mittlerem und niedrigem Einkommen. In Summe über alle objektiven Lebensbedingungen stellt sich auch die subjektive Zufriedenheit als wesentlich beeinflusst vom Einkommen und materiellen Lebensstandard dar.

⁴ Eine weitere wichtige Dimensionen der Lebensbedingungen, die Erwerbsarbeit, ist in Lamei et al (2014b) mit Daten aus EU-SILC 2013 ausführlich beschrieben bzw. kann mit den aktuellen Daten auch im Tabellenband von EU-SILC 2014 (Statistik Austria 2015b) nachgelesen werden.

2.1 EINKOMMEN

Die Erfassung der jährlichen Einkommen der Privathaushalte in Österreich stellt eines der wesentlichen Ziele der Erhebung EU-SILC dar. Der Datensatz von EU-SILC ist damit die einzige Datenquelle, die eine differenzierte wissenschaftliche Analyse des Haushaltseinkommens erlaubt.

2.1.1 Haushaltseinkommen

Für die Berechnung des Haushaltseinkommens wird das gesamte Einkommen berücksichtigt, das den Mitgliedern eines Haushalts innerhalb eines Jahres zur Verfügung steht. Im Gegensatz zur Betrachtung des Personeneinkommens ermöglicht das Haushaltseinkommen eine indirekte Erfassung des Lebensstandards der Haushaltsmitglieder. Indirekt ist diese Erfassung insofern, als nicht direkt der realisierte Lebensstandard (verstanden als Niveau der Lebensbedingungen im Vergleich zu anderen) betrachtet wird, sondern allein die potentiell durch das Einkommen als Ressource vorhandenen Verwirklichungs- bzw. Konsumchancen berücksichtigt werden.

Der Vorstellung, dass der Lebensstandard über das Haushaltseinkommen bestimmt werden kann, liegen bestimmte Annahmen zugrunde. Zum einen wird unterstellt, dass das Einkommen tatsächlich auch laufend zur Verfügung steht und deshalb den Lebensstandard direkt beeinflusst. Unterschiedliche Fixkostenstrukturen des Haushalts, etwa Wohnkosten oder Kreditzahlungen, notwendige Ausgaben für Gesundheits- oder Pflegedienstleistungen, regional unterschiedliche Preisniveaus innerhalb eines Landes oder auch unterschiedliche Konsumpräferenzen und –bedürfnisse bleiben dabei zunächst unberücksichtigt. Zum zweiten wird angenommen, dass das Einkommen allen Haushaltsmitgliedern zu gleichen Anteilen zur Verfügung steht, d.h. dass das Haushaltseinkommen im Haushalt gleich verteilt ist und somit den Lebensstandard aller Haushaltsmitglieder gleichermaßen beeinflusst. Auswertungen der Modulbefragung EU-SILC 2011 zur Intrahaushaltsverteilung des Einkommens zeigen hinsichtlich dieser Annahme über die Haushaltseinkommensverteilung innerhalb des Haushalts einen differenzierten Befund (Mader et al 2012). Zum dritten wird unterstellt, dass eine Beurteilung des Lebensstandards mittels des Haushaltseinkommens auch dann sinnvoll ist, wenn die Vermögensverteilung und etwaige Verschuldungen der Haushalte nicht berücksichtigt werden.⁵

Die Beurteilung des Lebensstandards von Haushalten und Personen über das verfügbare Haushaltseinkommen stellt damit einen, aber nicht den einzigen Weg der Analyse dar. Eine direkte Erfassung des Lebensstandards ermöglichen etwa Konsumerhebungen (durch die Erfassung des tatsächlich realisierten Konsums) oder die deprivationsorientierte Armutsmessung (in der Erfassung, ob eine Person oder ein Haushalt aus finanziellen Gründen bestimmte Mängel in den materiellen Lebensbedingungen erfährt – siehe dazu auch Kapitel 2.4 und 3.3 im vorliegenden Bericht).

Die indirekte Messung des Lebensstandards über das verfügbare Haushaltseinkommen hat zwei entscheidende Vorteile: einerseits bietet das Einkommen (als Geld) ein allgemeines Maß, das mit zentralen Elementen der vorhergehend angesprochenen Verwirklichungschancen korreliert. Es steht in engem Zusammenhang mit Bildung,

⁵ Eine Erhebung kann kaum sämtliche Aspekte, die die (materiellen) Lebensbedingungen von Privathaushalten beeinflussen, gleichzeitig erfassen. Die Konzentration auf das Einkommen folgt der Begründung der Canberra-Group, einer von der UN eingesetzten Gruppe von Expertinnen und Experten zur Definition der Erfassung des Haushaltseinkommens: „For most people, household income is the most important determinant of economic well-being.“ (UNECE 2011: 3). Eine differenzierte Betrachtung der Vermögensverhältnisse österreichischer Privathaushalte erlaubt der Household Finance and Consumption Survey (HFCS), eine durch die EZB organisierte Erhebung der Vermögenssituation innerhalb der Eurozone, die in Österreich im Auftrag der OeNB durchgeführt wird. Die Erfassung des laufenden Einkommens ist im HFCS allerdings vereinfacht und daher nicht völlig vergleichbar (Albacete/Schürz 2013). Die Verschuldungssituation privater Haushalte in Österreich wird in Kapitel 2.3 betrachtet.

Gesundheit, Wohnbedingungen und der Familiensituation, und dadurch mit zentralen Bestimmungsstücken der Verwirklichungschancen (Sen 2000). Andererseits ist das Einkommen ein zentraler Ansatzpunkt staatlicher Intervention, d.h. anhand der Analyse des verfügbaren Haushaltseinkommens lässt sich der Einfluss staatlicher Umverteilungsmaßnahmen auf den Lebensstandard untersuchen.

Die Erfassung des Haushaltseinkommens in EU-SILC erfolgt auf Basis der Empfehlungen der Canberra-Group, die im Jahr 2001 Richtlinien für vergleichbare Haushaltseinkommensstatistiken entwickelt hat, welche im Jahr 2011 überarbeitet wurden.⁶ Erfasst wird das laufende Einkommen, das heißt die Summe aller Einkommen, die einem Haushalt während des Einkommensbezugszeitraums zufließen.

Einkommensbezugszeitraum ist in EU-SILC jeweils das Vorjahr des Erhebungsjahrs, also für EU-SILC 2014 das Jahr 2013. Das Vorjahreseinkommen wird somit stellvertretend für den aktuellen Lebensstandard herangezogen, die Angaben zur Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation werden im Gegensatz dazu auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Erfasst werden in EU-SILC die Brutto- und Nettoeinkommen.

In der **Berechnung des Haushaltseinkommens** werden alle Einkommenskomponenten erfasst, die den Mitgliedern des Haushalts innerhalb eines Jahres zufließen: Einkommen aus Erwerbsarbeit (unselbständige und selbständige Arbeit), Pensionsleistungen (Alterspension, Unfallrenten und Erwerbsunfähigkeitspensionen), Sozialleistungen (etwa bei Arbeitslosigkeit oder für Familien), Kapitaleinkommen und erhaltene private Transferzahlungen werden summiert. Geleistete Unterhaltszahlungen und sonstige private Transferzahlungen werden vom Gesamteinkommen abgezogen.⁷

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die berücksichtigten Einkommenskomponenten.

Tabelle 1: Bestandteile des Haushaltseinkommens in EU-SILC

Haushaltsebene
Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
Familienleistungen
Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
Wohnungsbeihilfen
Einkommen von Personen unter 16 Jahre
Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
Geleistete Privattransfers
Erhaltene Privattransfers
Personebene
Einkommen aus unselbständiger Arbeit
Gewinne/Verluste aus selbständiger Arbeit
Privatpensionen
Arbeitslosenleistungen
Altersleistungen
Hinterbliebenenleistungen
Krankenleistungen
Invalideleistungen
Bildungsleistungen
Einkommenssteuernachzahlungen/rückerstattungen

Seit der Erhebung EU-SILC 2012 werden, soweit möglich, **Verwaltungsdaten für die Berechnung der Einkommen in EU-SILC** verwendet. Durch die Verwendung von Verwaltungsdaten kommt es gegenüber den Vorjahren der Erhebung zu einem Zeitreihenbruch (Statistik Austria 2013a). Die Vorjahresdaten wurden daher unter Verwendung von Verwaltungsdaten neu berechnet, sodass eine methodisch weitgehend harmonisierte Zeitreihe ab der Welle EU-SILC 2008 zur Verfügung steht (siehe ausführlicher in Statistik Austria 2014a).

⁶ UNECE 2011, 2. Überarbeitete Auflage. Definitionsunterschiede zwischen der ersten und zweiten Auflage werden in Appendix 1 der 2. Auflage beschrieben.

⁷ Bestimmte Einkommenskomponenten wie z.B. Kapitalerträge sind in Einkommenserhebungen schwer erfassbar. Berücksichtigt werden monetäre Sozialtransfers, aber nicht Sachleistungen der öffentlichen Hand.

Insgesamt wird für 2014 (Einkommensbezugszeitraum 2013) das Volumen des Haushaltseinkommens der hochgerechnet 3,762 Mio. Haushalte auf 153,7 Mrd. Euro geschätzt. Der Median des Haushaltseinkommens beträgt 34.638 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Median damit um 4,3% gestiegen, seit dem Jahr 2008 betrug die Steigerung 21%. Die Inflation stieg im Vergleichszeitraum um 13,3%. Die Steigerung des medianen Haushaltseinkommens lag mit durchschnittlich 3,3% etwa einen Prozentpunkt höher als die durchschnittliche Inflation von 2,2% im Vergleichszeitraum.

Tabelle 2: Entwicklung des Haushaltseinkommens 2008 bis 2014

	Median Haushalts- einkommen	Steigerung des Medians (2008 = 100)	Median äquiv. Haushalts- einkommen	Steigerung des Medians (2008 = 100)
2008	28.626	100	19.413	100
2009	30.473	106	20.469	105
2010	31.527	110	21.058	108
2011	31.405	110	21.463	111
2012	32.843	115	21.807	112
2013	33.229	116	22.073	114
2014	34.638	121	23.211	120

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 - 2014.

Um die Größe und die Zusammensetzung des Haushalts zu berücksichtigen, wird in EU-SILC vorrangig das äquivalisierte Haushaltseinkommen zur Analyse des Lebensstandards herangezogen. Dafür wird ein rechnerisch unterstellter Ressourcenbedarf des Haushalts ermittelt, um Einsparungseffekte des Haushalts durch geteilte Haushaltsführung zu berücksichtigen. Durch die Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens können Haushalte unterschiedlicher Struktur und Größe miteinander verglichen werden.

Für die **Berechnung des Ressourcenbedarfs des Haushalts** wird die Summe der Bedarfsgewichte (oder auch Konsumäquivalente) des Haushalts bestimmt, die sich aus Anzahl und Alter der Haushaltsmitglieder ergibt. In EU-SILC und der Sozialberichterstattung auf europäischer Ebene wird die sogenannte EU-Skala verwendet. Ein Einpersonenhaushalt wird dabei als Referenzgröße (= Konsumäquivalent) herangezogen. Der unterstellte Ressourcenbedarf steigt für jeden weiteren Erwachsenen um 0,5 Konsumäquivalente, Kinder unter 14 Jahren werden mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Die Berechnung der Äquivalenzgewichte für unterschiedliche Haushaltskonstellationen stellt Tabelle 3 dar. Um das äquivalisierte Haushaltseinkommen zu berechnen wird das Haushaltseinkommen durch die Summe der Konsumäquivalente dividiert. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen wird jeder Person des Haushalts zugeschrieben und entspricht jenem Lebensstandard, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann.

Tabelle 3: Berechnungsbeispiele für Bedarfs- oder Äquivalenzgewichtung

	Fixbedarf des Haushalts	+	Bedarf für Erwachsene	+	Bedarf für Kinder	=	Gesamtbedarf	Haushalts- einkommen	Äquivalisiertes Haushalts- einkommen
Alleinlebende Person	0,5		0,5		0,0		1,0	20.000	20.000
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind (unter 14 Jahre)	0,5		0,5		0,3		1,3	20.000	15.385
2 Erwachsene und 2 Kinder (unter 14 Jahre)	0,5		1,0		0,6		2,1	20.000	9.524
2 Erwachsene und 3 Kinder (unter 14 Jahre)	0,5		1,0		0,9		2,4	20.000	8.333
3 erwachsene Personen	0,5		1,5		0,0		2,0	20.000	10.000

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen ermöglicht somit den Vergleich unterschiedlich großer Haushalte und dient damit als (indirektes) Maß für den Lebensstandard von Personen und Haushalten. Außerdem ist das äquivalisierte Haushaltseinkommen die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung (siehe Kapitel 3.2).

2.1.2 Zusammensetzung und Verteilung des äquivalisierten Haushaltseinkommens

Der Median des äquivalisierten Haushaltseinkommens beträgt in EU-SILC 2014 23.211 Euro und liegt damit um 5% höher als im Vorjahr. Seit dem Jahr 2008 ist der Median des äquivalisierten Haushaltseinkommens um ca. 20% gestiegen.

Für die Beurteilung des Lebensstandards unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ist es unabdingbar die Verteilung des äquivalisierten Haushaltseinkommens zu untersuchen. Dazu werden die Einkommen der Größe nach gereiht; die jeweiligen Prozentwerte, unterhalb derer sich ein festgelegter Anteil an Personen befindet (z.B. Dezile, Quartile oder Quintile) können dann zur Beschreibung der Verteilung des Einkommens herangezogen werden. Der jeweilige Perzentilwert entspricht jenem Einkommen, unterhalb dessen 10%, 20%, 25% etc. der Bevölkerung positioniert sind.

Den Daten von EU-SILC 2014 zufolge verfügen die Personen des untersten Einkommenszehntels über Einkommen unter 12.393 Euro, insgesamt sind dies etwa 3% des Gesamteinkommens. Dem obersten Einkommenszehntel steht mit mindestens 41.572 Euro Äquivalenzeinkommen mehr als das Dreifache zur Verfügung. Das oberste Einkommenszehntel verfügt über etwa 23% des gesamten Äquivalenzeinkommens. In der Entwicklung seit dem Jahr 2008 zeigt sich hierbei keine statistisch relevante Veränderung.

Tabelle 4: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens

	Einkommensgrenze in Euro	% der Summe des Äquivalenzeinkommens
10% w eniger als	12.393	3
25% w eniger als	17.216	12
50% w eniger als	23.211	19
75% w eniger als	30.847	26
90% w eniger als	41.572	23

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Auf das unterste Einkommensviertel entfallen 12% des Gesamteinkommens, auf das 2. Einkommensviertel etwa 19%. Somit entfällt auf die untere Hälfte der Einkommensverteilung etwas weniger als ein Drittel des Gesamteinkommens (31%). Auf das 3. Einkommensquartil entfallen etwa 26% des Einkommens und auf das oberste Einkommensviertel 43%.

Die Quartilsgruppen umfassen jeweils etwa ein Viertel der österreichischen Bevölkerung in privaten Haushalten, also etwa 2,1 Millionen Personen. Über verschiedene soziodemographische Gruppen sind die Anteile an diesen Einkommensquartilen unterschiedlich verteilt.⁸

Die Verteilung des (äquivalisierten) Haushaltseinkommens ist mitbeeinflusst durch die jeweilige Zusammensetzung, das heißt durch die Anteile der verschiedenen Einkommensquellen der Haushalte. Drei Fünftel der Summe aller Haushaltseinkommen stammen aus unselbständiger Arbeit (56%). Gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Arbeit machen die Einkommen aus Erwerbsarbeit etwa zwei Drittel der Summe des Haushaltseinkommens aus (65%). Insgesamt tragen Pensionen 18% zum Einkommen österreichischer Privathaushalte bei, gemeinsam mit Sozialleistungen beträgt der Beitrag

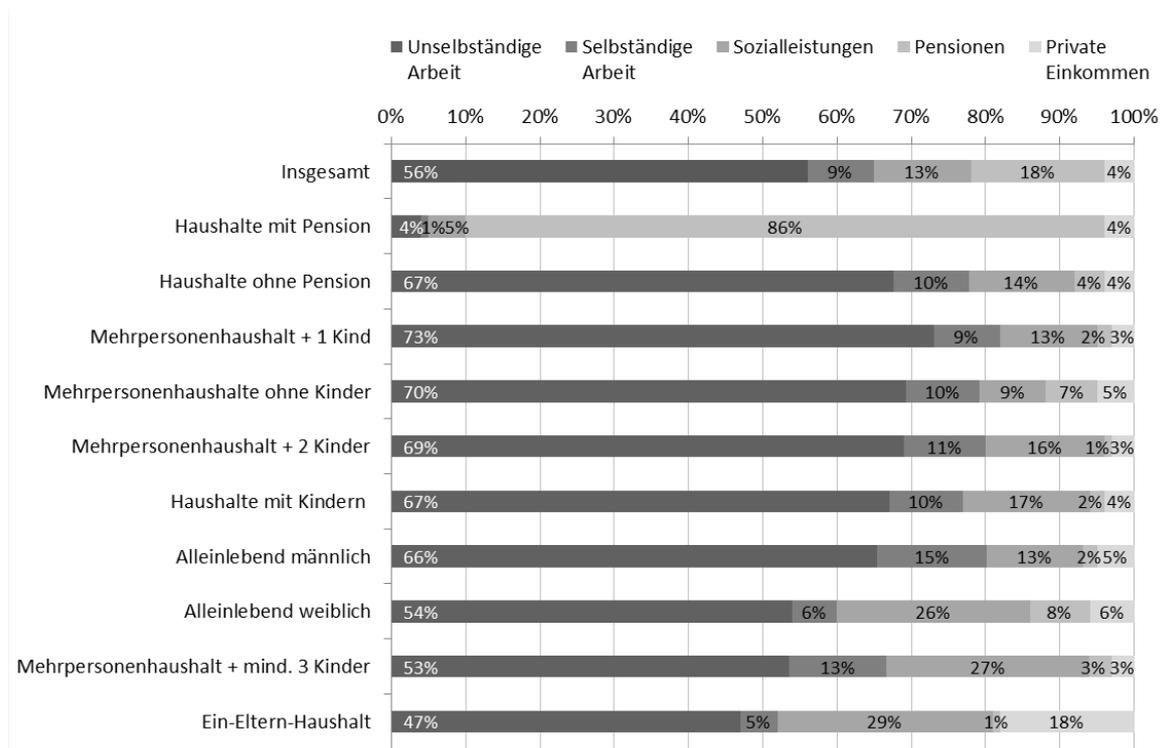
⁸ vgl. Tabellenband zu EU-SILC 2014, Statistik Austria 2015b: Tabelle 1.3a und b

staatlicher Leistungen 31%. Mit 4% des Einkommens machen private Einkommen und laufende Vermögenserträge den kleinsten Teil aus.

Je nach Lebensphase und Erwerbssituation der Haushaltsmitglieder unterscheidet sich die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens. Für Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle machen Pensionen mehr als 85% des Einkommens aus. Die anderen Einkommenskomponenten spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Für Haushalte ohne Pension bilden unselbständige Einkommen 67% des Einkommens, gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Tätigkeit machen Einkommen aus Erwerbsarbeit mehr als drei Viertel des Einkommens (77%) aus, Pensionen tragen nur 4% bei.

Allerdings unterscheidet sich die Größe des aus Erwerbsarbeit stammenden Anteils des Einkommens je nach Haushaltstyp bzw. Erwerbsmöglichkeit, die sich unter anderem aus der Haushaltskonstellation ergibt. Den größten Anteil des Erwerbseinkommens weisen mit 82% Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind auf, den geringsten Anteil des Erwerbseinkommens am Haushaltseinkommen haben Ein-Eltern-Haushalte mit 52%. Wesentlichste Rolle dabei dürfte die durch Betreuungspflichten eingeschränkte Möglichkeit der Erwerbstätigkeit spielen; auch Mehrpersonenhaushalte mit drei und mehr Kindern weisen mit einem Erwerbseinkommensanteil von 66% im Vergleich zu Nicht-Pensionistenhaushalten einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil auf. Gering ist der Anteil des Einkommens aus Erwerbstätigkeit auch bei alleinstehenden Frauen (60%).

Grafik 1: Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen nach Haushaltstyp 2014

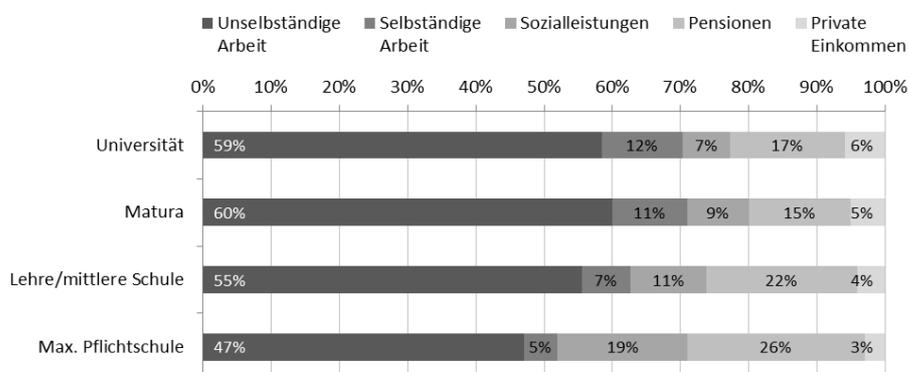


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Auch differenziert nach anderen soziodemographischen Merkmalen zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung des Haushaltseinkommens. So unterscheidet sich der Anteil des Einkommens aus Erwerbsarbeit recht deutlich nach der höchsten abgeschlossenen (Schul-)Bildung. Bei Personen mit Universitätsabschluss bzw. mit Matura machen Erwerbseinkommen 71% des Haushaltseinkommens aus, bei Personen mit Pflichtschulbildung nur etwas über 50%. Ein recht deutlicher Alterseffekt (höherer Anteil älterer Personen in der Gruppe mit maximal Pflichtschule als höchsten Bildungsabschluss)

zeigt sich beim Anteil von Pensionen am Haushaltseinkommen: dieser ist bei Pflichtschulabsolventen mit einem Anteil von 26% am Haushaltseinkommen am höchsten.

Grafik 2: Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen nach Bildung 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

2.1.3 Medianer Lebensstandard und Lebensstandardposition

Die Operationalisierung der Messung des Lebensstandards über das Äquivalenzeinkommen bietet den Vorteil, dass Lebensstandardpositionen leicht quantifiziert und miteinander verglichen werden können. Werden die Äquivalenzeinkommen zum Gesamtmedian in Relation gesetzt, können Aussagen über die relative Lebensstandardposition – d.h. verglichen mit dem Median der Gesamtbevölkerung – getroffen werden. Liegt der Median des Äquivalenzeinkommens einer Gruppe unter dem Gesamtmedian, so liegt der Lebensstandard von mehr als der Hälfte dieser Gruppe unterhalb des Gesamtmedians. Für die Interpretation der Ergebnisse wichtig ist der Hinweis, dass der jeweilige Lebensstandard vom Einkommen aller Haushaltsmitglieder abhängt, mithin also ein Haushaltsmerkmal ist.

Personen mit österr. Staatsbürgerschaft weisen den höchsten Lebensstandard im Median auf. Allerdings ist dieser bei Personen, die eingebürgert sind und somit die österreichische Staatsbürgerschaft erst später erlangt haben, im Vergleich zu Personen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft von Geburt an besitzen, um 13 Prozentpunkte geringer.

Ebenfalls geringer ist der mediane Lebensstandard bei Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, wobei es hier deutliche Unterschiede gibt: Personen mit EU- bzw. EFTA-Staatsbürgerschaft weisen einen vergleichbaren Lebensstandard wie eingebürgerte Personen auf. Insgesamt ist die Lebensstandardposition von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft um ein Drittel geringer als jene von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Nach der selbsteingeschätzten Haupttätigkeit weisen Erwerbstätige mit Vollzeitverhältnissen die höchste Lebensstandardposition auf, gefolgt von Personen in Teilzeitbeschäftigungen. Personen in Pension weisen eine Lebensstandardposition auf, die dem Gesamtmedian entspricht. Der Lebensstandard von Personen in Haushalten mit anderer Haupteinkommensquelle liegt im Vergleich dazu im Median unter dem Durchschnitt.

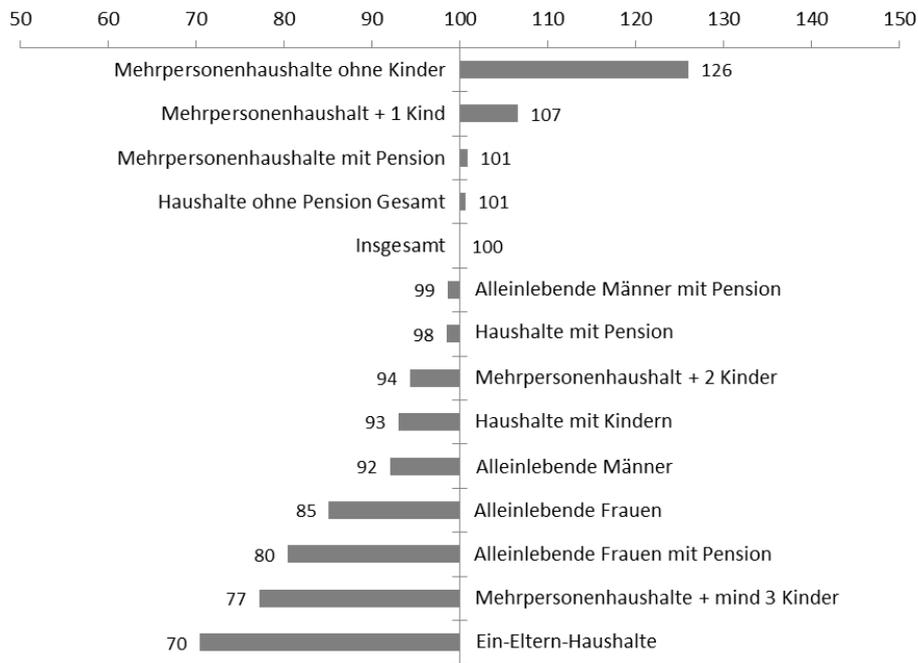
Tabelle 5: Relativer Lebensstandard nach verschiedenen soziodemographischen Merkmalen 2014

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in Euro	in %
Insgesamt	8.403	100	23.211	100
Staatsbürgerschaft				
Österreich	7.344	87	24.120	104
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	316	4	20.084	87
Nicht Österreich	1.060	13	16.349	70
davon EU/EFTA	482	6	19.624	85
davon sonstiges Ausland	578	7	15.334	66
höchster Bildungsabschluss				
max. Pflichtschule	1.616	19	19.292	83
Lehre/mittlere Schule	3.435	41	24.058	104
Matura	1.080	13	26.505	114
Universität	970	12	31.181	134
Haupttätigkeit (2014)				
Erw erbstätig	3.703	44	26.528	114
davon Vollzeit	2.800	33	27.206	117
davon Teilzeit	903	11	24.360	105
Pension	1.982	24	22.969	99
Arbeitslos	404	5	16.348	70
Haushalt	561	7	18.592	80
In Ausbildung	451	5	22.548	97
Erwerbsintensität des Haushaltes				
Keine Person im Erw erbalter im HH	1.181	14	21.396	92
Keine Erw erbstätigkeit	793	9	16.851	73
Teilw eise Erw erbstätigkeit	2.849	34	21.224	91
Volle Erw erbstätigkeit	3.580	43	26.674	115
Haupteinkommensquelle des Haushaltes				
unselbständige Arbeit	5.033	60	25.143	108
selbständige Arbeit	614	7	23.729	102
Sozialleistungen	987	12	14.186	61
Pensionen	1.630	19	22.969	99
private Einkommen	139	2	15.935	69

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Unterdurchschnittlich ist der mediane Lebensstandard von alleinlebenden Personen (wenngleich von alleinlebenden Männern mit Pension nur geringfügig) sowie von Haushalten mit Kindern. Hier weisen allein Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind einen überdurchschnittlichen medianen Lebensstandard auf. Der Median des Äquivalenzeinkommens ist bei Ein-Eltern-Haushalten um 30% niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt. Den höchsten Lebensstandard weisen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und ohne Pension als Haupteinkommensquelle auf – hier liegt der Lebensstandard um 26% über dem Gesamtmedian.

Grafik 3: Lebensstandardposition nach Haushaltstyp relativ zum Gesamtmedian (Median = 100)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Gerundete Werte.

2.1.4 Hohe, mittlere und niedrige Einkommen

Zur Darstellung der unterschiedlichen Lebensbedingungen in Abhängigkeit vom verfügbaren Äquivalenzeinkommen werden die Einkommen in drei Einkommensgruppen eingeteilt: in hohe, mittlere und niedrige Einkommen.

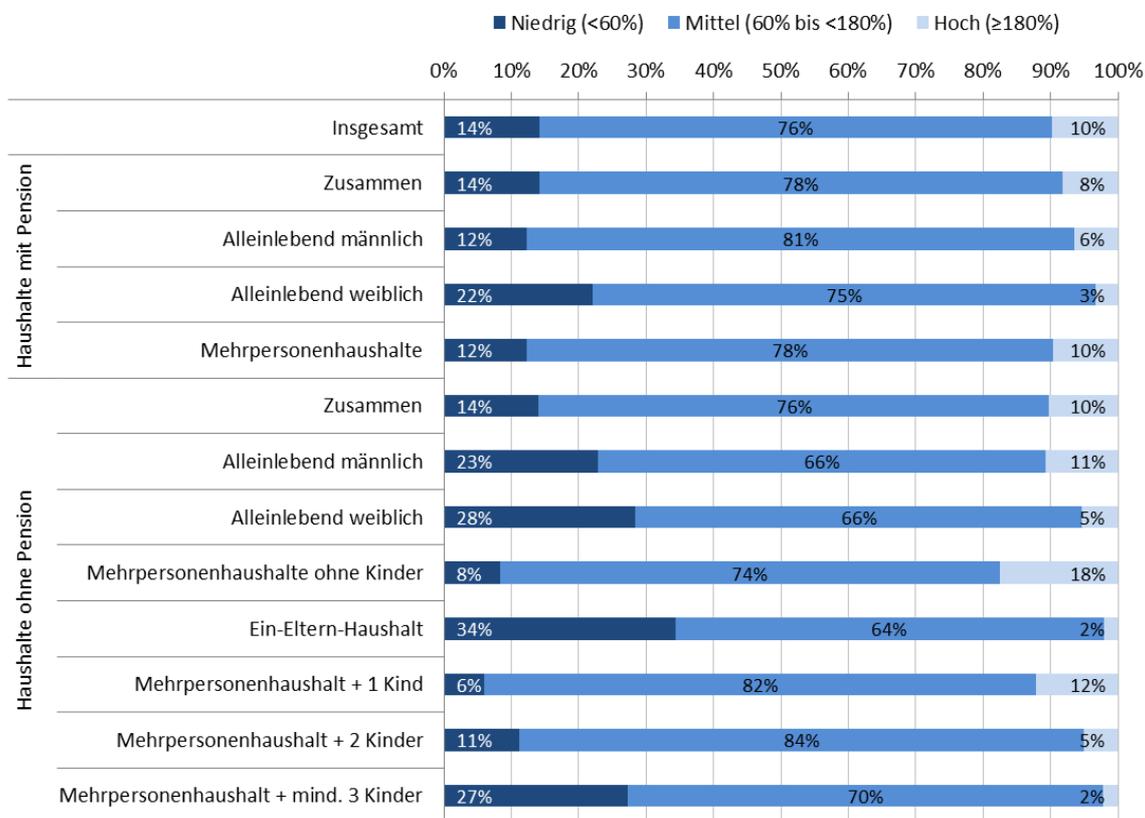
Zur Beschreibung der Einkommensverteilung sollen hier wie im gesamten Bericht **Einkommensgruppen** verwendet werden, die sich aus dem Verhältnis zum Median definieren. Die unterste Einkommensgruppe bilden Einkommen unter 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens. Dieser Wert beschreibt zugleich die sogenannte Armutgefährdungsschwelle: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen geringer ist als dieser Schwellwert, gelten nach EU-Definition als armutsgefährdet. Die mittlere Einkommensgruppe – nicht zu verwechseln mit „der Mittelschicht“ im soziologischen Sinne – liegt zwischen 60% und 180% des Medians. Hohe Einkommen bezeichnen hier Einkommen, die mind. 180% des Medians betragen.

Der Schwellenwert von 60% des Medians (= Armutgefährdungsschwelle) beträgt für EU-SILC 2014 13.926 Euro pro Jahr. Ein Einkommen unter diesem Wert haben 1,18 Mio. Personen (14,1%). Über ein hohes äquivalisiertes Haushaltseinkommen von mindestens 41.779 Euro pro Jahr verfügen 828.000 Personen (10% der Gesamtbevölkerung). Zwischen diesen beiden Schwellenwerten liegt die mittlere Einkommensgruppe. Sie umfasst 6,4 Mio. Personen, das sind 76% der gesamten Bevölkerung in Privathaushalten. Eine Zeitreihe über die absolute Höhe der Einkommensgrenzen entspricht der Entwicklung des Medians, die absolute Größe der jeweiligen Einkommensgruppen variiert über den betrachteten Zeitraum wenig.

Wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben hat der Haushaltstyp Einfluss auf die Lebensstandardposition der Haushaltsmitglieder. Somit sind auch die Unterschiede in der Verteilung der drei Einkommensgruppen in den einzelnen Haushaltsformen zu erwarten. Alleinlebende Frauen, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Ein-Eltern-Haushalte weisen den höchsten Anteil an niedrigen Einkommen auf. Den höchsten Anteil am mittleren Einkommen haben alleinlebende Männer und Mehrpersonenhaushalte mit einem oder zwei Kindern. Im Vergleich dazu weisen Ein-Eltern-Haushalte und alleinlebende Personen ohne

Pension in der mittleren Einkommensgruppe die verhältnismäßig kleinsten Anteile auf. Einen hohen Anteil an hohen Einkommen haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und ohne Pension sowie Familien mit einem Kind.

Grafik 4: Niedrige, mittlere und hohe Einkommen nach Haushaltstyp 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%.

Die Einkommensgruppierung in hohe, mittlere und niedrige Einkommen soll im Folgenden auch für andere Bereiche verwendet werden, um die Strukturierung der Lebensbedingungen nach dem verfügbaren Haushaltseinkommen darzustellen.

2.2 WOHNEN

In der Erhebung von EU-SILC ist Wohnen als wesentlicher Aspekt der Lebensbedingungen umfassend abgedeckt. Dieses Kapitel greift die Verteilung von Wohn- und Energiekosten, die Belastung durch Wohnkosten und Probleme mit der Wohnsituation heraus.⁹

2.2.1 Wohn- und Energiekosten

Wohnen als Grundbedürfnis von Personen definiert Wohnkosten als Kosten, die für die Lebensbedingungen, den Lebensstandard und die Lebensqualität von entscheidender Bedeutung sind. Daher werden in EU-SILC – als einzige Ausgabenkategorie – die Wohnkosten der befragten Haushalte erfasst. Gemeint sind damit alle Kosten, die durch die Nutzung der Wohnung, in welcher der Haushalt lebt, entstehen.

Im **Wohnkosten-Konzept** von EU-SILC sollen alle Kosten für das Wohnen, unabhängig vom jeweiligen Rechtsverhältnis, erfasst werden. Für alle Rechtsverhältnisse werden dazu die Energiekosten der Wohnung ebenso wie etwaige Kosten für Wohnraumbeschaffung und Instandhaltung eingerechnet. Als Kosten der Wohnraumbeschaffung werden dabei die Zinszahlungen von etwaigen Wohnkrediten verstanden.¹⁰ Bei Mietwohnungen kommen die jeweiligen Miet- und Betriebskosten hinzu. Bei Eigentümern werden außerdem die Gebühren für Wasser, Kanal und Müllbeseitigung erfasst. Für Eigentumswohnungen werden die laufenden Kosten an die Hausverwaltung erhoben.

Im Jahr 2014 beträgt der Median der monatlichen Wohnkosten österreichischer Privathaushalte 464 Euro. Die Verteilung fällt dabei recht unterschiedlich aus: jene 10% der Haushalte mit den niedrigsten Wohnkosten zahlen 243 Euro, jene 10% der Haushalte mit den höchsten Wohnkosten 810 Euro, also mehr als das Dreifache davon. Seit 2008 sind die medianen Wohnkosten nach EU-SILC um 20% gestiegen, wobei die Steigerung bei den untersten bzw. obersten 10% der Haushalte mit 13% bzw. 15% etwas geringer ausgefallen ist.

Die Wohnkosten hängen auch vom jeweiligen Rechtsverhältnis ab: Eigentümer und Eigentümerinnen von Wohnungen oder Häusern zahlen 425 bzw. 435 Euro (der Tilgungsbetrag des Kredits wird nicht in die gesamten Wohnkosten miteingerechnet) und damit weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Mieter und Mieterinnen zahlen mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt, wobei es große Unterschiede zwischen den Mietkategorien gibt. Für Gemeindewohnungen liegen die Mietkosten bei 470 Euro und für Genossenschaftswohnungen bei 553 Euro. Am höchsten sind die medianen Wohnkosten für Haushalte in sonstigen Mietwohnungen, diese zahlen mit 609 Euro 31% mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt. Für Haushalte in privaten Mietverhältnissen war auch die Steigerung der Wohnkosten seit 2008 mit 28% am höchsten.

Differenziert nach Einkommensgruppen zahlen Haushalte mit niedrigem Einkommen mit 421 Euro 9% weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt, Haushalte mit hohem Einkommen zahlen mit 527 Euro etwa 14% mehr. Die Unterschiede zwischen den Wohnkosten erscheinen relativ gering, ist doch das Äquivalenzeinkommen von Haushalten mit hohem Einkommen mindestens dreimal so hoch wie das Einkommen von Haushalten mit niedrigem Einkommen. Ein Grund dafür ist die unterschiedliche Zusammensetzung der Einkommensgruppen nach dem Rechtsverhältnis. 58% der Haushalte mit niedrigem Einkommen leben in Mietwohnungen, knapp 30% davon in sonstigen Mietwohnungen und somit nicht in tendenziell günstigeren Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen. Im Gegensatz dazu wohnen nur etwa 30% der Haushalte mit hohem Einkommen in Mietwohnungen und davon nur 17% in privaten Mietwohnungen.

⁹ Weitere Analysen zum Thema – auch basierend auf anderen Datenquellen – sind in der Publikation „Wohnen 2014“ (Statistik Austria 2015c) nachzulesen.

¹⁰ Der Tilgungsbetrag des Kredits wird nicht in die gesamten Wohnkosten miteingerechnet.

Die Höhe der Wohnkosten hängt von der Größe der Wohnung bzw. des Hauses ab. Für einen Vergleich unterschiedlich großer Wohnungen werden daher die Wohnkosten pro Quadratmeter berechnet. Dabei zeigt sich, dass die Wohnkosten mit der Größe der Wohnung insgesamt steigen, pro Quadratmeter aber sinken (Tabelle 6).

Tabelle 6: Median der Wohnkosten und Wohnkosten pro Quadratmeter nach Rechtsverhältnis 2014

Wohnkosten in Euro							
Insgesamt	Hauseigentum	Wohnungs-eigentum	Gemeinde-wohnung	Genossenschafts-wohnung	Sonstige Haupt-/Untermiete	Mietfreie Wohnung/Haus	
Insgesamt	464	425	435	470	553	609	190
bis 39m ²	314	(226)	(227)	304	314	376	61
40 - 79m ²	466	284	363	469	499	590	121
80 - 119m ²	497	362	468	678	733	716	203
120 - 159m ²	441	432	594	(1.105)	(1.033)	1.005	236
160m ² und mehr	521	513	(758)	.	.	1.323	310

Wohnkosten pro Quadratmeter in Euro							
Insgesamt	Hauseigentum	Wohnungs-eigentum	Gemeinde-wohnung	Genossenschafts-wohnung	Sonstige Haupt-/Untermiete	Mietfreie Wohnung/Haus	
Insgesamt	5,4	3,2	5,2	8,3	8,2	9,6	2,1
bis 39m ²	10,1	(6,1)	(6,7)	8,7	9,0	12,3	1,6
40 - 79m ²	7,8	4,2	5,5	8,2	8,0	10,1	2,0
80 - 119m ²	5,3	3,7	5,1	8,1	8,3	8,0	2,3
120 - 159m ²	3,3	3,2	4,7	(8,5)	(8,5)	7,1	1,8
160m ² und mehr	2,7	2,7	(4,3)	.	.	7,6	1,5

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Die Unterschiede zwischen den Wohnkosten nach dem Rechtsverhältnis verstärken sich bei der Betrachtung der Kosten pro Quadratmeter: Sie sind für Mietwohnungen mit mehr als 8 Euro im Median mindestens 50% höher als die durchschnittlichen medianen Wohnkosten, die Quadratmeterkosten für sonstige Mietwohnungen sind mit 9,6 Euro sogar über 70% höher. Im Vergleich zum Jahr 2008 zeigt sich, dass die Kosten pro Quadratmeter für private Hauptmieten mit 28% am stärksten gestiegen sind, gefolgt von den Quadratmeterkosten für Hauseigentum und Gemeindewohnungen.

Die Abhängigkeit der Kosten pro Quadratmeter von der Größe der Wohnung und dem Rechtsverhältnis hilft auch zu verstehen, weshalb im Median Haushalte mit niedrigem Einkommen mit 7,3 Euro die höchsten medianen Wohnkosten pro Quadratmeter haben, Haushalte mit hohem Einkommen mit 4,1 hingegen nur durchschnittlich hohe. Im Zeitvergleich zeigt sich, dass die Wohnkosten pro Quadratmeter für Haushalte mit niedrigem Einkommen seit 2008 mit 34% auch überdurchschnittlich stark gestiegen sind. Im Durchschnitt beträgt die Steigerung 22%, für Haushalte mit hohem Einkommen stiegen die Wohnkosten pro Quadratmeter deutlich geringer (6%).

Energiekosten stellen einen wesentlichen Bestandteil der Wohnkosten dar.

Detailliert abgefragt werden **Energiekosten** in EU-SILC seit der Erhebung 2012. Erfasst werden dabei die Kosten der jeweiligen Energieträger, nicht aber die Nutzung der jeweiligen Energieform. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil des Energieaufwands für das Beheizen der Wohnung verwendet wird.

Im Median betragen die Energiekosten 125 Euro im Monat. Die Verteilung ist ähnlich wie bei den Wohnkosten: Die obersten 10% zahlen mit monatlich 270 Euro mehr als das doppelte wie der Gesamtdurchschnitt, die untersten 10% zahlen mit 55 Euro etwas weniger als die Hälfte.

Idealtypisch lassen sich zwei Gruppen von Erklärungsfaktoren für die Verteilung der Energiekosten identifizieren: Einerseits die physischen Gegebenheiten des Gebäudes (die Bebauungsart, die Energienutzungsform bzw. Heizungsart oder auch die Lage), andererseits die individuelle Nutzung durch die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Bedürfnisse, Ansprüche und Gewohnheiten.

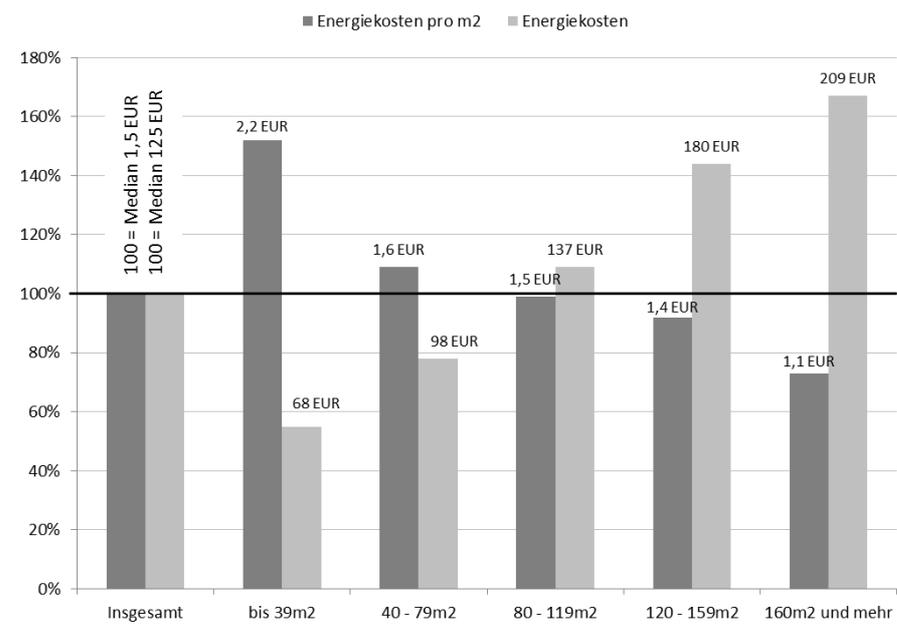
Beide Gruppen von Einflussfaktoren lassen sich mit den Daten von EU-SILC untersuchen, allerdings stehen nicht alle relevanten Einzelfaktoren zur Verfügung.

Unterschieden nach dem Rechtsverhältnis weisen im Hauseigentum lebende Haushalte mit 187 Euro im Median die höchsten monatlichen Energiekosten auf. Grund dafür ist der erhöhte Energiebedarf für Ein- und Zwei-Familien-Wohnhäuser im Vergleich zu Wohnungen im mehrgeschossigen Wohnbau, sowie die durchschnittlich größeren Wohnflächen von Eigentümshäusern. Die Unterschiede zwischen Miet- und Eigentumswohnungen bzw. zwischen einzelnen Mietkategorien sind gering.

Auch für die Energiekosten gilt, was bereits für die Wohnkosten insgesamt gesagt wurde: Sie steigen mit der Größe der Wohnung, aber sinken pro Quadratmeter. Grafik 5 zeigt, dass die Kosten für kleine Wohnungen (unter 40m²) 50% über den medianen Energiekosten pro Quadratmeter liegen, für große Wohnungen (160m² und mehr) liegen sie 25% unter den medianen Energiekosten pro Quadratmeter.

Differenziert nach der Einkommensgruppe weisen Haushalte mit niedrigem Einkommen mit im Median monatlich 100 Euro die niedrigsten Energiekosten auf, Haushalte mit hohem Einkommen mit 156 Euro die höchsten. Bei den Energiekosten pro Quadratmeter wandelt sich das Bild: Sie liegen bei Haushalten mit niedrigem Einkommen über den medianen Energiekosten, bei Haushalten mit hohem Einkommen darunter. Generell sind diese Unterschiede jedoch nicht so groß, was auf eine geringe Nachfrageelastizität hinweist.

Grafik 5: Energiekosten (pro Quadratmeter und insgesamt) nach Größe der Wohnung 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

2.2.2 Wohnkostenbelastung

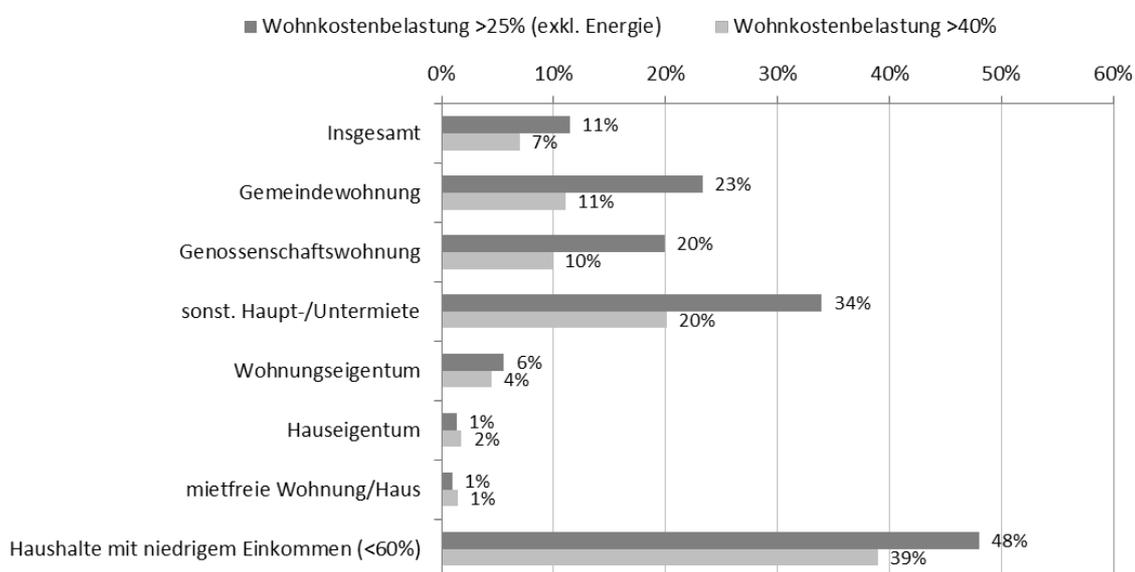
Werden die Wohnkosten zum verfügbaren Haushaltseinkommen in Beziehung gesetzt, kann die durchschnittliche Wohnkostenbelastung berechnet werden. Überschreiten die Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen einen bestimmten Schwellenwert, wird von hoher Wohnkostenbelastung gesprochen.

In diesem Bericht werden zwei unterschiedliche **Kriterien für eine hohe Wohnkostenbelastung** verwendet. Erstens wird hohe Wohnkostenbelastung verstanden als ein Wohnkostenanteil am Haushaltseinkommen von über 25%, wobei Energiekosten nicht in der Wohnkostendefinition berücksichtigt werden. Diese Definition von 25% entspricht dem Wohnkostenanteil, der in der bedarfsorientierten Mindestsicherung vorgesehen ist. Zweitens wird hohe Wohnkostenbelastung verstanden als ein Wohnkostenanteil inklusive Energiekosten von über 40% des Haushaltseinkommens. Das entspricht dem Konzept der „Überbelastung durch Wohnkosten“, das von EUROSTAT verwendet wird. Nachdem die Energiekosten erst seit EU-SILC 2012 detailliert erfasst werden, ist eine Zeitreihe für den letztgenannten Indikator nur ab dem Jahr 2008 möglich.

Energiekosten machen 29% der gesamten Wohnkosten aus. Werden diese nicht berücksichtigt, weisen 960.000 Personen (11%) eine Wohnkostenbelastung von 25% und mehr auf. Eine Wohnkostenbelastung inklusive Energiekosten von über 40% des Haushaltseinkommens trifft 587.000 Personen (7%).

Beim Vergleich der Rechtsverhältnisse weisen Personen in Mietwohnungen häufiger eine überdurchschnittliche Wohnkostenbelastung auf, Personen und Haushalte in Eigentümshäusern bzw. -wohnungen seltener.

Grafik 6: Indikatoren zur Wohnkostenbelastung nach Rechtsverhältnis 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Gerundete Werte.

Wie zu erwarten sind Haushalte mit niedrigem Einkommen am häufigsten von hoher Wohnkostenbelastung betroffen: ohne Berücksichtigung der Energiekosten weisen rund die Hälfte aller Haushalte mit niedrigem Einkommen eine hohe Wohnkostenbelastung auf, 39% dieser Haushalte weisen einen Wohnkostenanteil von über 40% am Haushaltseinkommen auf. Im zeitlichen Vergleich zeigt sich, dass sich der Anteil der von hoher Wohnkostenbelastung betroffenen Personen in Niedrigeinkommenshaushalten deutlich erhöht hat – 2008 betrug er 31%. Für die Gesamtbevölkerung zeigt sich seit 2008 keine Veränderung.

2.2.3 Wohnqualität und Wohnprobleme

Wohnverhältnisse und -bedingungen stellen einen wesentlichen Aspekt der Lebensbedingungen dar. Dargestellt werden dabei Indikatoren für beengte Wohnverhältnisse (Überbelag), prekäre Wohnqualität und Probleme mit der Wohnumgebung.

Die Definition von **Überbelag** orientiert sich in EU-SILC an den Wiener Kriterien für die Vergabe einer Gemeindewohnung und berücksichtigt die Anzahl der Zimmer und Personen im Haushalt. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16 m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: ein Raum für zwei Personen, weniger als drei Räume für drei oder vier Personen, weniger als vier Räume für fünf oder sechs Personen, weniger als fünf Räume für sieben oder acht Personen, weniger als sechs Räume für mehr als acht Personen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Nach EU-SILC 2014 leben 502.000 Personen in einem von Überbelag betroffenen Haushalt, das sind 6% der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten. Überbelag ist vorrangig ein städtisches Phänomen: in Wien sind 14% aller Personen von Überbelag betroffen, in anderen Städten mit über 100.000 Einwohnern immerhin 10%. Nicht verwunderlich ist, dass Überbelag vor allem größere Haushalte betrifft. Allerdings ist der Zusammenhang nicht ganz linear: Mehrpersonenhaushalte mit mindestens 3 Kindern weisen mit 20% Überbelag den höchsten Anteil auf, gefolgt von Ein-Eltern-Haushalten. Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern (sowie Haushalte mit vier Personen generell) weisen allerdings mit 6% Überbelag eine durchschnittliche Überbelagsquote auf. Mit 9% überdurchschnittlich ist wiederum der Überbelagsanteil von Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind.

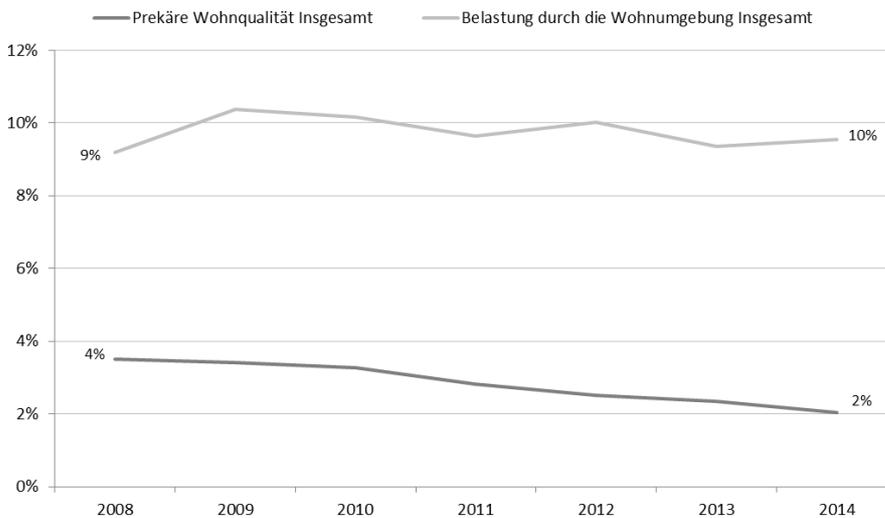
Überbelag betrifft vorrangig Personen, die nicht über eine österreichische Staatsbürgerschaft seit Geburt verfügen: eingebürgerte Staatsbürger sind mit 17% fast dreimal so häufig von Überbelag betroffen wie der Bevölkerungsdurchschnitt, Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft mit 24% etwa viermal so häufig.

Der **Indikator zur prekären Wohnqualität** fasst Fragen zur mangelnden Ausstattung und zu baulichen Mängeln der Wohnung zusammen. Berücksichtigt werden die Ausstattung der Wohnung mit einem Badezimmer bzw. einem WC, das Vorhandensein einer Waschmaschine, Probleme durch Feuchtigkeit, Schimmel und Fäulnis in der Wohnung und Probleme durch dunkle Räume. Ist ein Haushalt von zwei oder mehreren dieser Wohnprobleme betroffen, wird von prekärer Wohnqualität gesprochen.

2% der Bevölkerung in österreichischen Privathaushalten sind 2014 von prekärer Wohnqualität betroffen. Im zeitlichen Verlauf zeigt sich ein Rückgang beim Indikator „Prekäre Wohnqualität“ sowie ein annähernd gleichbleibendes Niveau beim Indikator „Belastung durch die Wohnumgebung“ (Grafik 7). Beim Indikator „Prekäre Wohnqualität“ zeigt sich der Rückgang in allen Merkmalen, die den Indikator bilden. Insgesamt verbessert sich also die durchschnittliche Wohnqualität – sei es durch Sanierungen bzw. durch Neubauten –, die Belastung durch die Wohnumgebung verbleibt stabil, nachdem in den eingehenden Indikatoren (wahrgenommener Lärm, Schmutz, Kriminalität) keine wesentlichen Änderungen zu erwarten sind.

Wird hier wiederum nach der Einkommensgruppe unterschieden, so zeigt sich eine Verbesserung hinsichtlich prekärer Wohnqualität bei allen Einkommensgruppen, bei Haushalten mit hohem Einkommen allerdings etwas stärker. Bei der Belastung durch die Wohnumgebung zeigt sich ein differenziertes Bild mit ausgeprägten Schwankungen für die einzelnen Einkommenskategorien zwischen den Jahren.

Grafik 7: Indikatoren „Prekäre Wohnqualität“ und „Belastung durch die Wohnumgebung“ 2008 - 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Gerundete Werte.

2.2.4 Wohnzufriedenheit

Bisher wurden Wohnbedingungen anhand von objektiven Kriterien dargestellt. Abschließend soll deshalb noch eine subjektive Komponente Berücksichtigung finden. Die subjektive Beurteilung unterscheidet sich von der objektiven Beschreibung der Wohnsituation dadurch, dass die Wohnbedingungen mit all ihren unterschiedlichen Aspekten in einer Gesamtbewertung der befragten Personen zusammenfließen.

Die **Wohnzufriedenheit** wird anhand folgender Frage gemessen: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnsituation? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“ Bei solch einer mehrstufigen Skala dient neben der Darstellung von Häufigkeiten einzelner Werte vor allem die mittlere Zufriedenheit (arithmetisches Mittel) als Maß für die Zufriedenheit.

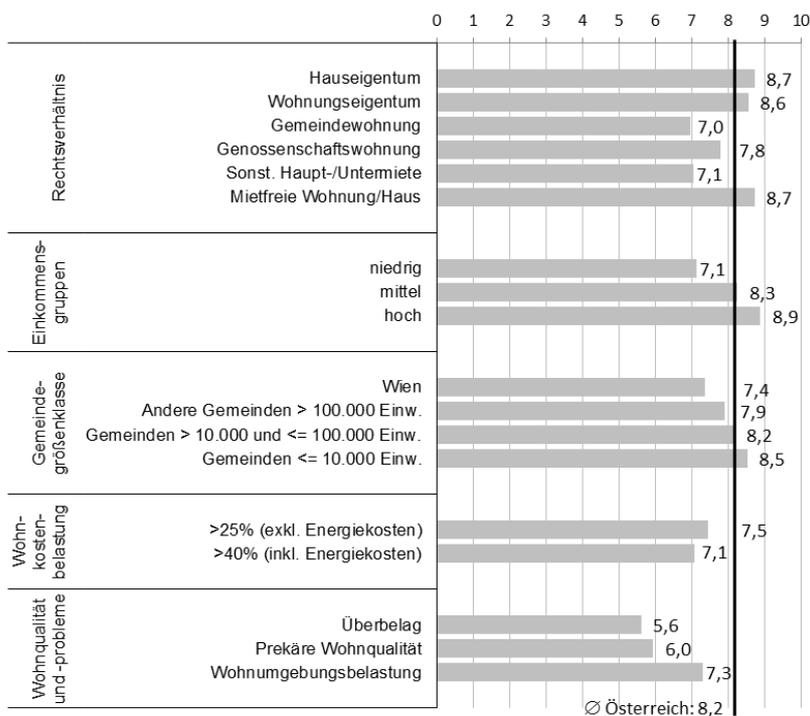
Am häufigsten, nämlich von 36% der Personen ab 16 Jahren, wird auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden) der höchstmögliche Wert von 10 genannt, von knapp drei Viertel (73%) wird mindestens der Wert 8 genannt. Dies unterscheidet sich etwas von der Verteilung der Lebenszufriedenheit, welche die gesamte Lebenssituation widerspiegelt. Sie wird am häufigsten mit 8 bewertet, mindestens den Wert 8 geben dort zwei Drittel der Personen ab 16 Jahren an. Die Wohnzufriedenheit als ein Aspekt der gesamten Lebensbedingungen ist damit etwas höher als die Lebenszufriedenheit im Allgemeinen, was sich auch im Mittelwert der beiden Dimensionen widerspiegelt: Die mittlere Wohnzufriedenheit liegt bei 8,2, jene der gesamten Lebenszufriedenheit mit 7,8 etwas darunter.¹¹

Die Wohnzufriedenheit variiert deutlich mit der wohnrechtlichen Situation: Eigentümer und Eigentümerinnen von Häusern (8,7) und Wohnungen (8,6) sowie Personen in mietfreien Häusern und Wohnungen (8,7) sind mit ihrer Wohnsituation zufriedener als Mieter und Mieterinnen. Von diesen sind jedoch Personen, die in einer Genossenschaftswohnung leben, noch tendenziell zufriedener. Ihre mittlere Wohnzufriedenheit liegt bei 7,8 gegenüber 7,0 bei Mieterinnen und Mietern einer Gemeindewohnung sowie 7,1 bei Personen in sonstiger Haupt- oder Untermiete. Darüber hinaus unterscheidet sich die Wohnzufriedenheit nach der Höhe des Einkommens: Personen der niedrigen Einkommensgruppe sind am

¹¹ Analysen zur Zufriedenheit mit dem Leben und mit verschiedenen Lebensbereichen sind in Kapitel 2.6 nachzulesen.

unzufriedensten mit der Wohnsituation (7,1). Die Zufriedenheit von Beziehenden mittlerer Haushaltseinkommen beträgt 8,3, jene der hohen Einkommensgruppe im Durchschnitt 8,9. Ein Zusammenhang ist auch zwischen der Größe des Wohnortes und der Wohnzufriedenheit zu erkennen: Die Wohnzufriedenheit steigt mit sinkender Einwohnerzahl der Gemeinde.¹² In die zu erwartende negative Richtung tendiert die Wohnzufriedenheit bei hoher Wohnkostenbelastung: Unabhängig von der Definition (25% bzw. 40% des Haushaltseinkommens und exklusive bzw. inklusive Energiekosten) sind niedrige Wohnzufriedenheitswerte von 7,5 bzw. 7,1 bei hoher Wohnkostenbelastung zu beobachten. Ein wesentlicher Faktor für die Wohnzufriedenheit neben den Kosten ist die Belagssituation: Personen, die in überbelegten Wohnungen leben, sind besonders unzufrieden. Ihr mittlerer Wohnzufriedenheitswert liegt nur bei 5,6. Weiters korrelieren auch schlechte Wohnqualität und belastende Wohnumgebung mit der subjektiven Zufriedenheit: Eher unzufrieden sind Personen dann, wenn sie mit prekärer Wohnqualität (6,0) sowie mit Wohnumgebungsbelastungen (7,3) konfrontiert sind.

Grafik 8: Wohnzufriedenheit nach ausgewählten wohnrelevanten Merkmalen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren. 0=überhaupt nicht zufrieden, 10=vollkommen zufrieden.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Wohnkostenbelastung: Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen.

¹² Es ist anzunehmen, dass dies u.a. eine Folge der Zufriedenheit mit der Wohnumgebung ist. Neben den unterschiedlichen Möglichkeiten zur Erholung (Freizeit-, Grünflächen, öffentlicher Freiraum) können auch der Sicherheitsaspekt sowie die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten eine Rolle spielen. Die Zufriedenheit mit und das Wohlbefinden in der Wohngegend wird in „Wohnen 2013“ (Statistik Austria 2014c) näher beleuchtet.

2.3 VERSCHULDUNG

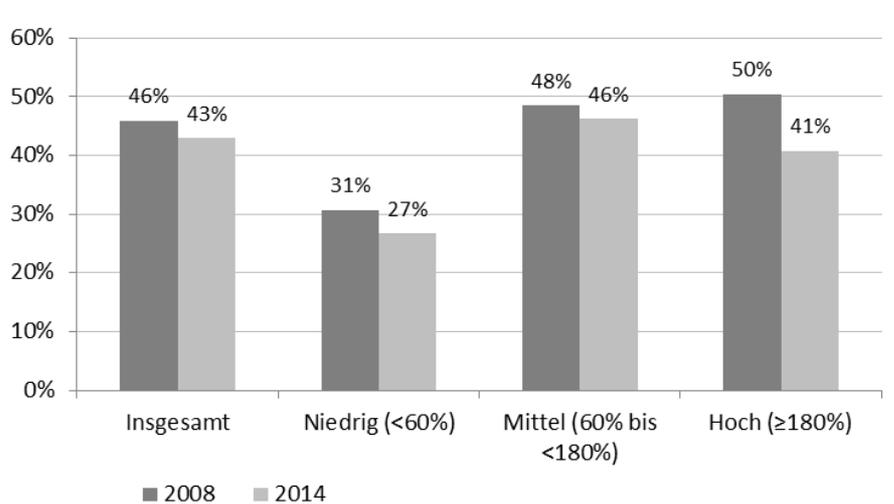
Schulden schränken aufgrund der laufenden Rückzahlungsverpflichtungen den finanziellen Spielraum des Haushalts ein. Schulden haben somit einen wesentlichen Einfluss auf die Lebensbedingungen und den Lebensstandard von Haushalten. Schulden bzw. Rückzahlungsverpflichtungen werden nicht für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens berücksichtigt, haben aber unter Umständen große Auswirkungen auf die Lebenssituation in Haushalten.

In diesem Kapitel wird die Verschuldungssituation von österreichischen Privathaushalten dargestellt. Schulden stellen nicht per se ein (finanzielles, gesellschaftliches oder sozialpolitisches) Problem dar, sondern können auch als Ergebnis einer geplanten, rationalen Entscheidung der Haushalte verstanden werden. Problematisch sind Schulden vor allem dann, wenn der Haushalt seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Diese Rückzahlungsprobleme sollen im zweiten Teil dieses Kapitels behandelt werden.

Verschuldung wird in EU-SILC durch Fragen nach Kreditverbindlichkeiten für die Anschaffung von Wohnraum (für Wohnung, Haus) und nach sonstigen Rückzahlungsverpflichtungen („Konsumkredite“; auch Ratenkäufe, Leasingverträge sind enthalten) erhoben.

Insgesamt leben 43% der österreichischen Bevölkerung in verschuldeten Haushalten. Haushalte mit niedrigem Einkommen haben mit 27% am seltensten, Haushalte mit mittlerem Einkommen mit 46% am öftesten Schulden. Insbesondere der Anteil der Haushalte mit Wohnkrediten ist in Niedrigeinkommenshaushalten deutlich unterdurchschnittlich. Im Vergleich zur Erhebung 2008 ging der Anteil der verschuldeten Haushalte in allen Einkommensgruppen zurück.

Grafik 9: Anteil der Haushalte mit Krediten nach Einkommensgruppen 2008 und 2014

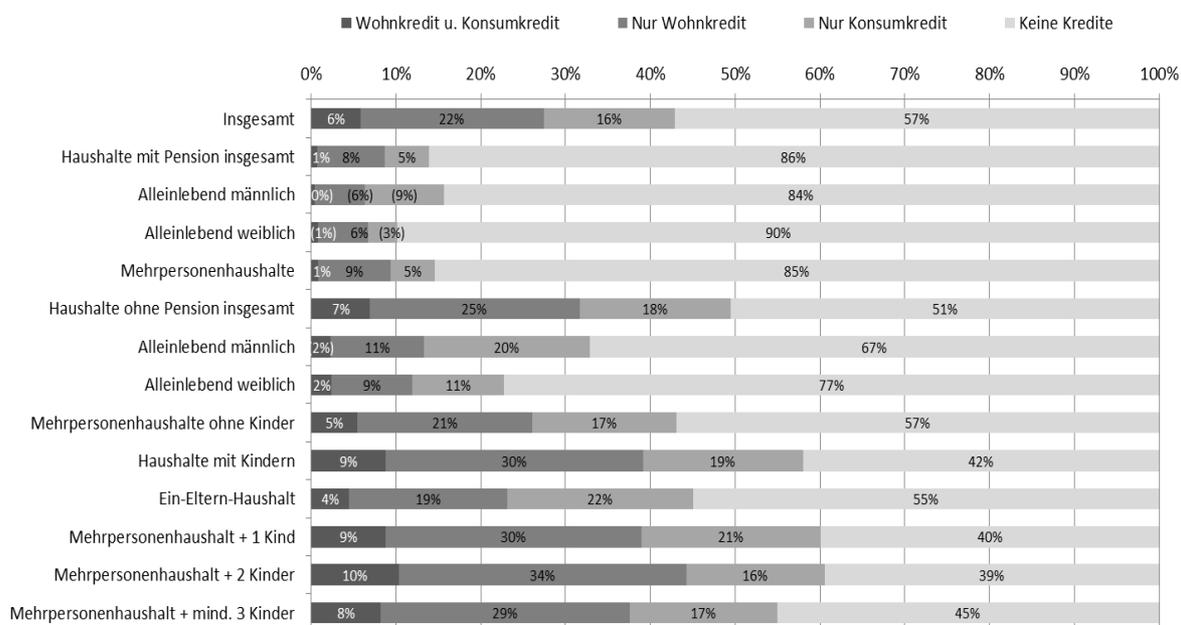


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%.

Die Entscheidung sich zu verschulden hängt auch von bestimmten Lebensphasen ab. Deutlich wird dies bei der Unterscheidung nach dem Haushaltstyp. Den geringsten Anteil an verschuldeten Haushalten weisen alleinlebende Frauen mit Pension als Haupteinkommensquelle auf (90%), hier – wie insgesamt bei Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle – ist insbesondere der Anteil der Haushalte mit Wohnkrediten gering. Haushalte mit Kindern weisen mit etwa 58% den höchsten Anteil an verschuldeten Haushalten auf, Ausnahme hiervon bilden Ein-Eltern-Haushalte mit 45%. Interessant

erscheint auch der merklich höhere Anteil von Haushalten nur mit Konsumkrediten bei männlichen Alleinlebenden – dies kann einerseits auf Unterschiede in der Einkommenssituation (mit höherem Einkommen lassen sich Kreditverpflichtungen leichter eingehen) zurückzuführen sein, andererseits auf Unterschiede im Umgang mit Kreditverpflichtungen hinweisen.

Grafik 10: Verschuldung nach Haushaltstyp 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert.

Können Haushalte ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, hat dies zumeist für den Haushalt unmittelbare Konsequenzen, die durch die Reaktion der jeweiligen Gläubiger bzw. Kreditgeber verursacht werden (Mahnungen, Einforderung von Verzugszinsen, Verschlechterung der Bonität). Auch weist ein Zahlungsrückstand auf Liquiditätsprobleme des Haushalts hin, etwa aufgrund eines niedrigen Einkommens bzw. Einkommensrückgangs oder -ausfalls, steigenden Ausgaben oder mangelnden finanziellen Reserven. Deshalb werden Zahlungsrückstände auch als eines der Merkmale für die EU-Definition erheblicher materieller Deprivation herangezogen.

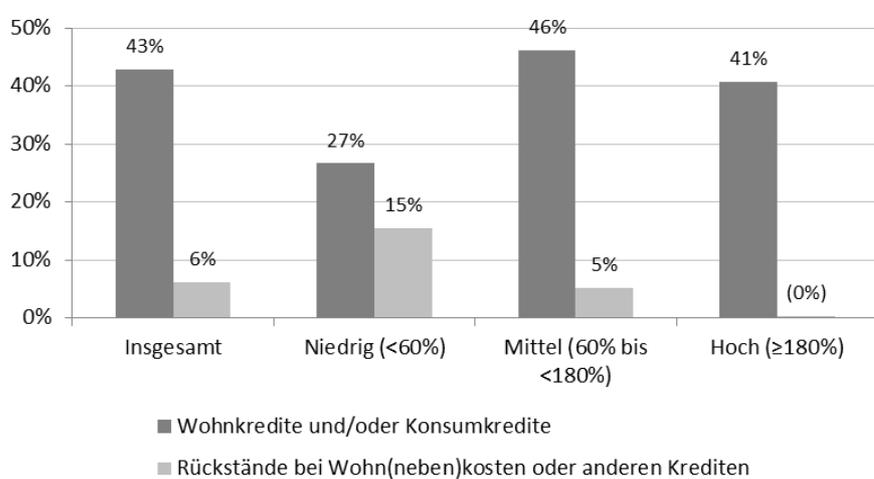
Die **Zahlungsrückstände** beziehen sich nicht allein auf Rückzahlungen von Krediten, sondern auch auf andere Zahlungsverhältnisse wie Miete, Betriebskosten und sonstige Wohnnebenkosten sowie auf sonstige Zahlungsverpflichtungen.

6% der Personen in österreichischen Privathaushalten leben in Haushalten mit Rückständen bei Zahlungsverpflichtungen. Rückstände bei Zahlungen für Wohnkredite oder Mietzahlungen haben 4% der Personen, Rückstände bei Zahlungen für Wohnnebenkosten bzw. Wohnbetriebskosten haben 4%, Rückstände bei sonstigen (Rück-)Zahlungen 1% der Personen. Zahlungsschwierigkeiten in mehr als einem dieser Bereiche haben 2% der Personen.

15% der Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen haben (Rück-)Zahlungsschwierigkeiten in einem oder mehreren dieser Bereiche. Bei Haushalten mit hohem Einkommen ist der Anteil verschwindend gering. Haushalte mit niedrigem Einkommen sind auch mit 6% deutlich überdurchschnittlich in mehr als einem der drei genannten Bereiche mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert. Armutsgefährdete Haushalte

sind insgesamt also weniger häufig verschuldet, haben aber im Falle häufiger Zahlungsrückstände. Im zeitlichen Verlauf seit EU-SILC 2008 zeigt sich wenig Änderung, bis auf einen Rückgang der Haushalte mit hohem Einkommen und Zahlungsschwierigkeiten.

Grafik 11: Kredite und Zahlungsrückstände nach Einkommensgruppe



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Nach dem Haushaltstyp weisen alleinlebende Männer ohne Pension als Haupteinkommensquelle, Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern einen Anteil von mindestens 10% an Haushalten mit Zahlungsschwierigkeiten auf. Diese Haushalte sind auch überdurchschnittlich häufig von Zahlungsschwierigkeiten in mehr als einem Bereich betroffen. Haushalte mit Pension sind in allen Bereichen unterdurchschnittlich häufig mit Zahlungsschwierigkeiten konfrontiert.

Tabelle 7: Zahlungsschwierigkeiten nach Haushaltstyp 2014

	Keine Zahlungsschwierigkeiten	Zahlungsschwierigkeiten bei			Zahlungsschwierigkeiten in	
		Kredite für Haus/Wohnung, Miete	Wohnnebenkosten, Betriebskosten	Sonstige Zahlungsverpflichtungen	einem Bereich	mind. 2 Bereichen
Insgesamt	94	4	4	1	4	2
Haushalte mit Pension insgesamt	98	1	1	(0)	1	0
Alleinlebend männlich	97	(0)	(1)	(2)	(3)	(0)
Alleinlebend weiblich	98	(0)	(2)	(0)	(2)	(0)
Mehrpersonenhaushalt	98	(1)	(1)	(0)	(1)	(0)
Haushalte ohne Pension insgesamt	93	4	4	(2)	5	2
Alleinlebend männlich	90	6	7	(3)	6	5
Alleinlebend weiblich	91	(6)	(6)	(2)	(5)	(4)
MPH ohne Kinder	96	2	3	1	2	2
Haushalte mit Kindern	92	5	4	2	6	2
Ein-Eltern-Haushalt	80	14	10	4	14	6
MPH + 1 Kind	95	3	3	1	3	2
MPH + 2 Kinder	94	4	3	3	4	2
MPH + mind. 3 Kinder	88	7	5	(1)	11	(0)

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. MPH=Mehrpersonenhaushalt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

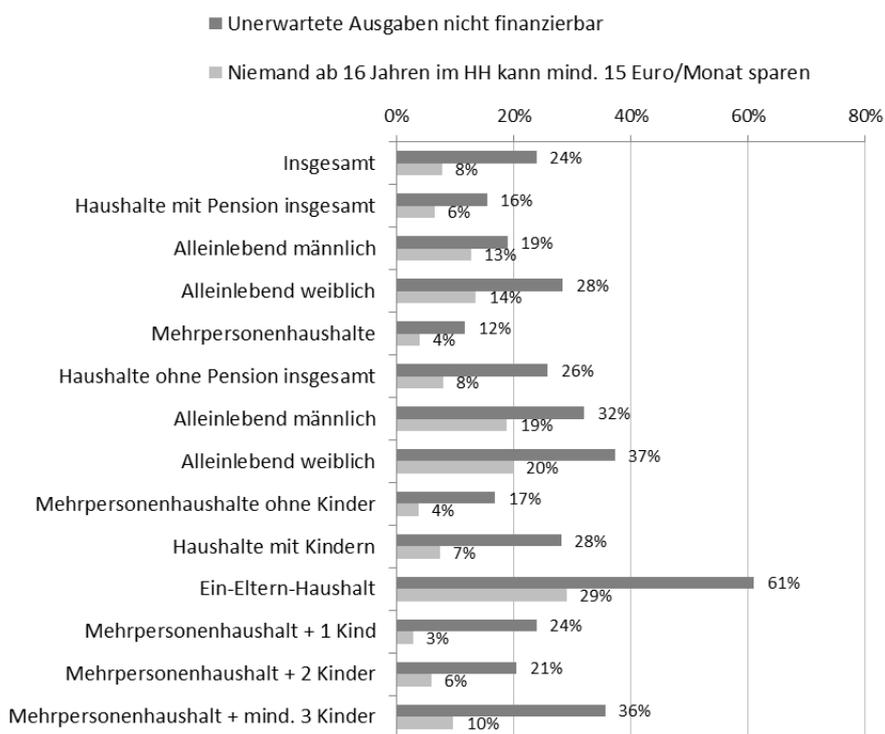
Zahlungsrückstände entstehen, wenn die betreffenden Zahlungen nicht durch das laufende Einkommen oder durch Ersparnisse abgedeckt werden können. In EU-SILC werden Fragen

danach gestellt, ob der Haushalt über bestimmte finanzielle Reserven verfügt und ob die Mitglieder des Haushalts Ersparnisse bilden können. Dies soll Aufschluss über den finanziellen Spielraum der Haushalte geben.

Für die Frage nach den finanziellen Ressourcen werden die Haushalte gefragt, ob unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.100 Euro aus eigenen Mitteln abgedeckt werden können. Ein Viertel der österreichischen Bevölkerung in Privathaushalten verfügt nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel, 8% der Bevölkerung lebt in Haushalten, in denen keine Person über 15 Jahren mindestens 15 Euro im Monat sparen kann. Nicht überraschend ist, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht über entsprechende finanzielle Ressourcen verfügen und einen höheren Anteil an Haushalten aufweisen, in denen nicht entsprechend gespart werden kann.

Nach Haushaltstyp verfügen vor allem alleinlebende Personen (außer alleinlebende Männer mit Pension als Haupteinkommensquelle), Ein-Eltern-Haushalte und Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern überdurchschnittlich häufig nicht über finanzielle Ressourcen, um unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.100 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Insbesondere Ein-Eltern-Haushalte weisen mit 61% einen sehr hohen Anteil auf. Am geringsten ist der Anteil bei Haushalten mit mehreren erwachsenen Haushaltsmitgliedern, mit und ohne Pension als Haupteinkommensquelle. Ähnlich die Verteilung bei Haushalten ohne die Möglichkeit zu sparen, hier sind vor allem alleinlebende Personen und Personen in Ein-Eltern-Haushalten betroffen.

Grafik 12: Leistbarkeit unerwarteter Ausgaben und Sparen im Haushalt nach Haushaltstyp 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

2.4 MATERIELLE LEBENSLAGE UND FINANZIELL BEDINGTE EINSCHRÄNKUNGEN

Im folgenden Kapitel wird das Vorhandensein und die Leistbarkeit von bestimmten Konsumgütern bzw. von Grundbedürfnissen dargestellt. Die materielle Lebenslage wird getrennt für die Einkommensgruppen untersucht um die unterschiedliche Ausstattung und etwaige Probleme der Finanzierbarkeit in Zusammenhang mit dem finanziellen Status zu stellen. Es werden dabei zunächst die Güter und Bedürfnisse, die für die Bevölkerung insgesamt als wesentlich erachtet werden, in den Blick genommen, danach werden spezifische Merkmale für den Lebensstandard von Erwachsenen und schließlich von Kindern analysiert. Grundlage für diese differenzierte Betrachtungsweise sind Daten, die in EU-SILC 2014 mittels eines Sondermoduls erhoben wurden (siehe auch Kapitel 1).

2.4.1 Vorhandensein von Konsumgütern und finanziell bedingten Einschränkungen

Ist etwas **im Haushalt nicht verfügbar**, wurde nachgefragt, ob das aus finanziellen Gründen so ist oder weil der Haushalt es nicht will. In der Armutsforschung wird diese Herangehensweise bei der Erfassung der Finanzierbarkeit eines notwendigen Lebensstandards zum Teil kritisch kommentiert: Es liege keine wirklich objektive und absolute Messung vor, da die Befragten selbst immer eine Beurteilung treffen, welche Gütern oder Verhaltensweisen, sie sich leisten können bzw. wollen oder nicht (vgl. Berthoud et al 2008: 15). Dennoch: Der hohe Anteil der Nicht-Leistbarkeit in Haushalten mit niedrigem Einkommen und bei teuren Dingen zeigt, dass diese Messweise eine spezifische Art der materiellen Armut erfassen kann. Möglicherweise unterschätzt sie aber den Anteil derer, die Güter oder Verhaltensweisen aus anderen Gründen nicht besitzen oder ausüben.

Die wesentlichste Bedeutung bei den Konsumgütern bzw. Diensten, die der Kommunikation und gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten dienen, kommt Telefon und Internet zu. Ein Telefon zu haben, sei es ein Festnetz- oder Mobilgerät, gehört heute zum üblichen Lebensstandard, so dass sich hier in keiner der Einkommensgruppen eine nennenswerte Zahl von Nicht-Besitzern und Nicht-besitzerinnen zeigt. Einen Internetanschluss zu Hause zu haben ist hingegen immer noch nach Einkommen unterschiedlich: 95% der Personen mit hohem Haushaltseinkommen, aber nur 86% derjenigen mit mittleren bzw. 76% mit niedrigen Einkommen haben privates Internet – hier sind jedoch in allen Gruppen Anstiege gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.¹³ 5% der Personen in Niedrigeinkommenshaushalten machen explizit finanzielle Gründe für die Nicht-Verfügbarkeit eines Internetanschlusses verantwortlich. Die Zahlen zur Verfügbarkeit eines PCs sind ähnlich und ebenso nach dem Haushaltseinkommen abgestuft: 94% der Personen mit hohem Haushaltseinkommen, 86% mit mittleren und 75% mit niedrigen Einkommen steht privat ein PC zur Verfügung.

Ein Fernsehgerät befindet sich im Besitz von mehr als 90% aller Personen, wobei nur geringe Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen feststellbar sind. Lediglich 2% der Personen in Niedrigeinkommenshaushalten geben an, sich keinen Fernseher leisten zu können. Im Bereich Unterhaltungselektronik wird außerdem der DVD-Player abgefragt: Auch hier sind finanzielle Gründe ausschließlich für die Gruppe mit niedrigem Einkommen für Nicht-Besitz ausschlaggebend (7%).

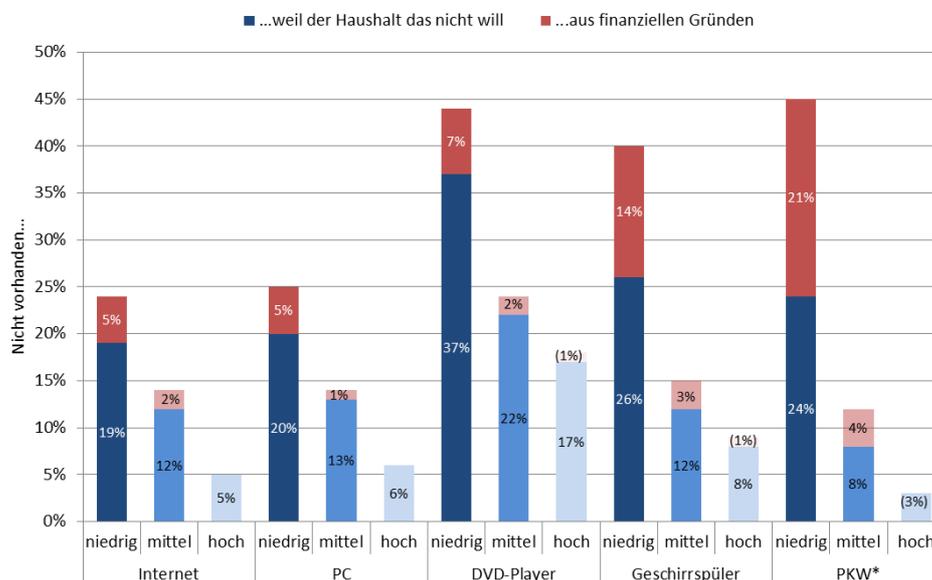
Flächendeckend verbreitet ist die Waschmaschine, entweder in der Wohnung oder in der Gemeinschaftswaschküche. Dennoch haben 3% der Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen keine Waschmaschine (jedoch gibt nur 1% an, das sei aus finanziellen Gründen so). Einen Geschirrspüler haben insgesamt 82% der Bevölkerung, wobei er in Haushalten mit hohem Einkommen (91%) weit üblicher ist als in denjenigen mit niedrigen Einkommen (60%).

Die größten Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen zeigen sich beim teuersten der abgefragten Güter, dem PKW. Während ein privater PKW für 97% der Menschen in Haushalten in der höchsten Einkommensgruppe nutzbar ist, liegt die Verfügbarkeit für

¹³ Zu Veränderungen zwischen den Jahren 2008 und 2013 siehe Lamei et al. im Sozialbericht 2013-2014 (In: BMASK 2014: 315ff).

Niedrigeinkommenshaushalte bei 55%. Dieser Nicht-Besitz wird etwa zur Hälfte finanziell begründet.

Grafik 13: Nicht-Vorhandensein von Konsumgütern nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Personen in Haushalten. Die Auswahl der Konsumgüter für die Grafik erfolgte nach Relevanz der Nicht-Verfügbarkeit.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Mit * gekennzeichnete Items zählen zu den neun Merkmalen erheblicher materieller Deprivation nach EU-Definition (siehe Box).

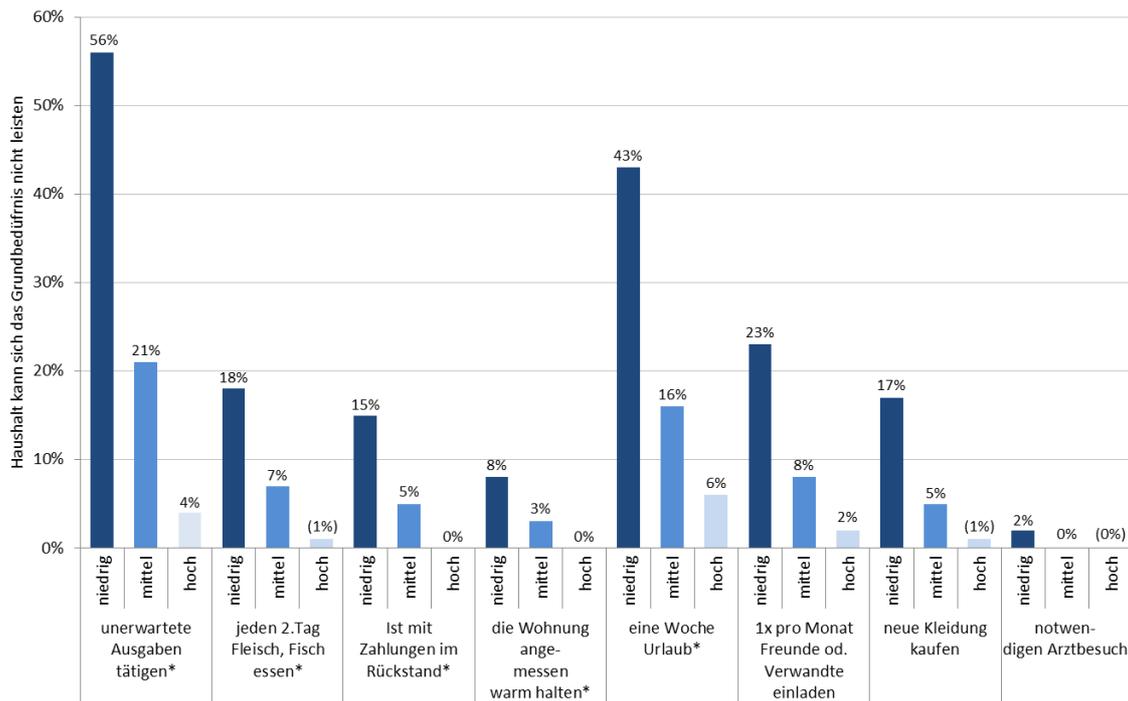
Vergleicht man die Gründe für den Nicht-Besitz über alle abgefragten Güter, fällt auf, dass Personen mit niedrigem Einkommen nicht nur bei den finanziell bedingten Einschränkungen, sondern auch beim freiwilligen Verzicht („Haushalt will das nicht“) höhere Werte aufweisen, als diejenigen mit zumindest mittlerem Einkommen (vgl. Grafik 13). Wie eingangs erwähnt (siehe Box) ist daher zu vermuten, dass die Nicht-Leistbarkeit de facto höher liegen dürfte, jedoch durch kognitive Strategien (bewusst oder unbewusst) teilweise uminterpretiert wird: „Ich kann mir das nicht leisten“ wird möglicherweise zu „Ich will das nicht“.

Neben dem materiellen Besitz wurden auch einige im Zusammenhang mit finanziellen Kapazitäten stehende Handlungsweisen und Grundbedürfnisse abgefragt. Auch hierbei handelt es sich um eine Annäherung an die finanzielle Situation des Haushalts: Erfragt wird nicht, ob beispielsweise tatsächlich ein Urlaub stattgefunden hat, sondern ob dieser prinzipiell finanziell möglich ist.

Die größten finanziell erzwungenen Einschränkungen werden im Hinblick auf unerwartete Ausgaben sowie das Verbringen eines Urlaubs¹⁴ berichtet. Beides trifft auf Personen in Niedrigeinkommenshaushalten mehr als doppelt so häufig zu wie auf Personen im mittleren Einkommensbereich. Personen mit hohem Einkommen sind in keinem der untersuchten Merkmale deutlich finanziell eingeschränkt (vgl. Grafik 14).

¹⁴ Eine Woche pro Jahr, auch in unbezahlter Unterkunft z.B. bei Freunden oder Verwandten.

Grafik 14: Nicht-Leistbarkeit von Grundbedürfnissen nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Personen in Haushalten.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Mit * gekennzeichnete Items zählen zu den neun Merkmalen erheblicher materieller Deprivation nach EU-Definition (siehe Box).

Zu den **Deprivationsmerkmalen laut EU-Definition** zählen: unerwartete Ausgaben nicht tätigen zu können, Einschränkungen bei der Ernährung, Zahlungsrückstände bei laufenden Miet- oder Kreditzahlungen und Betriebskosten, die finanzielle Unmöglichkeit, die Wohnung angemessen zu heizen sowie keinen Urlaub machen zu können gemeinsam mit Nicht-Besitz aus finanziellen Gründen von vier der oben dargestellten Konsumgüter (PKW, Waschmaschine, Fernseher, Telefon/Handy) – vgl. dazu ausführlicher Kapitel 3.3.

Ergänzend werden in Österreich als relevant für soziale Teilhabe eingestuft:¹⁵

- Freunde oder Verwandte einmal pro Monat einladen zu können: Dies können sich 23% der Personen mit niedrigem und 8% mit mittlerem Einkommen nicht leisten.
- Bei Bedarf neue Kleidung kaufen zu können: 17% der Personen im niedrigen und 5% im mittleren Einkommensbereich verneinen das.
- Bei unbedingter Notwendigkeit zum Arzt (Zahnarzt, Facharzt oder Allgemeinmediziner) gehen zu können: Für 2% der Personen mit niedrigem Einkommen ist das finanziell nicht möglich.

Zwei weitere Merkmale wurden 2014 neu erhoben:

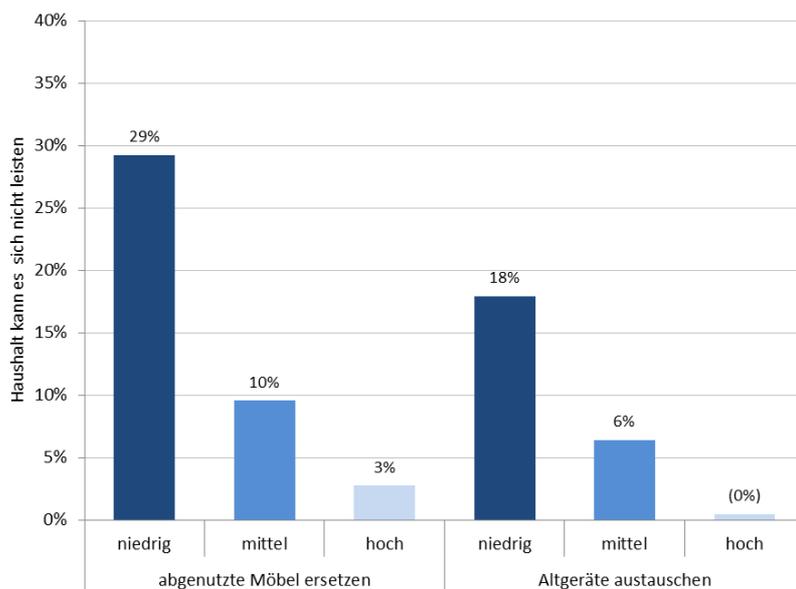
- Das Ersetzen von stark abgenutzten Möbeln: Auch hier zeigen sich eindeutige Nachteile für Personen in Niedrigeinkommenshaushalten. 29% der Personen in solchen Haushalten ersetzen stark abgenutzte Möbel nicht, da es nicht leistbar ist.
- Das Austauschen von Altgeräten – damit gemeint sind Elektrogeräte, die älter als 15 Jahre sind (Kühlschrank, Gefrierschrank, Waschmaschine, Wäschetrockner, Geschirrspüler oder Herd). Unabhängig von der Einkommensgruppe befinden sich in mehr als 40% aller Haushalte solche Altgeräte. Allerdings können 18% der Menschen in Haushalten mit

¹⁵ vgl. Till-Tentschert/Weiss 2008.

niedrigem Einkommen diese im Bedarfsfall nicht tauschen – ein Problem, das schon in der mittleren Einkommensgruppe auf ein Drittel reduziert ist.

Die Analysen zeigen deutlich, dass Niedrigeinkommenshaushalte Nachteile nicht nur hinsichtlich der Ressource Einkommen, sondern auch im Ausstattungsgrad und der Versorgung haben.

Grafik 15: Nicht-Leistbarkeit nach Einkommensgruppen 2014: Abgenutzte Möbel ersetzen / Altgerätetausch



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Personen in Haushalten. Gerundete Werte. Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

2.4.2 Spezifische Merkmale der materiellen Lebenslage für Erwachsene

Für alle Personen ab 16 Jahren wurden 2014 zusätzliche Fragen danach gestellt, ob sie sich persönlich bestimmte Verhaltensweisen und Tätigkeiten leisten können (siehe Box). Die Möglichkeit derartiger Ausgaben soll dabei nicht nur im Hinblick auf das eigene (Erwerbs-)einkommen beurteilt werden – auch wenn ein Teil des gemeinsamen Haushaltsbudgets für derartige persönliche Ausgaben verwendet werden kann, gilt die Ausgabe als leistbar. Wie zuvor wurde auch bei diesen Items zwischen „will das nicht“ und „aus finanziellen Gründen nicht“ unterschieden, wobei nur Letzteres hier unter Nicht-Leistbarkeit geführt ist.

Erhoben wurde die **Leistbarkeit** mittels folgender Fragen:

Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Dinge tun.

Falls nicht, sagen Sie mir bitte, ob das aus finanziellen Gründen so ist oder ob Sie es nicht wollen.

- Ersetzen Sie abgetragene Kleidung durch neue (nicht ausschließlich Second-Hand Kleidung)?
- Haben Sie mindestens zwei Paar Schuhe in passender Größe, davon ein winterfestes?
- Üben Sie regelmäßig Freizeitaktivitäten aus, wenn diese mit Kosten verbunden sind, z.B. Sport, Kino-, Konzert- oder Lokalbesuche?
- Treffen Sie mindestens einmal pro Monat Freunde oder Verwandte, um gemeinsam etwas zu trinken oder zu essen?
- Lesen Sie regelmäßig eine Tageszeitung (auf Papier oder im Internet)?
- Geben Sie jede Woche ein bisschen Geld für sich selbst aus? (z.B. für Kino- oder Frisörbesuch, kleine Geschenke für Freunde)
- Sparen Sie jeden Monat zumindest 15 Euro?

Die Antwortmöglichkeiten waren Ja / Nein, aus finanziellen Gründen nicht / Nein, will das nicht.

Wie bereits in Bezug auf den Lebensstandard der Haushalte festgestellt wurde, sind finanzielle Einschränkungen auch hier vorwiegend bei Personen in

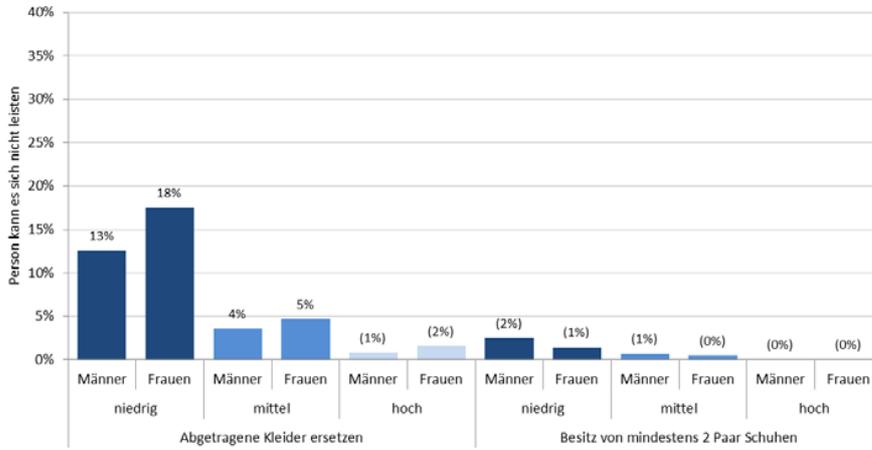
Niedrigeinkommenshaushalten gegeben. Personen in Haushalten mit hohem Einkommen haben selten finanzielle Gründe, welche die Teilhabe im Sinne der untersuchten Merkmale verhindern. Abgesehen von diesem allgemeinen Befund zeigen sich für Frauen und Männer unterschiedliche Möglichkeiten für eigene Ausgaben: Bei nahezu allen abgefragten Dingen berichten Frauen größere Einschränkungen auf Grund von Nicht-Leistbarkeit als Männer.¹⁶ Dies gilt über alle Einkommensgruppen hinweg. Das Potential, über einen Teil des Haushaltseinkommens individuell zu verfügen, erscheint demnach nicht gleichverteilt zwischen den Geschlechtern – ein Befund, der bereits durch andere Studien zum Thema belegt werden konnte (vgl. Mader et al 2012).

Die Möglichkeit, abgetragene Kleidung durch neue zu ersetzen, fehlt bei 18% der Frauen und 13% der Männer in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Bei mittlerem und hohem Haushaltseinkommen kommt das nur sehr selten vor. Der Besitz von mindestens zwei Paar passenden Schuhen, davon ein winterfestes, ist nur für einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung nicht leistbar: 2% der Männer und 1% der Frauen mit niedrigem Einkommen stimmen dem zu.

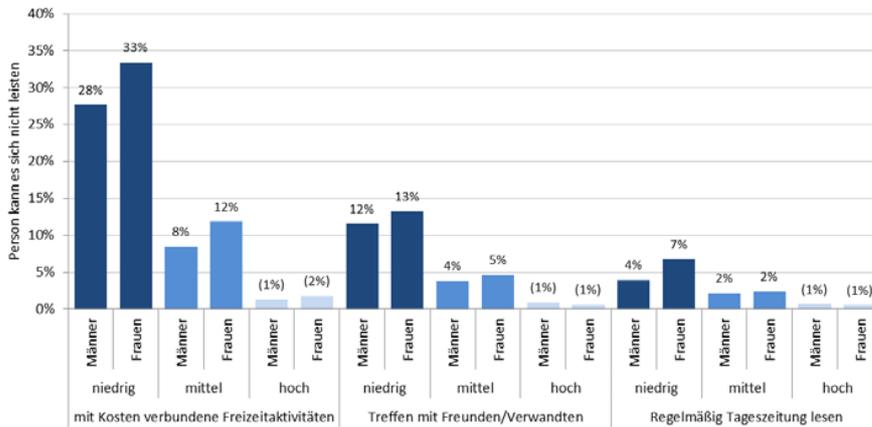
¹⁶ Einzige Ausnahme ist der Besitz von mindestens 2 Paar Schuhen.

Grafik 16: Nicht-Leistbarkeit für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen 2014

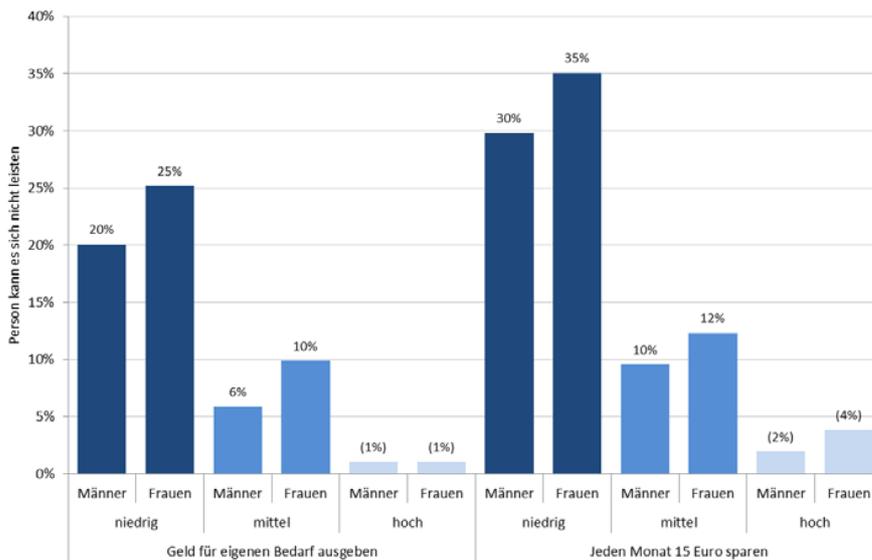
Kleidung und Schuhe



Freizeit



Geld für den Eigenbedarf ausgeben und Sparen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Bei der Freizeitgestaltung zeigen sich weitere Unterschiede nach der finanziellen Situation im Haushalt wie auch nach dem Geschlecht: Ein mit Kosten verbundenes regelmäßiges Ausüben von Freizeitaktivitäten ist für 33% der Frauen und 28% der Männer in Niedrigeinkommenshaushalten nicht möglich. Auch bei mittlerem Einkommen zeigen sich noch fallweise Einschränkungen – wiederum etwas öfter für Frauen (12%) als für Männer (8%). In Bezug auf Sozialkontakte ist die Frage nach dem Treffen von Verwandten oder Freunden relevant, der finanzielle Aspekt kommt über den Fragezusatz „um gemeinsam etwas zu trinken oder zu essen“ ins Spiel: 13% der Frauen und 12% der Männer mit niedrigem Einkommen verneinen dies. In Niedrigeinkommenshaushalten lesen auch 7% der Frauen und 4% der Männer aus finanziellen Gründen nicht regelmäßig eine Tageszeitung.

Jede vierte Frau in einem Niedrigeinkommenshaushalt gibt an, nicht jede Woche ein bisschen Geld für sich selbst ausgeben zu können, bei den Männern jeder Fünfte. Deutlich seltener wird dies bei Einkommen im mittleren Bereich bejaht, wobei auch hier Frauen (10%) weniger oft die Möglichkeit haben über etwas Geld für sich selbst zu verfügen als Männer (6%). In Haushalten mit hohem Einkommen spielt dies keine Rolle. Ähnlich, jedoch auf höherem Niveau, verhält es sich mit dem Sparen: Am seltensten sparen können Frauen in Haushalten mit niedrigem Einkommen (35%).

Als die trennschärfsten Merkmale für Deprivation, das heißt was sich Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen im Gegensatz zu den meisten anderen nur schwer leisten können, erweisen sich somit: Freizeitverhalten, das mit Kosten verbunden ist, eigenes Sparen und Geld für sich selbst ausgeben.

Ein weiterer Bereich, wo finanziell bedingte Einschränkungen große Konsequenzen in der Teilhabe nach sich ziehen dürften, ist die Mobilität. Allerdings ist das Niveau der Nicht-Leistbarkeit hier sehr gering: 3% aller Personen ab 16 Jahren in Niedrigeinkommenshaushalten sagen, auf Grund der Fahrkartenpreise für ihre alltäglichen Wege nicht regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel nutzen zu können – Männer (3%) etwas öfter als Frauen (2%). Auch hier ist ab dem mittleren Einkommen keine Einschränkung mehr zu sehen.

Die Gruppe, die sich keine Mobilität – das heißt weder öffentlichen Verkehr noch einen PKW im Haushalt – leisten kann, ist mit unter einem Prozent der Erwachsenen sehr klein. Hier sind diejenigen, die nicht mobil sein müssen oder wollen, nicht enthalten.

2.4.3 Spezifische Merkmale der materiellen Lebenslage für Kinder und Jugendliche

Die Situation von Kindern findet in der europäischen Definition der erheblichen materiellen Deprivation insofern Beachtung, als die soziale Lage von Kindern mit Familien betrachtet wird (vgl. Kapitel 3.3). Es zeigt sich für Österreich, dass erhebliche materielle Deprivation vor allem Ein-Eltern-Haushalte (16%) und Haushalte mit drei und mehr Kindern (8%) betrifft – hingegen Haushalte mit einem oder zwei Kindern nur zu 3% oder Mehrpersonenhaushalte (ohne hauptsächlich Pension) ohne Kinder zu 2%.

Mit EU-SILC 2014 bietet sich jedoch darüber hinaus die Möglichkeit, gezielt über die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen selbst zu berichten, da zusätzliche Informationen aus dem Modul vorliegen. Die Auswahl an spezifischen Kinderitems für das europäische EU-SILC Modul 2014 wurde auf Grundlage einer früheren Erhebung in EU-SILC 2009 getroffen. Außerdem wurden für Österreich weitere relevante Themen einmalig erfragt (siehe dieser Abschnitt bzw. Kapitel 2.5.2). Die Zielsetzung war, den Lebenszyklus „Kindheit und Jugend“ ganzheitlich abzubilden. Daher sind die nun dargestellten Zahlen nicht separat von jenen in Kapitel 2.4.1 zu sehen, sondern die beiden Sichtweisen – die Haushaltsebene und die persönlichen Kinderitems – ergänzen einander. Nicht nur der momentane Lebensstandard der Kinder, sondern auch die indirekten Voraussetzungen für ihr zukünftiges Wohlergehen sollen Beachtung finden (vgl. Guio et al 2012).

Kritisch anzumerken ist, dass sich die hier präsentierten Auswertungen auf Grund der Datenverfügbarkeit nur auf eine Teilgruppe der Kinder und Jugendlichen, nämlich die Ein- bis 15-Jährigen, beziehen. In EU-SILC sind keine Indikatoren zur Messung von

Lebensstandard und Deprivation für die frühe Kindheit sowie zur spezifischen Situation von Jugendlichen über 15 Jahren verfügbar.¹⁷

Konsumgüter und finanziell bedingte Einschränkungen bei Kindern und Jugendlichen

Die **Leistbarkeit von kinderspezifischen Gütern und Bedürfnissen** wurde von einem Elternteil jeweils gemeinsam für alle ein- bis 15-jährigen Kinder des Haushalts beantwortet:

Jetzt noch einige Fragen zu den Kindern in Ihrem Haushalt, die mindestens ein Jahr alt und jünger als 16 Jahre alt sind:

Kann sich Ihr Haushalt bei Bedarf

- Zahnarztleistungen um 200 Euro pro Jahr für jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt leisten (z.B. für Füllungen, Mundhygiene, Zahnspangen,)?
- Brillen oder Kontaktlinsen um 100 Euro pro Jahr für jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt leisten?

Bekommt jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt

- täglich Obst und Gemüse?
- täglich eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel (oder eine entsprechende vegetarische Speise)?

Hat jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt

- einige neue Kleidungsstücke (nicht ausschließlich Second-Hand Kleidung)?
- mindestens zwei Paar Schuhe in passender Größe, davon ein winterfestes?
- altersgerechte Bücher?
- Sport- und Freizeitgeräte für draußen (z.B. Fahrrad, Inlineskates)?
- Spielzeug oder Spiele für drinnen (z.B. Babyspielzeug, Bausteine, Brettspiele, Computerspiele)?

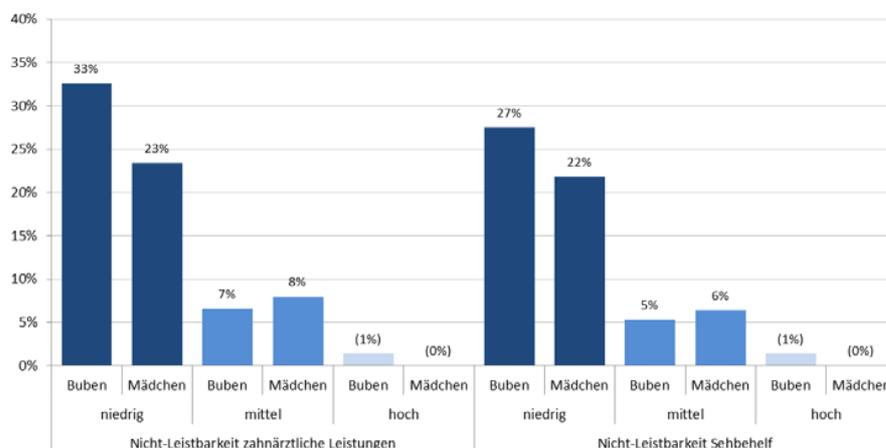
Die Antwortmöglichkeiten waren Ja / Nein, aus finanziellen Gründen nicht / Nein, will das nicht.

Die Antworten bezogen sich jeweils auf alle Kinder im Haushalt; Nicht-Leistbarkeit bzw. Nicht-Verfügbarkeit für mindestens eines dieser Kinder sollte für alle als Nicht-Leistbarkeit bzw. Nicht-Verfügbarkeit vercodet werden. Getrennte Auswertungen für Buben und Mädchen sind zwar möglich, es muss jedoch beachtet werden, dass durch diese Erhebungsweise innerhalb eines Haushalts keine Unterschiede berichtet werden können. Oft sind detaillierte Auswertungen nach Geschlecht oder Gründen der Nicht-Verfügbarkeit (finanzielle vs. andere) auch aufgrund der geringen Fallzahlen nicht möglich.

Wie zuvor gezeigt, sind in der Bevölkerung insgesamt Einschränkungen bei der Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen selten, aber hoch selektiv nach der finanziellen Lage der Haushalte (siehe Grafik 14). Besonders augenfällig wird dies bei Kindern: Für ein Drittel der Buben bzw. ein Viertel der Mädchen, die in Niedrigeinkommenshaushalten aufwachsen, sind bei Bedarf zahnärztliche Leistungen um 200 Euro, die privat zu bezahlen sind, nicht möglich. Ähnliche Quoten werden für die Nicht-Leistbarkeit von Brillen bzw. Kontaktlinsen (um 100 Euro pro Kind) ausgewiesen. Die höheren Prozentsätze für Buben aus Haushalten mit niedrigem Einkommen über beide Leistungskategorien im Vergleich zu Mädchen ist deutlich, aber mit den vorliegenden Daten nicht erklärbar. In Summe sind etwa 117.000 Kinder von der Nicht-Leistbarkeit von zahnärztlichen Leistungen und 100.000 Kinder von der Nicht-Leistbarkeit von Sehbehelfen betroffen. Am größten ist die Notwendigkeit zum Verzicht auf derartige Gesundheitsleistungen dabei nicht in kinderreichen Haushalten, sondern in Ein-Eltern-Haushalten: In diesen Familien müssen 24% der Kinder aus finanziellen Gründen auf notwendige zahnärztliche Leistungen bzw. 21% der Kinder auf nötige Sehbehelfe verzichten. Zum Vergleich: bei drei oder mehr Kindern im Haushalt sind es 15% bzw. 14%, bei nur einem Kind im Haushalt sind es 6 bzw. 5%.

¹⁷ Daten gibt es allerdings zur Bildungs- und Arbeitsmarktpartizipation von Jugendlichen. Eine politisch äußerst bedeutsame Gruppe sind jene 200.000 16- bis 29-Jährigen, die für mindestens sechs Monate weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren, die sogenannten NEETs – „Not in Education, Employment or Training“ (vgl. dazu Till et al 2015).

Grafik 17: Nicht-Leistbarkeit von Gesundheitsleistungen für Buben und Mädchen nach Einkommensgruppen 2014

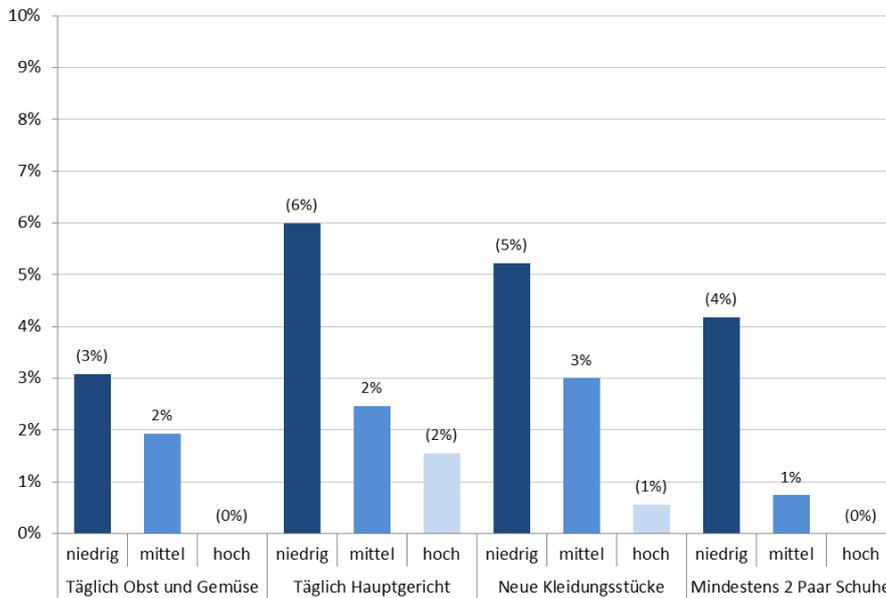


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren (zum Befragungszeitpunkt). Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch \geq 180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Personen aus einkommensschwachen Haushalten sind nicht nur bereits ab dem Kindesalter bei der Inanspruchnahme von mit Kosten verbundenen Gesundheitsleistungen benachteiligt, sondern auch beim Gesundheitszustand (vgl. dazu Kapitel 2.5). Zum Teil kann das an ungesunden Verhaltensweisen mit finanziellem Hintergrund liegen: Einschränkungen bei der Ernährung treffen zwar insgesamt sehr selten, auf Kinder in Haushalten der niedrigen Einkommenskategorie jedoch häufiger zu: 3% bekommen nicht täglich Obst und Gemüse, 6% keine tägliche Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel (oder eine entsprechende vegetarische Speise). Am Stärksten betroffen sind erneut Ein-Eltern-Haushalte.

Grafik 18: Nicht-Verfügbarkeit von altersgerechter Ernährung sowie Bekleidung und Schuhen nach Einkommensgruppen 2014

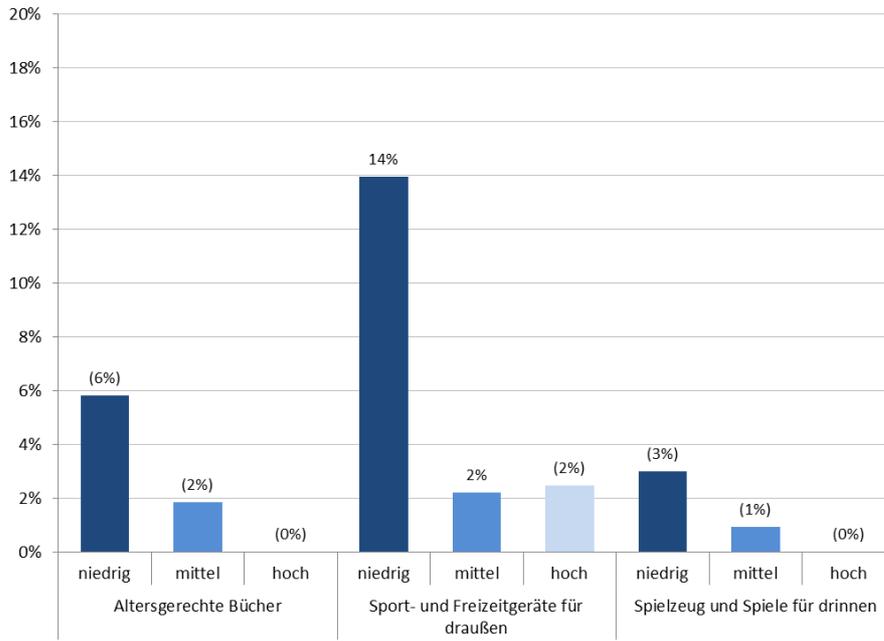


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren (zum Befragungszeitpunkt). Gerundete Werte. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht bzw. nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht).

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Auch bei Bekleidung und Schuhen sind in Niedrigeinkommenshaushalten Einschränkungen ersichtlich, bereits mit mittlerem Einkommen aber selten. Ein Vergleich des Anteils der Kinder aus Niedrigeinkommenshaushalten, die nicht mindestens zwei Paar passende Schuhe (eines davon winterfest) besitzen (4%), mit dem Anteil für Erwachsene (2% Männer, 1% Frauen – vgl. Grafik 16) zeigt, dass dieser Unterschied vermutlich auf die Problematik der rasch wechselnden Größen bei Kindern zurückzuführen ist. Am seltensten haben Kinder in Familien mit zwei oder mehr Geschwistern (einige) neue Kleidungsstücke und zwei Paar Schuhe.

Grafik 19: Nicht-Verfügbarkeit von Büchern und Spielsachen nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren (zum Befragungszeitpunkt). Gerundete Werte. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht bzw. nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht).

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

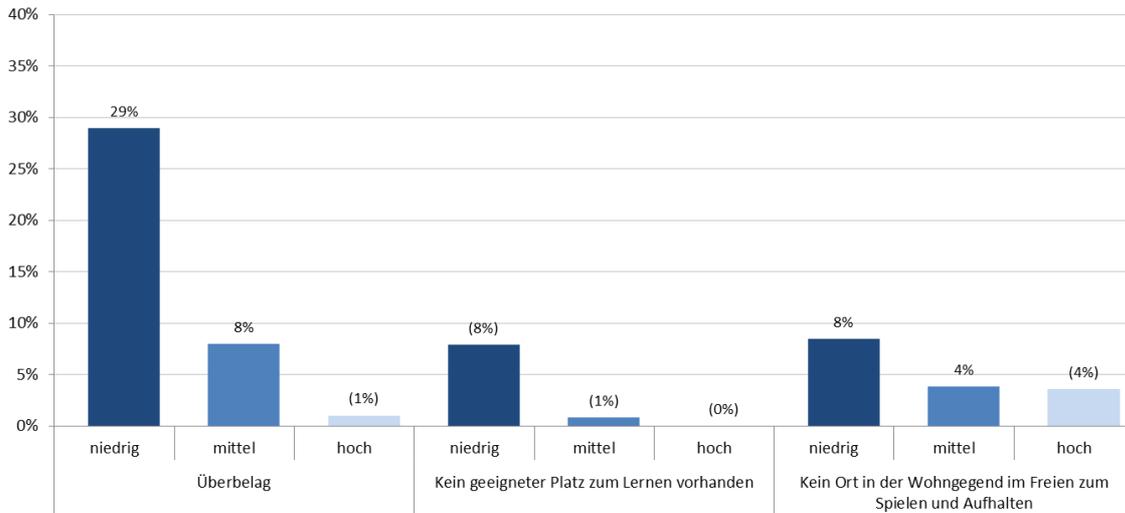
In Bezug auf die Ausstattung für die Freizeit sind es insbesondere altersgerechte Bücher sowie Sport- und Freizeitgeräte für draußen (z.B. Fahrräder), die den Kindern je nach Einkommenshöhe der Haushalte unterschiedlich oft zur Verfügung stehen. 6% der Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen haben keine ihrem Alter entsprechenden Bücher, 14% keine Sport- und Freizeitgeräte für draußen.

Hinsichtlich der Wohnqualität wurde bereits in Kapitel 2.2 gezeigt, dass deprivierte Wohnverhältnisse – vor allem Überbelag – öfter in größeren Mehrpersonenhaushalten und in Ein-Eltern-Haushalten sowie generell in Niedrigeinkommenshaushalten auftreten. Kinder sind häufig mitbetroffen: Insgesamt leben 12% aller Kinder von einem bis 15 Jahren in überbelegten Wohnungen¹⁸; bei niedrigem Haushaltseinkommen sind es sogar 29% bzw. mit zwei oder mehr Geschwistern im Haushalt 21%. Dennoch sagen nur 2% der Eltern über ihre Schulkinder, sie hätten keinen geeigneten Platz zum Lernen mit ausreichend Licht und Ruhe. Bei Kindern aus Niedrigeinkommenshaushalten wird dieses Problem mit 8% vergleichsweise häufiger genannt.

Nicht nur die Wohnung selbst, auch die Wohnumgebung wird je nach Einkommenshöhe als unterschiedlich „kindgerecht“ eingeschätzt: 8% der Kinder und Jugendlichen mit niedrigem Haushaltseinkommen haben in ihrer Nähe keinen Ort, an dem sie draußen spielen und sich aufhalten können.

¹⁸ Insgesamt sind es 6% der Bevölkerung, siehe Kapitel 2.2.

Grafik 20: Platzprobleme und mangelnde Möglichkeiten sich im Freien aufzuhalten für Kinder nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren (zum Befragungszeitpunkt). Gerundete Werte. Platz zum Lernen: Kinder ab 6 Jahren, die eine Schule besuchen. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht bzw. nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht).

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Bei Benachteiligungen wie beengten Wohnverhältnissen, mangelnden Möglichkeiten sich im Freien aufzuhalten und fehlenden Spiel- und Sportgeräten ist die Wirkung hinsichtlich Gesundheit und Lernerfolg zu bedenken. Dies gilt auch für die Verfügbarkeit von Büchern. Die Folgen von Deprivation bei Kindern sind daher wie eingangs erwähnt nicht nur kurzfristig, sondern können die Lebenschancen bis ins Erwachsenenalter mitbestimmen.

Soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Auch die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist stark durch die finanziellen Möglichkeiten ihres Elternhauses bestimmt.

Weitere Fragen zur **Deprivation von Kindern und Jugendlichen** betrafen deren Möglichkeit, an Freizeit- und Schulaktivitäten teilzunehmen. Die Fragen lauteten:

- Übt jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt regelmäßig Freizeitaktivitäten aus, wenn diese mit Kosten verbunden sind?
- Feiert jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt Feste zu besonderen Anlässen (z.B. Geburtstage, religiöse Anlässe)?
- Fährt jedes dieser Kinder in Ihrem Haushalt pro Jahr mindestens eine Woche auf Urlaub? Dabei ist es egal, ob der Haushalt für die Unterkunft bezahlt, der Urlaub bei Freunden oder am Nebenwohnsitz verbracht wird oder Zuschüsse dafür erhalten werden.
- Denken Sie jetzt bitte an alle Schulkinder unter 16 Jahren in Ihrem Haushalt. Bitte sagen Sie mir, ob jedes dieser Kinder an Schulaktivitäten und Schulfahrten teilnimmt, wenn diese mit Kosten verbunden sind (z.B. Schwimmen, Museumsbesuch, Schikurs, Sprachreisen)?

Auch hier waren die Antwortmöglichkeiten Ja / Nein, aus finanziellen Gründen nicht / Nein, will das nicht. Die Antworten bezogen sich jeweils auf alle im Haushalt lebenden ein- bis 15-jährigen Kinder bzw. – bei der letzten Frage – Schulkinder dieses Alters.

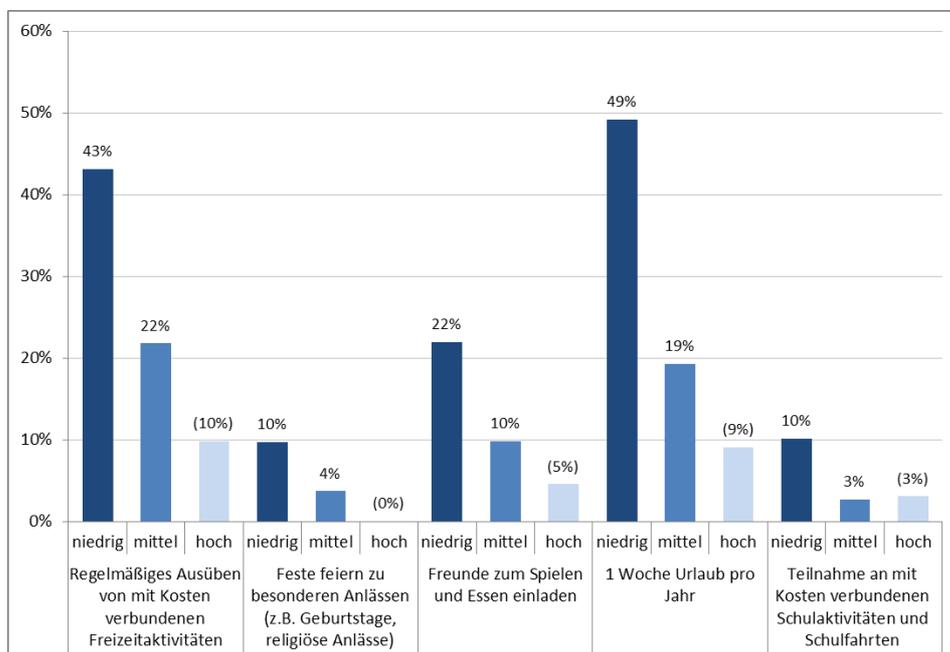
Am deutlichsten zeigen sich Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen bei Freizeitaktivitäten, die mit Kosten verbunden sind. Nur 57% der Kinder, die in Haushalten der niedrigen Einkommensgruppe leben, aber 90% der Kinder aus der höheren Einkommensgruppe, üben regelmäßig Freizeitaktivitäten, die etwas kosten, aus. Bei letzteren sind öfter „sonstige Gründe“ ein Hindernis, während bei

Niedrigeinkommenshaushalten die finanziellen Gründe ausschlaggebend sind. Auch hier gilt die bereits zuvor angeführte Vermutung, dass finanzielle Gründe eher untererfasst sind.

Ein weiteres wesentliches Merkmal, in dem sich Kinder nach der Einkommensposition ihrer Haushalte unterscheiden, ist die Möglichkeit auf Urlaub zu fahren. Wie auch bei der Bevölkerung insgesamt (siehe Grafik 14) zeigen sich deutliche Nachteile für Kinder, die aus Niedrigeinkommenshaushalten kommen. Nur die Hälfte kann einen jährlichen Urlaub – auch bei Freunden, am Nebenwohnsitz oder mit Hilfe von Zuschüssen – konsumieren.

Die Gefahr des sozialen Ausschlusses zeigt sich weiters in den geringeren Möglichkeiten Freunde einzuladen (22% der Kinder in Niedrigeinkommenshaushalten können das nicht), Feste zu feiern (10%) und an kostenpflichtigen Schulaktivitäten teilzunehmen (10%). Diese sozialen Teilhabemöglichkeiten sind erst ab mittlerem Einkommen für fast alle Kinder leistbar.

Grafik 21: Nicht-Verfügbarkeit von sozialer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren (zum Befragungszeitpunkt); für Teilnahme an Schulaktivitäten: Kinder ab 6 Jahren, die eine Schule besuchen. Gerundete Werte. Die angeführten Bedürfnisse sind nicht bzw. nicht für jedes Kind im Haushalt verfügbar (Haushalt hat finanzielle Gründe oder will das nicht).

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Bei allen hier dargestellten Verhaltensweisen ist zu berücksichtigen, dass Eltern (oder andere Angehörige des Haushalts) oft große Anstrengungen auf sich nehmen, um Kindern die Teilhabe zu ermöglichen. Die verstärkten Benachteiligungen für Kinder aus Niedrigeinkommenshaushalten im Bereich der sozialen Teilhabe resultieren vermutlich aus der vielfach notwendigen Überlegung, dass andere Bereiche der Teilhabe wesentlicher sind – sei es Ernährung, Bekleidung, Heizen, Gesundheit oder Ausgaben für schulische Erfordernisse.

Betroffenheit von materieller Deprivation bei Kindern und Jugendlichen

Bislang gibt es auf Ebene der Leitindikatoren der Europa 2020-Strategie (siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1) keine spezifisch auf die Lebenssituation von Kindern und

Jugendlichen ausgerichtete Messgrößen für Deprivation. Jedoch wurde bereits 2012 durch das EU-Forschungsnetzwerk Net-SILC2, an dem auch Statistik Austria beteiligt war, ein neuer Index für Deprivation bei Kindern entwickelt und mit den Daten des Moduls 2009 erstmals berechnet (vgl. etwa Guio et al 2012 und Statistik Austria 2012). Abschließend soll nun mittels dieses Index ein zusammenfassender Blick auf materielle Benachteiligungen von Kindern geworfen werden.

Der **Vorschlag für einen zusammenfassenden Indikator für die materielle Deprivation von Kindern und Jugendlichen** umfasst 18 Merkmale. Dazu gehören neben der finanziellen Situation des Haushalts ausdrücklich auch die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen.

Deprivationsmerkmale auf Haushaltsebene:

- (1) Vorliegen von Zahlungsrückständen
- (2) Der Haushalt kann sich nicht leisten: PC und Internet
- (3) Der Haushalt kann sich nicht leisten: einen PKW
- (4) Der Haushalt kann sich nicht leisten: die Wohnung angemessen warm zu halten
- (5) Der Haushalt kann sich nicht leisten: abgenutzte Möbel zu ersetzen

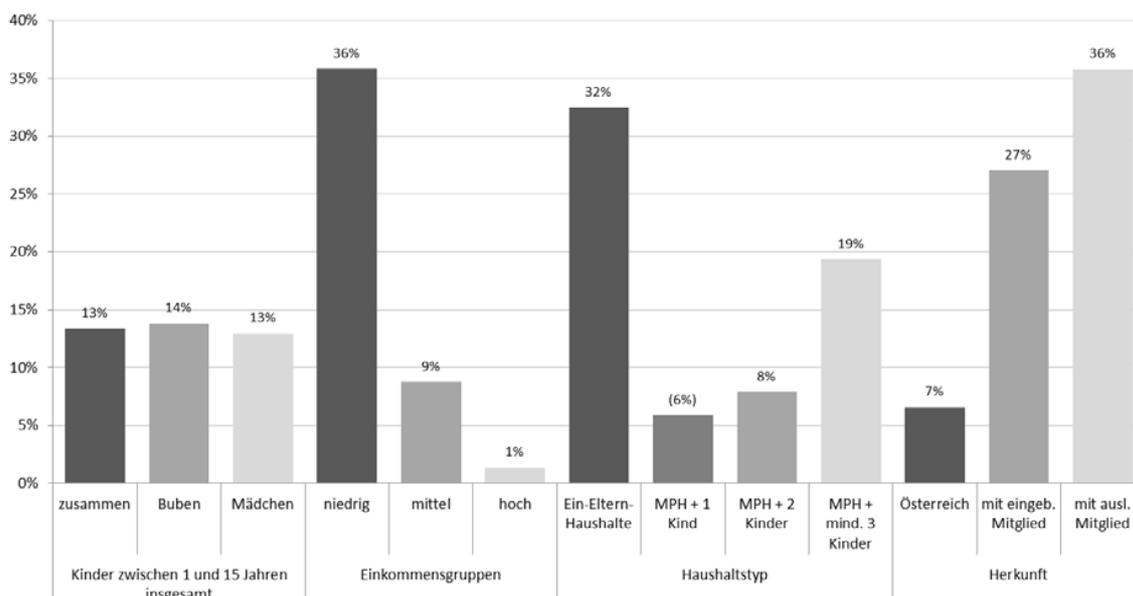
Deprivationsmerkmale für Kinder und Jugendliche (von einem bis 15 Jahre) – der Haushalt kann sich nicht leisten:

- (6) neue Kleider
- (7) zwei Paar feste Schuhe
- (8) täglich Obst und Gemüse
- (9) tägliches Hauptgericht (mit Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Nahrung)
- (10) altersgerechte Bücher
- (11) Freizeit- und Sportgeräte
- (12) Spielzeug und Spiele für drinnen
- (13) geeigneten Platz mit ausreichend Licht und Ruhe zum Lernen oder für Hausaufgaben
- (14) Freizeitaktivitäten
- (15) Familienfeste
- (16) Freunde einzuladen
- (17) Schulausflüge
- (18) eine Woche Urlaub.

Nach dem derzeit vorliegenden Vorschlag gelten Kinder und Jugendliche als depriviert, wenn mindestens drei dieser 18 Merkmale nicht leistbar sind.

Für die Kinder und Jugendlichen von einem bis 15 Jahren liegt die Deprivationsquote nach dieser Berechnung bei 13%. 161.000 Kinder und Jugendliche sind von mehrfachen – drei oder mehr – Einschränkungen in diesen Merkmalen betroffen.

Grafik 22: Materielle Deprivation von Kindern und Jugendlichen (mind. 3 von 18 Merkmalen treffen zu) nach Geschlecht, Einkommensgruppen, Haushaltstyp und Herkunft 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch \geq 180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Herkunft: Haushalt mit nur österreichischen Mitgliedern, Haushalt mit Eingebürgerten (ohne EU/EFTA) und ohne ausländischem Mitglied, Haushalt mit ausländischem (Nicht-EU/EFTA-)Mitglied. MPH = Mehrpersonenhaushalt.

Mit 36% sind mehr als ein Drittel der Kinder in armutsgefährdeten Haushalten mit Deprivation konfrontiert (vgl. Grafik 22). Wie schon auf Ebene der einzelnen Indikatoren zur Leistbarkeit nachgewiesen, wird auch hier der Zusammenhang zwischen Einkommen im Elternhaushalt und deprivierter Lebenslage der Kinder deutlich. Eine Kumulation von Problemen der Nicht-Leistbarkeit ist in Ein-Eltern-Haushalten (32%) und Haushalten ausländischer Herkunft (36%; bzw. 27% wenn mindestens ein Haushaltsmitglied aus einem Nicht-EU-/EFTA-Land eingebürgert wurde) besonders häufig. Überdurchschnittlich betroffen sind außerdem Kinder in Haushalten, in denen mindesten drei Kinder leben (19%). Unter dem Durchschnitt liegen die Quoten der materiellen Deprivation für Kinder in Haushalten der mittleren (9%) sowie der hohen Einkommensgruppe (1%), für Familien mit einem (6%) oder zwei Kindern (8%) und österreichischer Herkunft (7%).

Politische Ziele zur Reduktion von Armut und Deprivation bei Kindern sind derzeit auf Ebene des Monitorings der Europa 2020-Strategie nicht formuliert. Eine Weiterentwicklung der Messung und regelmäßige Berichterstattung über die Deprivation von Kindern ist dennoch nötig und wird in EU-SILC vorangetrieben. Wie die Analysen zeigen, ist vor allem eine verschränkte Betrachtungsweise von kindlichen Lebensumständen innerhalb ihrer Haushaltssituation bedeutsam.

Schule und Lernen

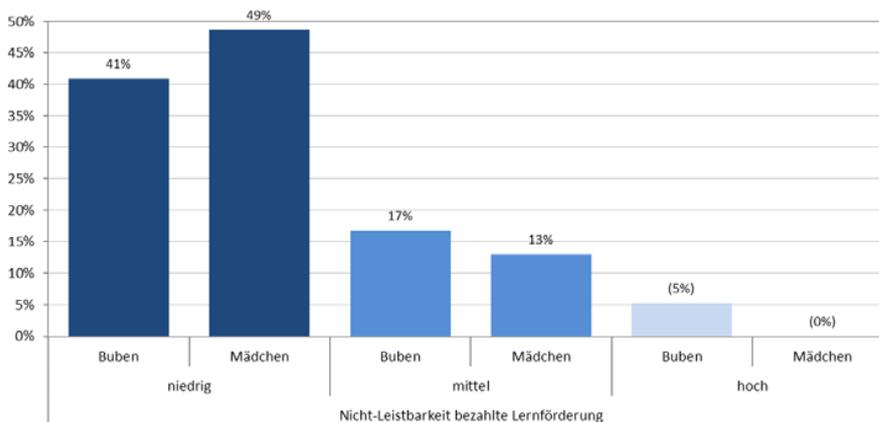
Vor dem Hintergrund eines ganzheitlichen Modells der Lebenslagen von Kindern wird die Ressource „Bildung“ als über alle Maße wesentlich für künftige Lebenschancen eingeschätzt.

Empirische Daten aus einem früheren SILC-Modul zeigen, dass – den Thesen von James Heckman (2011) folgend – insbesondere die vorschulische Bildung und Erziehung, den weiteren Erwerbs- und Einkommensverlauf prägt (vgl. Altzinger et al 2012). Betrachtet man die Daten aus EU-SILC 2014, kann eine relative Ausgeglichenheit in diesen

Startvoraussetzungen berichtet werden: Von den unter 7-Jährigen, die noch keine Schule (ohne Vorschule) besuchen, sind 64% aus Niedrigeinkommenshaushalten und 65% aus Haushalten mit mittlerem Einkommen in institutioneller Betreuung (Krippe, Kindergarten, Vorschule). Lediglich bei den Kindern aus Haushalten mit hohem Einkommen sind es etwas mehr (71%).

Allerdings zeigen sich für Schulkinder bereits recht deutlich die Auswirkungen von finanziell bedingten Einschränkungen: Die zuvor schon auf Haushaltsebene dargestellte Nicht-Leistbarkeit von PC und Internet – in vielen, vor allem höheren, Schulstufen wird dies vorausgesetzt – treffen 6% bzw. 4% der Kinder von einem bis 15 Jahren in Haushalten mit niedrigem Einkommen, aber praktisch keine in Haushalten ab mittlerer Einkommenshöhe. Ein weiterer Bereich, wo finanzielle Gründe zu eingeschränkter Nutzung führen, ist die Lernförderung. Die Ergebnisse hinsichtlich der Chancen, bezahlte Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, fallen sehr deutlich aus: 46% der Schulkinder aus Niedrigeinkommenshaushalten können keine bezahlte Lernförderung bekommen, wenn sie diese benötigen. Förderkurse, Nachhilfe und spezielle Förderungen wie bei Legasthenie sind nicht leistbar.¹⁹ Für Mädchen (49%) zeigen sich dabei noch etwas öfter Nachteile als für Buben (41%).

Grafik 23: Nicht-Leistbarkeit von bezahlter Lernförderung für Buben und Mädchen nach Einkommensgruppen 2014



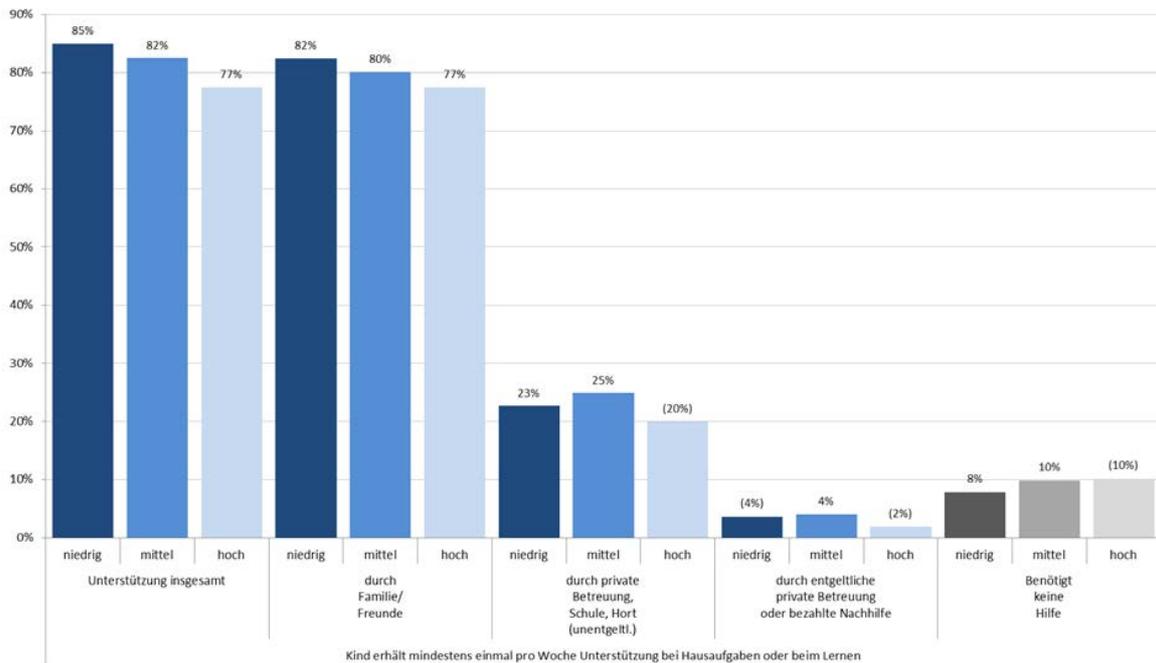
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 6 bis 15 Jahren, die eine Schule besuchen. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Können die materiellen Nachteile durch immaterielle Faktoren wie Hilfeleistung durch das private Umfeld aufgewogen werden? Grafik 24 lässt den Schluss zu, dass Kinder aus Niedrigeinkommenshaushalten mindestens gleich oft Unterstützung erhalten wie Kinder aus der mittleren oder hohen Einkommensgruppe. Insgesamt und bei Unterstützung durch Eltern, Geschwister, Großeltern und Freunde schneiden sie sogar besser ab. Über die Qualität der erhaltenen Unterstützung – d.h. die Frage, wer dem Kind tatsächlich wie gut helfen kann – sind jedoch keine Aussagen möglich. Anzunehmen ist, dass es in höheren Schulstufen für Eltern mit niedrigen Bildungsabschlüssen oder mangelnden Deutsch-Kenntnissen immer schwerer wird, ihren Kindern Hilfestellungen zu geben.

¹⁹ Vgl. dazu auch eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer, die zu ähnlichen Ergebnissen kommt: In Summe brauchen 230.000 Schülerinnen und Schüler (aller Schulstufen) Nachhilfe, wobei bezahlte Nachhilfestunden von Familien mit geringem Einkommen wesentlich seltener in Anspruch genommen werden können als von Besserverdienern (AK Nachhilfebarometer 2015: http://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/bildung/Nachhilfe_immer_mehr_Familien_muessen_zahlen.html (Abgerufen am 21.5.2015)).

Grafik 24: Unterstützung bei Hausaufgaben oder beim Lernen nach Einkommensgruppen 2014

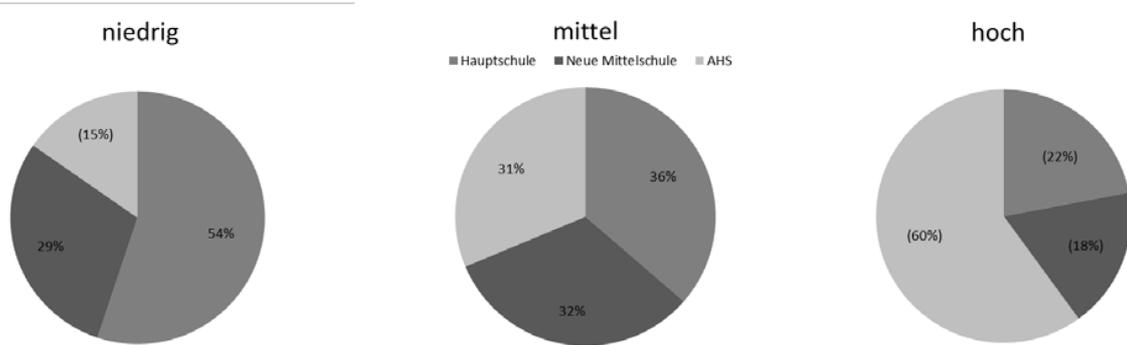


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 6 bis 15 Jahren, die eine Schule besuchen. Gerundete Werte. Dargestellt sind die Quoten der Antworten „fast jeden Tag“ und „mindestens einmal pro Woche“; Unterstützung, die nur „mindesten einmal im Monat“ oder seltener erfolgt, wird hier nicht ausgewiesen.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Die Möglichkeit, materielle und finanzielle Nachteile in der Kindheit durch höhere Bildung und gut bezahlte Erwerbstätigkeit im Erwachsenenalter zu überwinden, ist der Grundgedanke hinter dem Schlagwort „soziale Mobilität“. Ein erster Indikator für die Qualität der Bildung und die Chancen, zu höherer Bildung zu kommen, ist die „schulische Herkunft“, also der besuchte Schultyp nach der Volksschule (Sekundarstufe I, bis zur 8. Schulstufe). Er entscheidet über die Wahl der weiterführenden Ausbildung bzw. ob die Bildungskarriere überhaupt fortgesetzt wird. Schülerinnen und Schüler aus Hauptschulen schneiden hinsichtlich höherer Bildung am schlechtesten ab (vgl. Statistik Austria 2014b: 50). Der besuchte Schultyp nach der Volksschule korreliert wesentlich mit dem Einkommensniveau der Eltern (vgl. Grafik 25). Bei Kindern aus Niedrigeinkommenshaushalten ist der Besuch einer Hauptschule wahrscheinlicher als der Besuch anderer Schultypen. In der mittleren Einkommensgruppe sind Hauptschule, Neue Mittelschule und AHS etwa gleich verteilt. Der Großteil der Kinder aus Haushalten mit Einkommen über 180% des Medians besucht eine Allgemeinbildende Höhere Schule. Natürlich sind regionale Verfügbarkeit und mögliche Niveauunterschiede innerhalb eines Schultyps vorhanden, dennoch erhärtet sich der durch zahllose Studien bereits nachgewiesene Befund der sozialen Selektivität infolge des frühen Erstselektionsalters im österreichischen Schulsystem (vgl. z.B. Schreiner et al 2009, Bacher 2003, 2005).

Grafik 25: Besucher Schultyp der 10- bis 14-Jährigen nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche von 10 bis 14 Jahren, die eine Schule besuchen (ohne 10-Jährige, die noch eine Volksschule besuchen). Sonderschule ist auf Grund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen, aber in der Berechnung einbezogen. Gerundete Werte.

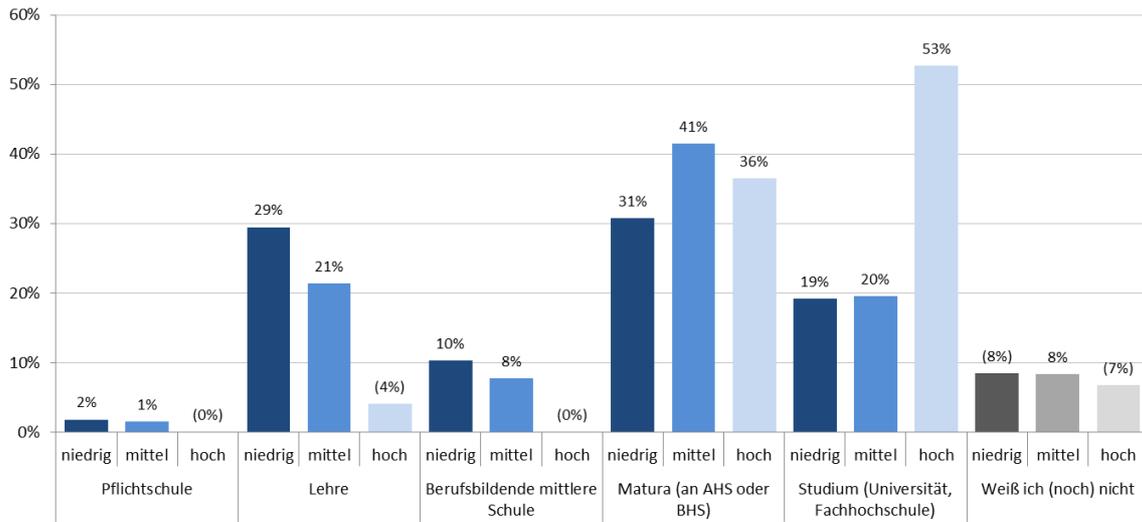
Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Abschließend noch ein weiterer Befund zur sozialen Mobilität: In der Einschätzung, welchen Schulabschluss ihre Kinder einmal machen sollen, zeigen sich die Gefahren verfestigter Einkommens- und Bildungsnachteile in Abhängigkeit vom aktuellen ökonomischen Status der Haushalte.²⁰

Während praktisch alle Eltern für ihre Kinder einen höheren Abschluss als jener der Pflichtschule anstreben, sind die Erwartungen im höheren Bildungsbereich für Haushalte mit niedrigem Einkommen eingeschränkt: 29% sind der Meinung, ihre Kinder sollen einen Lehrabschluss machen (verglichen mit 21% bei mittlerem und 4% bei hohem Einkommen). Für Eltern der mittleren Einkommensgruppe erscheint ein Maturaabschluss für ihre Kinder am ehesten erstrebenswert, während Eltern der hohen Einkommensgruppe klar einen Studienabschluss favorisieren.

²⁰ Bzw. auch in Abhängigkeit der Bildung der Eltern, wobei Bildung und Einkommen hoch korrelieren (vgl. die Auswertungen mit dem EU-SILC-Modul 2011 zu intergenerationaler Mobilität von Altzinger et al 2012).

Grafik 26: Geplanter Schulabschluss nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre. Gerundete Werte. Die Frage lautete: „Was würden Sie sagen, welchen Schulabschluss soll Ihr Kind einmal machen?“

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Sozioökonomische Nachteile – sei es durch das Bildungsniveau der Eltern, deren geringe Einkommen oder Herkunft – sollen durch ein chancengerechtes Bildungssystem ausgeglichen werden können. Die aktuellen Daten aus EU-SILC zeigen, dass dies (noch) nicht in ausreichendem Maße gelingt. Das Fazit aus dieser wie auch aus anderen Datenquellen²¹ muss also lauten: „Es hängt stark von der sozialen Herkunft ab, welche Ausbildung Kinder und Jugendliche erhalten. Für Kinder, deren Eltern einen niedrigen formalen Bildungsabschluss haben, ist es vergleichsweise schwierig, einen Bildungsabschluss einer höheren Schule oder Universität zu erreichen. Wie internationale Studien zeigen, wird Bildung von den Eltern an die Kinder vererbt.“ (vgl. Statistik Austria 2014b: 94).

²¹ Vgl. z.B. die Ergebnisse aus diversen Kompetenzfeststellungstests (PISA, PIAAC) und Studien (z.B. OECD 2014).

2.5 GESUNDHEIT

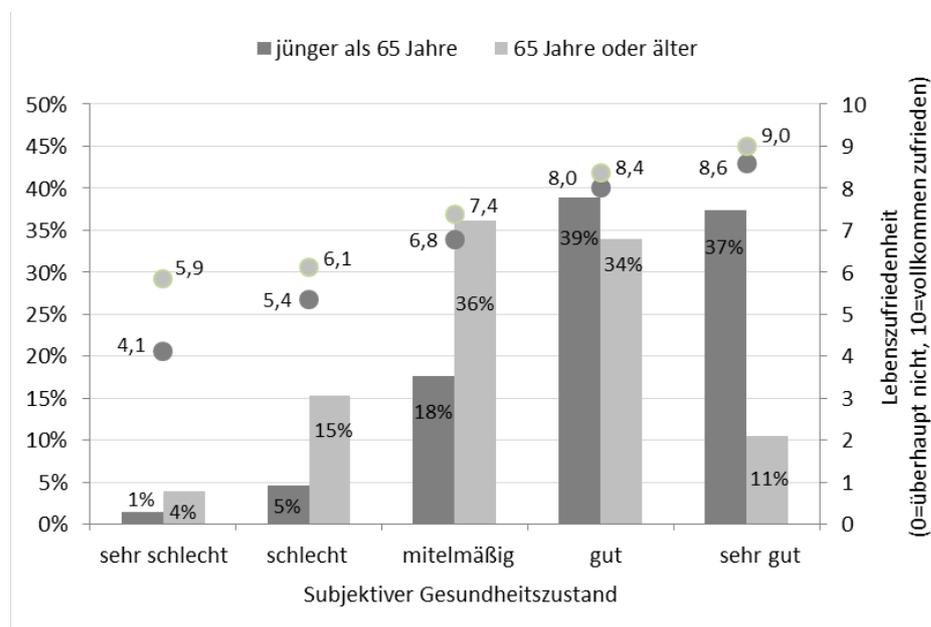
2.5.1 Allgemeine Gesundheitsindikatoren für Erwachsene

Gesundheit und Lebenszufriedenheit

Die Lebensqualität und das persönliche Wohlbefinden eines Menschen sind wesentlich durch den Gesundheitszustand beeinflusst. Ein schlechter Gesundheitszustand im Allgemeinen, Einschränkungen im Alltagsleben sowie chronische bzw. dauerhafte Krankheiten können sich auf das individuelle Wohlergehen negativ auswirken. Gesundheit sollte jedoch nicht nur über die Abwesenheit von Krankheiten und Einschränkungen definiert werden, sondern das Wohlergehen eines Menschen im Gesamten sollte Beachtung finden. Solch eine breite Auffassung von Gesundheit ist durch die subjektive Beurteilung des eigenen Gesundheitszustands gegeben. Im Gegensatz zu klinisch erhobenen Befunden zum Gesundheitszustand eines Menschen werden mit der subjektiven Bewertung durch die Person selbst körperliche wie auch psychische und soziale Aspekte von Gesundheit gemeinsam erfasst (vgl. Statistik Austria 2007). Analysen, welche die Lebensqualität im Fokus haben, stützen sich daher vielfach auf den subjektiven Gesundheitszustand.²²

Der **subjektive Gesundheitszustand** wird mittels folgender Frage erhoben: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen? Ist sie sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht oder sehr schlecht?“ Die Befragten werden damit explizit aufgefordert, ihren Gesundheitszustand auf einer allgemeinen Ebene selbst einzuschätzen, womit es sich um eine subjektive Bewertung handelt.

Grafik 27: Subjektiver Gesundheitszustand und Lebenszufriedenheit nach Alter



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte. Die Balken bilden die Anteile der Nennungen des jeweiligen Gesundheitszustandes nach Altersgruppen ab. Die Punkte bezeichnen die durchschnittliche Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden) nach dem jeweiligen Gesundheitszustand.

Lesehilfe: 37% der Personen, die jünger als 65 Jahre sind, schätzen ihren Gesundheitszustand als „sehr gut“ ein. Ihre durchschnittliche Lebenszufriedenheit liegt bei 8,6.

²² Gesundheit wird etwa im Rahmen der Initiative „Wie geht's Österreich?“, welche Lebensqualität als eine von drei Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt ansieht, ebenso anhand des subjektiven Gesundheitszustands abgebildet.

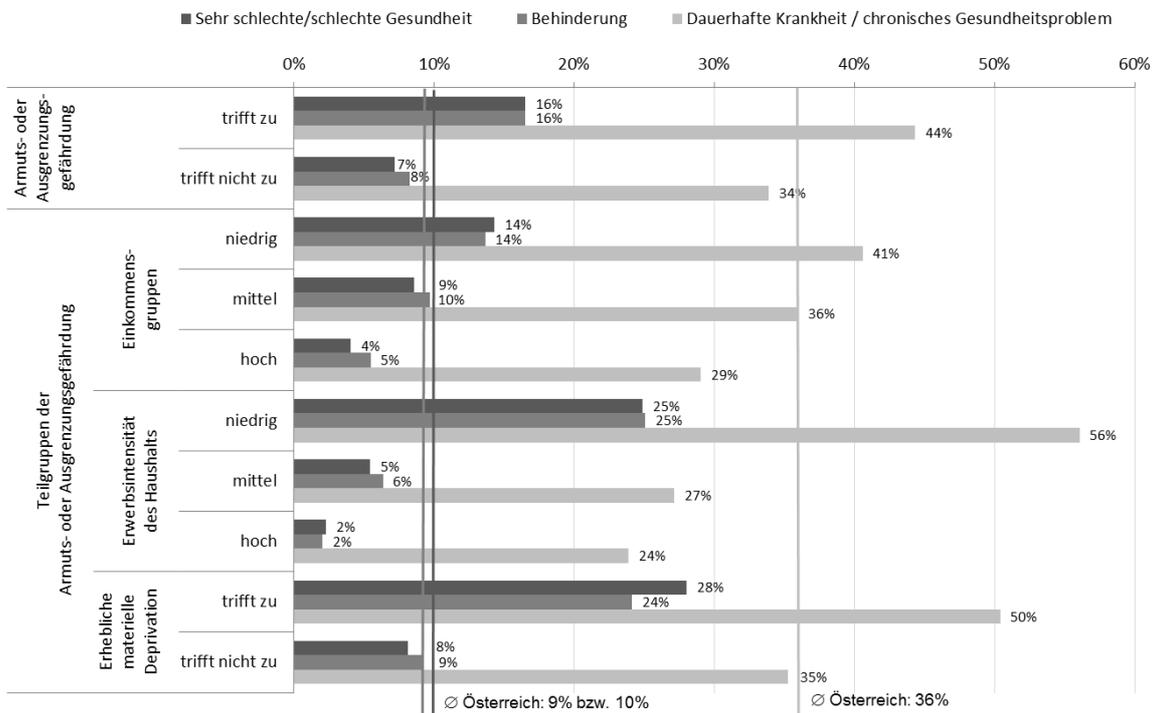
Die Verbindung von Gesundheit und Lebensqualität geht deutlich aus Grafik 27 hervor. Das Wohlergehen eines Menschen – hier gemessen an der allgemeinen Lebenszufriedenheit – steigt mit dem Gesundheitszustand: Je besser der Gesundheitszustand, desto höher auch die Lebenszufriedenheit. Dies gilt im Wesentlichen sowohl für ältere als auch für jüngere Personen, die jedoch – wie zu erwarten – einen deutlich unterschiedlichen Gesundheitszustand haben: Während von den unter 65-Jährigen etwa drei Viertel über einen guten oder sehr guten Gesundheitszustand berichten, geben dies nur 45% der ab 65-Jährigen an. Umgekehrt haben nur 6% der jüngeren, aber 19% der älteren Gruppe einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand. Personen, die 65 Jahre oder älter sind und einen sehr schlechten allgemeinen Gesundheitszustand haben, sind aber tendenziell zufriedener als Personen unter 65 Jahren mit sehr schlechtem Gesundheitszustand. Anzunehmen ist, dass die Lebenszufriedenheit in Relation zu anderen Personen sowie unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und Erwartungen für die Zukunft bewertet wird (OECD 2011: 85f). Schlechtere Gesundheit – als zu erwartender Zustand in höherem Alter – könnte daher als weniger belastend empfunden werden als noch im jüngeren Alter.

Der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Einkommenssituation bzw. Ausgrenzungsgefährdung

Die Gesundheit unterscheidet sich neben dem Alter der Personen auch nach deren Einkommensstruktur sowie deren Lebensbedingungen. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geht dabei mit schlechterer Gesundheit, häufigeren Einschränkungen durch eine Behinderung sowie einer höheren Betroffenheit von dauerhaften Krankheiten oder chronischen Gesundheitsproblemen einher. 16% der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen beurteilen ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht, während dies auf Personen, die nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, nur zu 7% zutrifft. Ähnliche Anteile sind bei einer Behinderung (16% bzw. 8%) zu beobachten. Dauerhafte Krankheiten und chronische Gesundheitsprobleme sind in der Bevölkerung insgesamt deutlich häufiger vorhanden, stärker jedoch wiederum bei Personen, die zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zählen (44% gegenüber 34% bei Nicht-Betroffenheit).

Als **Behinderung** wird hier eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens (seit mindestens einem halben Jahr) verstanden. Außerdem werden in EU-SILC **dauerhafte Krankheiten bzw. chronische Gesundheitsprobleme**, die mindestens ein halbes Jahr andauern (bereits eingetretene oder voraussichtliche Dauer), erhoben. Von Interesse sind auch Krankheiten oder Probleme, die zurzeit nicht beeinträchtigen (wie chronische Kopfschmerzen oder Bluthochdruck) und die durch Medikation gut kontrolliert werden können. Es ist dabei unerheblich, ob das Gesundheitsproblem von einem Arzt bzw. einer Ärztin diagnostiziert wurde oder nicht.

Grafik 28: Gesundheitszustand und gesundheitliche Einschränkungen nach Betroffenheit von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und Teilgruppen davon



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%.

Auch der Blick in die dahinterliegenden Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung – niedriges Einkommen, keine oder niedrige Erwerbsintensität des Haushalts, erhebliche materielle Deprivation – bestätigt den Befund einer schlechteren Gesundheit bzw. einer höheren Betroffenheit von körperlichen Einschränkungen bei schwierigerer sozioökonomischer Lage der Person. Hinsichtlich der Erwerbsintensität ist etwa festzustellen: Je niedriger die Erwerbsbeteiligung des Haushalts, desto schlechter ist der Gesundheitszustand bzw. desto eher sind Behinderungen oder gesundheitliche Einschränkungen vorzufinden. Es ist jedoch nicht von einer einfachen Kausalität in diese Richtung auszugehen. Wahrscheinlicher ist, dass es eine gegenseitige Beeinflussung von Einkommenssituation bzw. Lebensbedingungen und Gesundheitszustand gibt. So kann sich ein schlechter Gesundheitszustand auf die Möglichkeiten zur Erwirtschaftung von Einkommen, aber auch niedriges Einkommen auf die Gesundheit auswirken, indem etwa bestimmte Gesundheitsdienstleistungen aus finanziellen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können.

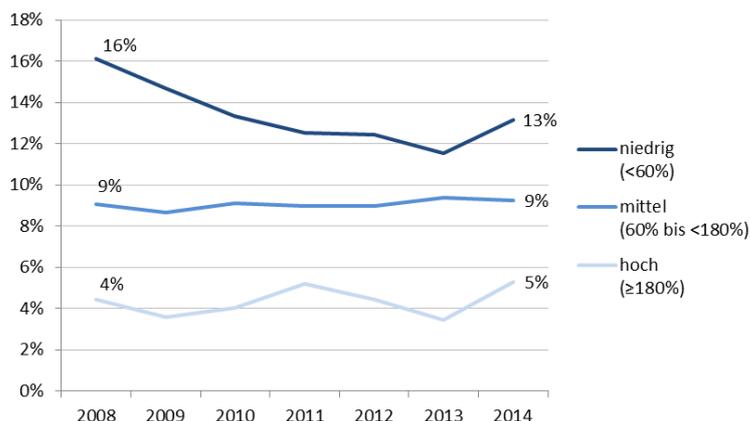
Mehrfache Gesundheitseinschränkungen

Der Zusammenhang von Gesundheit und sozialer Lage wird auch dann besonders deutlich, wenn die Einkommenssituation mehrfach gesundheitlich eingeschränkter Personen betrachtet wird. Insgesamt waren im Jahr 2014 9% der Personen ab 16 Jahren von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen betroffen.

In ihrer Gesundheit besonders benachteiligte Personen sind jene, die durch mehrere gesundheitliche bzw. körperliche Einschränkungen beeinträchtigt sind. Die nationalen Eingliederungsindikatoren (vgl. Till et al 2015) greifen diese mehrfach gesundheitlich beeinträchtigte Personengruppe auf: Sie sprechen von **mehrfachen Gesundheitseinschränkungen**, wenn mindestens zwei der folgenden drei Merkmale auf eine Person zutreffen:

- sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung
- chronische Krankheit
- starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr.

Grafik 29: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen 2008 bis 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2014, Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%.

Am häufigsten sind Personen in Niedrigeinkommenshaushalten von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen betroffen. Im Jahr 2014 waren 13% jener Personen mehrfach gesundheitlich beeinträchtigt, von Personen in Haushalten mit mittlerem Einkommen waren es 9% und von Personen in Haushalten mit hohem Einkommen waren 5% mit mindestens zwei Einschränkungen konfrontiert. Allerdings ist bei Personen der Niedrigeinkommenshaushalte eine positive Tendenz feststellbar. Im Vergleich zu 2008 (16%) reduzierte sich der Anteil der Betroffenen, auch wenn zuletzt wieder ein leichter (nicht signifikanter) Anstieg zu beobachten ist. Der Anteil der mehrfach gesundheitlich eingeschränkten Personen ist – mit wenigen Ausnahmen – bei Personen der mittleren und hohen Einkommensgruppe über die Zeit relativ stabil.

Inanspruchnahme von gesundheitsbezogenen Leistungen

Insgesamt haben im Jahr 2014 1% der Personen ab 16 Jahren eine zahn- oder sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung nicht in Anspruch genommen, obwohl sie diese unbedingt benötigt hätten. In den beiden Vorjahren lag dieser Wert mit jeweils 4% noch etwas höher, wobei der Rückgang insbesondere vor dem Hintergrund der geänderten Erhebungsmethode betrachtet werden muss. Während bisher in der Fragestellung nur implizit auf die unbedingte Notwendigkeit der Untersuchung hingewiesen wurde, wird nun explizit danach gefragt.²³ Dadurch kann in höherem Ausmaß sichergestellt werden, dass sich Personen, die keinen Bedarf für eine Untersuchung oder Behandlung hatten, richtig zuordnen. Anzunehmen ist jedoch, dass Personen, die aus finanziellen Gründen keine

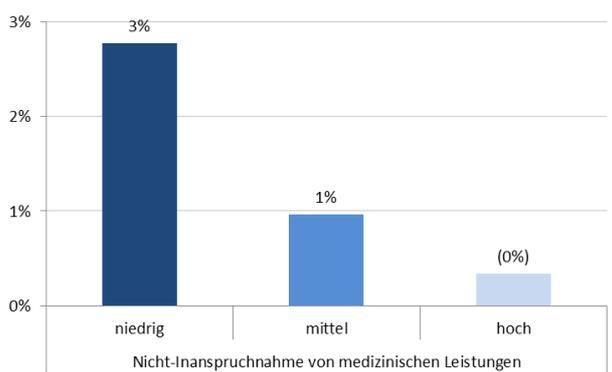
²³ Bisher: „Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten jedes Mal, wenn Sie eine zahnmedizinische Untersuchung oder Behandlung dringend benötigt haben, diese auch in Anspruch genommen?“ Fragestellung im Jahr 2014 siehe Box.

Untersuchung oder Behandlung erhalten haben, in beiden Fragevarianten im selben Ausmaß erfasst wurden.²⁴

Von **Nicht-Inanspruchnahme einer medizinischen Leistung** wird gesprochen, wenn eine Person in den vergangenen zwölf Monaten für sich selbst ein- oder mehrmals eine zahnmedizinische oder sonstige medizinische Untersuchung bzw. Behandlung unbedingt benötigt, aber – trotz Notwendigkeit – nicht in Anspruch genommen hat. Dies kann finanzielle aber auch andere Gründe, wie z.B. Angst haben. Die beiden dazugehörigen Fragen lauten: „Haben Sie in den vergangenen 12 Monaten für sich selbst ein- oder mehrmals eine zahnmedizinische / sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung unbedingt benötigt? Antwortmöglichkeiten: Ja, habe eine benötigt und in Anspruch genommen; Ja, habe eine benötigt, aber nicht in Anspruch genommen; Nein, habe keine benötigt“.

Grafik 30 zeigt die Nicht-Inanspruchnahme einer medizinischen Leistung nach Höhe des Haushaltseinkommens. Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen verzichten – gezwungen oder nicht – häufiger als Personen in Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen auf eine zahn- oder sonstige medizinische Untersuchung oder Behandlung, obwohl sie diese unbedingt benötigen würden. 3% der armutsgefährdeten Personen haben solch einen notwendigen Arztbesuch nicht in Anspruch genommen, gegenüber 1% bei mittlerem und hohem Einkommen.²⁵ Hat eine Person eine zahnmedizinische Leistung trotz Bedarf nicht in Anspruch genommen, so sind finanzielle Gründe in 44% der Fälle dafür verantwortlich. Bei sonstigen medizinischen Leistungen treffen finanzielle Gründe mit 28% etwas seltener zu.

Grafik 30: Nicht-Inanspruchnahme von gesundheitsbezogenen Leistungen nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren. Gerundete Werte.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

2.5.2 Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen

Der Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen ist ein Bereich, welcher in der österreichischen Gesundheits- und Sozialberichterstattung zunehmend an Bedeutung gewinnt, jedoch mit unzureichender Datenverfügbarkeit konfrontiert ist. Eine regelmäßige Gesundheitsberichterstattung bleibt dadurch verwehrt. Dieses unzureichende Wissen ist problematisch, da gesundheitliche Beeinträchtigungen in der Kindheit Effekte auf das gesamte Leben und die zukünftigen Lebensbedingungen haben können (vgl. Österreichische

²⁴ Zum Ausmaß von finanziell bedingten fehlenden Arztbesuchen siehe Kapitel 2.4.

²⁵ Die auf diesen Unterschieden basierenden Fallzahlen sind zwar gering, aufgrund bisheriger Kenntnisse zum Zusammenhang von Einkommen und verschiedenen Dimensionen der Lebensbedingungen kann dieses Ergebnis jedoch als relativ zuverlässige Tendenz eingestuft werden.

Liga für Kinder- und Jugendgesundheit 2015: 23). Die sogenannte „KIGGS-Studie“²⁶ des Robert Koch Instituts liefert bereits wertvolle Erkenntnisse zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen in Deutschland.

Für Österreich sind einerseits mit der Gesundheitsbefragung, deren Ergebnisse Ende 2015 verfügbar sind, andererseits mit den Daten des Sondermoduls aus EU-SILC 2014 nun auch für Österreich einige Informationen zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verfügbar. Die Fragen in EU-SILC wurden für unter 16-Jährige zusätzlich zu den europäischen Anforderungen hinsichtlich kinderspezifischer Fragen erhoben. Auf europäischer Ebene ist erst zukünftig im Rahmen eines Sondermoduls der Einbezug einiger Fragen zur Kindergesundheit geplant.

Das Hauptaugenmerk wird in den folgenden Analysen auf den Zusammenhang von sozioökonomischen Benachteiligungen und Gesundheit bzw. Krankheit gelegt. Wie auch schon bei der Analyse der Gesundheit von Erwachsenen erwähnt, ist dabei stets zu beachten, dass sich diese beiden Bereiche – Armut und Krankheit – gegenseitig beeinflussen können. Einerseits kann eine Krankheit bzw. ein schlechter Gesundheitszustand in Armutsgefährdung münden, andererseits kann aber auch Armutsgefährdung bzw. niedriges Einkommen in die Krankheit führen. Es ist besorgniserregend, dass diese Wechselwirkung – wie sich in den nachfolgenden Analysen zeigt – bereits im Kindes- und Jugendalter vorzufinden ist.

Allgemeiner Gesundheitszustand

Die Erfassung des Gesundheitszustands von Kindern erfolgt durch die persönliche Einschätzung durch einen Elternteil. Diese Herangehensweise entspricht einem breiten Verständnis von Gesundheit, das vom Wohlergehen insgesamt ausgeht und Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit versteht.²⁷

Der **allgemeine Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen (0 bis 15 Jahre)** wurde von einem Elternteil bewertet: „Wie würden Sie den Gesundheitszustand von [Name des Kindes] im Allgemeinen beschreiben? Ist er sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht oder sehr schlecht?“

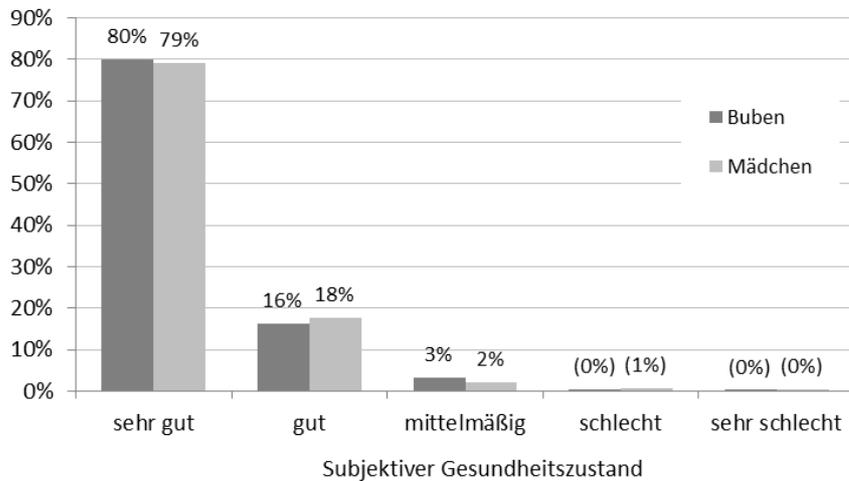
Von den 1.302.000 Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahren haben 79% einen „sehr guten“ Gesundheitszustand, die Gesundheit von weiteren 17% wird als „gut“ eingestuft. Insgesamt entfallen 4% bzw. 46.000 Kinder und Jugendliche auf die Kategorien „mittelmäßig“, „schlecht“ und „sehr schlecht“. Der Gesundheitszustand von Buben und Mädchen unterscheidet sich dabei nicht wesentlich voneinander.²⁸

²⁶ „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“. Im Rahmen dieser Quer- und Längsschnittstudie werden 0- bis 17-Jährige sowohl befragt als auch körperlich untersucht (vgl. KIGGS 2015).

²⁷ Siehe dazu auch Kapitel 2.5.1.

²⁸ Eine höhere Betroffenheit von Buben ist – wenn auch nicht aus den vorliegenden Daten erklärbar – hingegen bei der Nicht-Leistbarkeit von Gesundheitsleistungen (zahnärztliche Leistungen, Sehbehelfe) zu beobachten (siehe Kapitel 2.4.3, Unterkapitel „Konsumgüter und finanziell bedingte Einschränkungen bei Kindern und Jugendlichen“).

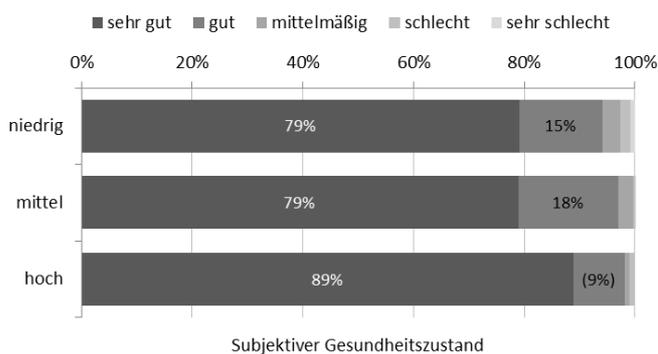
Grafik 31: Subjektiver Gesundheitszustand von Kindern



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Wie eingangs erwähnt, ist die Gesundheit bereits im Kindes- und frühen Jugendalter an die Einkommenssituation gekoppelt. 6% der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern über ein niedriges Haushaltseinkommen verfügen, haben eine lediglich mittelmäßige oder sogar schlechte bzw. sehr schlechte Gesundheit. Bei Kindern in Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen sind es 3% oder weniger. Besonders auffällig sind die Unterschiede, wenn die Chancen von Kindern betrachtet werden, eine „sehr gute“ oder „gute“ Gesundheit zu haben. Während 89% der Kinder in Haushalten mit hohem Einkommen über eine „sehr gute“ Gesundheit verfügen, trifft dies nur zu 79% auf Kinder in Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu. Die beiden Gruppen unterscheiden sich hier nicht, jedoch ist der Anteil der Kinder mit „guter“ Gesundheit in Haushalten mit mittlerem Einkommen höher (18%) als in armutsgefährdeten Haushalten (15%).

Grafik 32: Subjektiver Gesundheitszustand von Kindern nach Einkommensgruppen

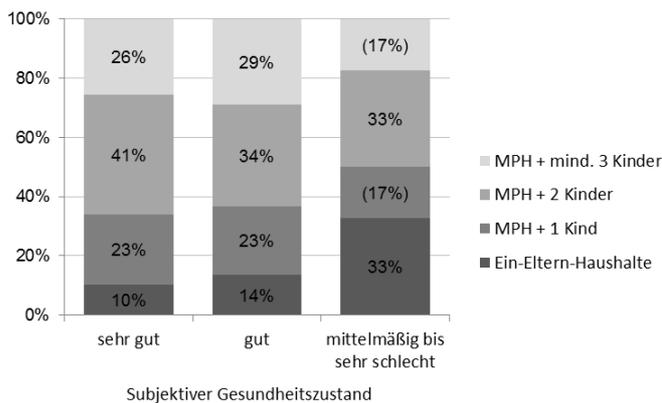


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

In welchen Haushalten leben die 46.000 Kinder und Jugendlichen im Alter bis 15 Jahren, die nur eine mittelmäßige oder sogar schlechte bzw. sehr schlechte Gesundheit haben? Wie in Grafik 33 ersichtlich, stammen sie zu 33% und damit überproportional oft aus Ein-Eltern-Haushalten. Nur 10% bzw. 14% der Kinder mit sehr guter bzw. guter Gesundheit entfallen auf diesen Haushaltstyp. Ein-Eltern-Haushalte sind, wie mehrfach berichtet wird, häufig mit schwierigeren Lebensbedingungen konfrontiert. Armutsgefährdung und Deprivation sowie niedrige Erwerbsintensität treffen diesen Haushaltstyp besonders stark. Es ist denkbar, dass sich die daraus resultierenden Folgen in der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen negativ niederschlagen.

Grafik 33: Zusammensetzung der Kinder mit sehr gutem, gutem und mittelmäßig bis schlechtem Gesundheitszustand nach Haushaltstypen

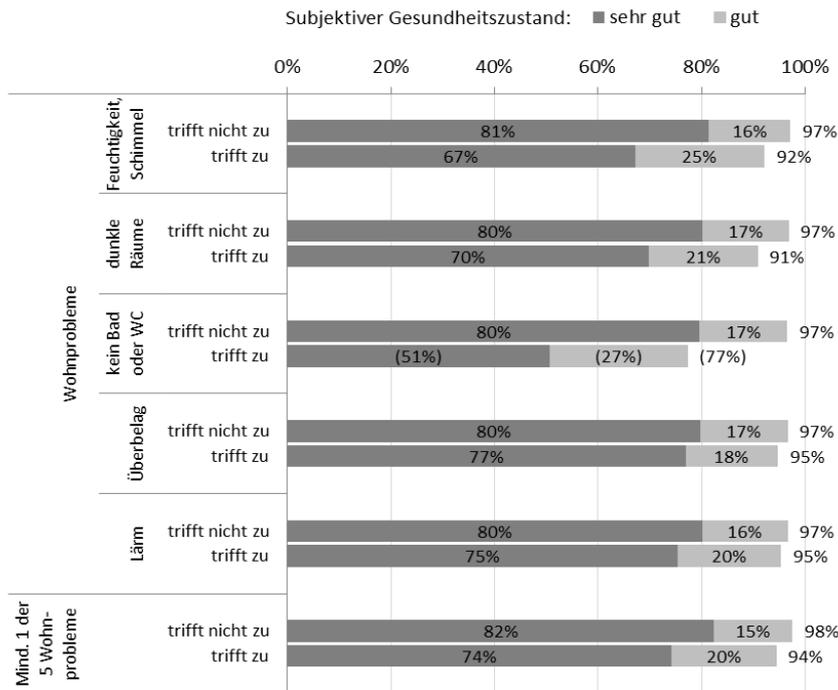


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren. MPH= Mehrpersonenhaushalt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Zentrale Voraussetzung für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sind darüber hinaus geeignete Wohnbedingungen. Vor allem schimmelige und feuchte Wohnungen haben negative gesundheitliche Auswirkungen, dasselbe gilt für andere gesundheitsbelastende Wohnbedingungen wie dunkle Räume, fehlende Sanitäreinrichtungen, Überbelastung und Lärmbelastung. Wie in Grafik 34 zu sehen, ist die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bei problematischen Wohnverhältnissen schlechter. Nur 92% der Kinder und Jugendlichen, die in feuchten oder von Schimmel befallenen Wohnungen leben, haben eine gute oder sehr gute Gesundheit – ein vergleichsweise niedriger Wert. Ähnlich verhält es sich bei den anderen genannten schwierigen Wohnbedingungen: Kinder in Wohnungen mit dunklen Räumen weisen mit 91% seltener eine zumindest gute Gesundheit auf. Die Unterschiede werden vor allem dann sichtbar, wenn lediglich der „sehr gute“ Gesundheitszustand betrachtet wird: Während eine sehr gute Gesundheit 82% jener Kinder und Jugendlichen haben, die in einer Wohnung ohne eines der fünf genannten Wohnprobleme leben, sind es bei Kindern in Haushalten mit mindestens einem Wohnproblem nur 74%. Bei der Interpretation zu beachten ist, dass die Wohnbedingungen direkt mit der Gesundheit zusammenhängen können wie auch indirekt über die finanzielle Situation der Haushalte.²⁹ Die Wechselwirkungen zwischen geringem Haushaltseinkommen und niedrigem Wohnstandard wurden im Kapitel 2.2 dargestellt.

²⁹ Die Anteile der direkten und indirekten Effekte sind auf Grund der relativ geringen Fallzahlen bei Wohn- und Gesundheitsproblemen nicht trennbar.

Grafik 34: Sehr guter bzw. guter Gesundheitszustand von Kindern nach Wohnproblemen

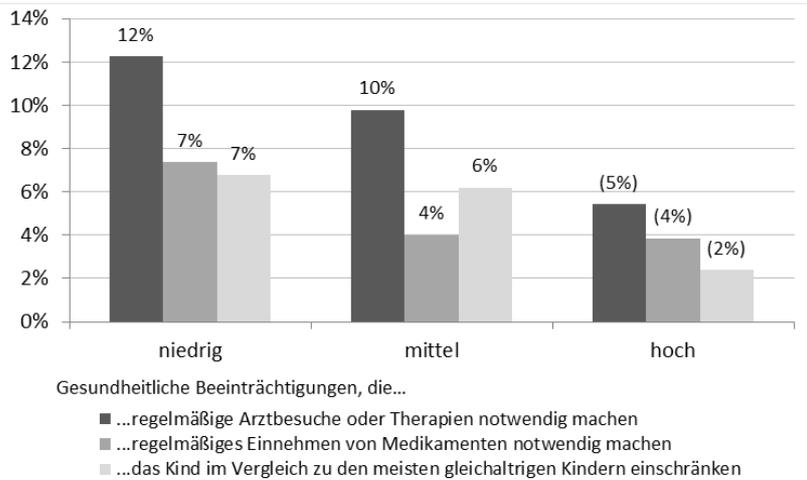


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren. Gerundete Werte. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen

Neben dem allgemeinen Gesundheitszustand wurde auch erhoben, ob Kinder und Jugendliche mit bestimmten gesundheitlichen Beeinträchtigungen konfrontiert sind. Auch hier bestätigt sich das vorhin beschriebene Bild eines Zusammenhangs von Einkommenssituation und Gesundheit: 12% der Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten haben gesundheitliche Beeinträchtigungen, die regelmäßige Arztbesuche oder Therapien notwendig machen, bei mittlerem Haushaltseinkommen sind mit 10% etwas weniger und bei hohem Einkommen deutlich weniger Kinder (5%) betroffen. Dasselbe gilt auch für solche Einschränkungen, die regelmäßiges Einnehmen von Medikamenten notwendig machen oder die das Kind insgesamt im Vergleich zu den meisten gleichaltrigen Kindern einschränken.

Grafik 35: Gesundheitliche Beeinträchtigungen von Kindern nach Einkommensgruppen 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren. Gerundete Werte.
 Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

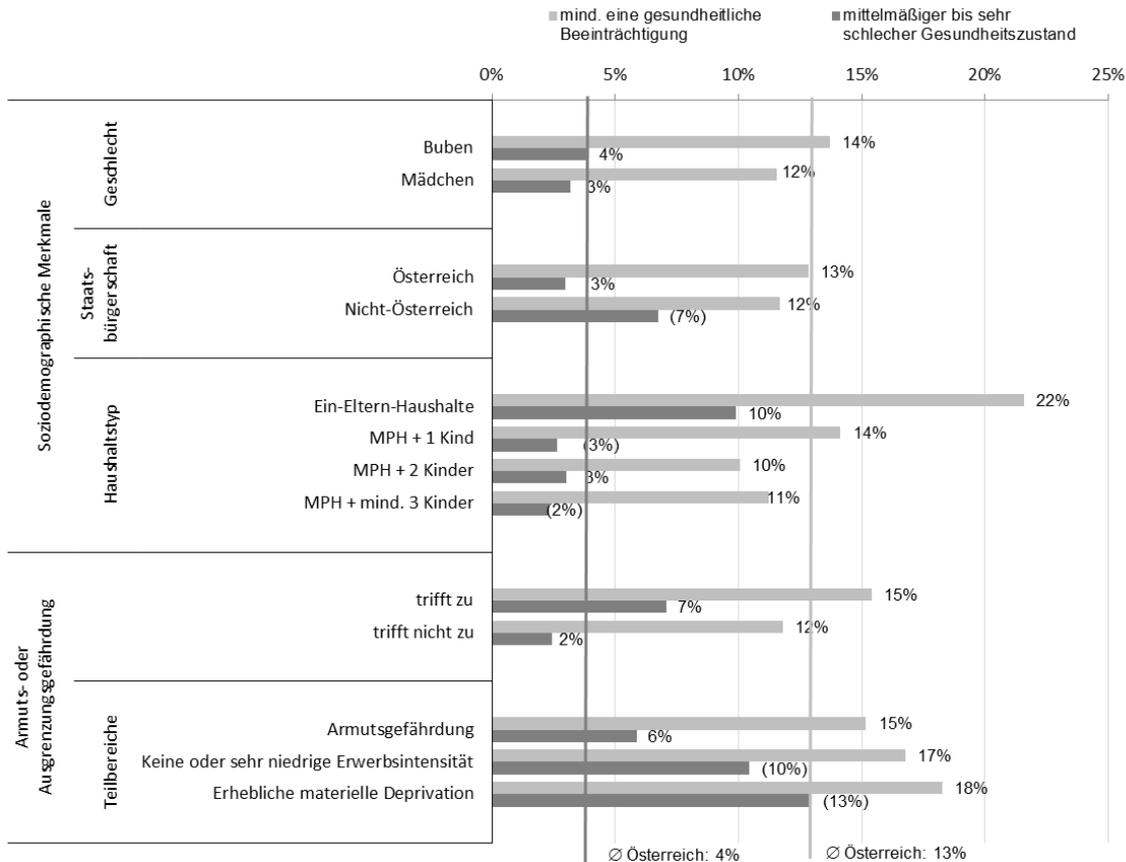
Von mindestens einer der drei gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind 165.000 bzw. 13% aller Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren betroffen. Mittelmäßige bis sehr schlechte Gesundheit trifft – wie zuvor berichtet – auf 46.000 bzw. 4% der bis 15-Jährigen zu. Grafik 36 veranschaulicht die je nach Merkmal unterschiedliche Betroffenheit von gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie von mittelmäßiger bis sehr schlechter Gesundheit. Bei Buben und Mädchen sind auch hier keine wesentlichen Unterschiede beobachtbar, wenngleich Buben tendenziell etwas häufiger mindestens eine gesundheitliche Beeinträchtigung aufweisen. Nach Staatsbürgerschaft betrachtet zeigt sich bei der subjektiven Einschätzung ein leicht erhöhter Wert bei mittelmäßiger bis sehr schlechter Gesundheit für nicht-österreichische Kinder und Jugendliche. Eindeutig ist das Bild wiederum bei Kindern aus unterschiedlichen Haushaltsformen: Kinder und Jugendliche aus Ein-Eltern-Haushalten sind in ihrer Gesundheit merklich benachteiligt – sowohl mittelmäßige bis sehr schlechte Gesundheit (10%) als auch mindestens eine gesundheitliche Beeinträchtigung (22%) treffen auf sie überdurchschnittlich oft zu.

Von **mindestens einer gesundheitlichen Beeinträchtigung** wird gesprochen, wenn auf ein Kind bzw. eine/n Jugendliche/n (im Alter von 0 bis 15 Jahren) mindestens eine der folgenden drei Beeinträchtigungen zutrifft:
 Gesundheitliche Beeinträchtigungen, die

- ...regelmäßige Arztbesuche oder Therapien notwendig machen
- ...regelmäßiges Einnehmen von Medikamenten notwendig machen
- ...das Kind im Vergleich zu den meisten gleichaltrigen Kindern einschränken.

Die Ungleichheit in den Lebensbedingungen – in Form von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung – spiegelt sich in den hier dargestellten Gesundheitsmerkmalen wieder. Lebt ein Kind oder ein/e Jugendliche/r in einem von Armuts- oder Ausgrenzung bedrohten Haushalt, ist die Gesundheit im Allgemeinen schlechter (7% haben einen mittelmäßig bis sehr schlechten Gesundheitszustand) und die Betroffenheit von gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist höher (15%). Dieses Ungleichgewicht im Gesundheitszustand zeigen auch die Subdimensionen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Gehört ein Kind bzw. ein/e Jugendliche/r einem gefährdeten Haushalt an, sind ein schlechterer Gesundheitszustand sowie mehr Beeinträchtigungen festzustellen. Am höchsten sind die Quoten bei Kindern und Jugendlichen, die von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind. So haben etwa 18% dieser Kinder mindestens eine gesundheitliche Beeinträchtigung im Vergleich zu 13% der Kinder und Jugendlichen bis 15 Jahren insgesamt.

Graphik 36: In ihrer Gesundheit gefährdete Kinder nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen und Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 0 bis 15 Jahren. MPH= Mehrpersonenhaushalt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Neben dem allgemeinen Gesundheitszustand und gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind auch Informationen zum Vorliegen von Bauch- oder Kopfweh sowie Ein- oder Durchschlafproblemen verfügbar. Diese können als körperliche, aber auch als psychische Dimension des Gesundheitszustands von Kindern und Jugendlichen interpretiert werden.

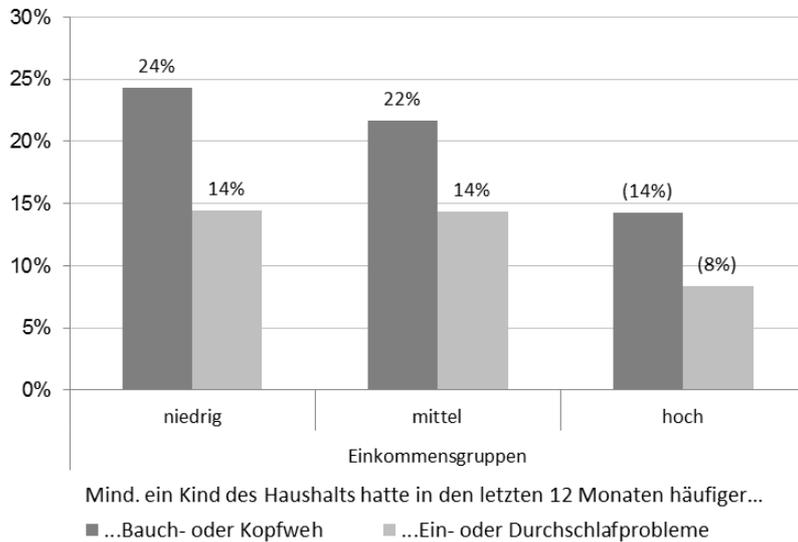
Das **Vorliegen von Bauch- oder Kopfweh sowie Ein- oder Durchschlafproblemen** wurde von einem Elternteil jeweils gemeinsam für alle ein- bis 15-jährigen Kinder des Haushalts beantwortet:

- Hat eines dieser Kinder in Ihrem Haushalt in den letzten 12 Monaten häufiger über Bauchweh oder Kopfweh geklagt?
- Hatte eines dieser Kinder in Ihrem Haushalt in den letzten 12 Monaten häufiger Ein- oder Durchschlafprobleme?

Insgesamt leben 22% der ein- bis 15-jährigen Kinder und Jugendlichen in Haushalten, in denen mindestens ein Kind dieses Alters in den letzten 12 Monaten häufiger über Bauch- oder Kopfweh geklagt hat. Je nach finanzieller Situation des Haushalts unterscheidet sich dabei das Risiko: Armutsgefährdete Kinder und Jugendliche sind zu 24% und damit etwas öfter als Kinder in Haushalten mit mittlerem Haushaltseinkommen (22%) sowie deutlich öfter als Kinder der hohen Einkommensklasse (14%) betroffen. Die Betroffenheit von Ein- oder Durchschlafproblemen ist insgesamt mit 14% etwas niedriger. Hier sind die Unterschiede nach Einkommensniveau weniger stark ausgeprägt: Sowohl Kinder aus Haushalten mit niedrigem, als auch jene aus Haushalten mit hohem Haushaltseinkommen liegen im Durchschnitt, lediglich Kinder, deren Haushalt ein hohes Einkommen erzielt, liegen mit 8% tendenziell unter dem Durchschnitt. Insgesamt kann auch mit diesen Ergebnissen der

Gesamteindruck einer höheren Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen der niedrigen Einkommensgruppe bestätigt werden.

Grafik 37: Bauch-/Kopfweh und Ein-/Durchschlafprobleme nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Die in diesem Kapitel dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf den allgemeinen, subjektiven Gesundheitszustand sowie auf körperliche Beeinträchtigungen von Kindern und Jugendlichen bis 15 Jahren. Über gesundheitsbezogene Verhaltensweisen (z.B. hinsichtlich Ernährung und Bewegung) liegen in EU-SILC keine bzw. nur eingeschränkte Informationen mit Schwerpunkt auf die Leistbarkeit von solchen Verhaltensweisen vor.³⁰ Zu einem umfassenden Bild der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen würde ebenso die Betrachtung von anderen gesundheitsrelevanten Merkmalen wie dem psychischen Gesundheitszustand oder chronischen Krankheiten gehören, die in den vorliegenden Daten nicht verfügbar sind. Die hier präsentierten Ergebnisse geben jedoch einen guten Einblick in den Bereich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Vor allem in Kombination mit der sozioökonomischen Situation sind wertvolle Aussagen hinsichtlich der Chancen und Risiken für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen möglich.

³⁰ Einige Verhaltensweisen (vor allem jene der Ernährung) werden hinsichtlich ihrer Leistbarkeit für die Haushalte von Kindern und Jugendlichen in Kapitel 2.4.3 beschrieben.

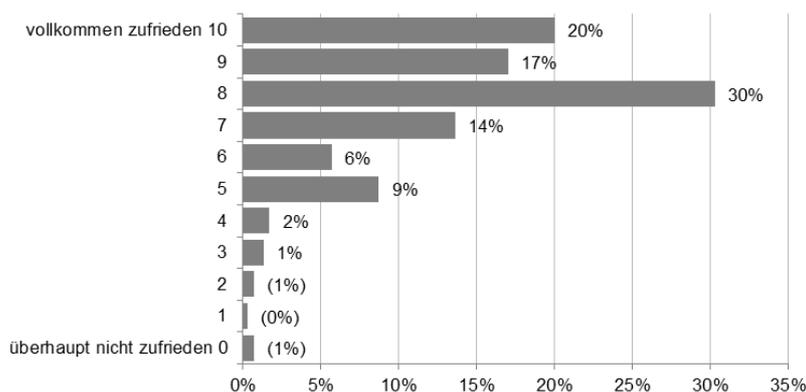
2.6 ZUFRIEDENHEIT

2.6.1 Lebenszufriedenheit

Subjektive Indikatoren wie jene der Lebenszufriedenheit erfahren in der Sozialberichterstattung durch zahlreiche Initiativen auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene einen Bedeutungszuwachs.³¹ Allen Initiativen ist die Entwicklung ergänzender Indikatoren zum Bruttoinlandsprodukt gemein. Diese sollen zu einem breiteren Verständnis von Wohlstand und Fortschritt beitragen. Die subjektive Bewertung des eigenen Lebens wird dabei zumeist als eine wichtige Dimension der Lebensqualität betrachtet, sie kann als evaluatives Gesamtbild der Lebensbedingungen eines Menschen gesehen werden.

Die **allgemeine Lebenszufriedenheit** wird mittels folgender Frage gemessen: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“ Bei solch einer mehrstufigen Skala dient neben der Darstellung von Häufigkeiten einzelner Werte vor allem die mittlere Zufriedenheit (arithmetisches Mittel) als Maß für die Zufriedenheit. Sie wird auch in den folgenden tiefergehenden Analysen zwischen verschiedenen Gruppen verglichen.

Grafik 38: Lebenszufriedenheit von Personen ab 16 Jahren



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

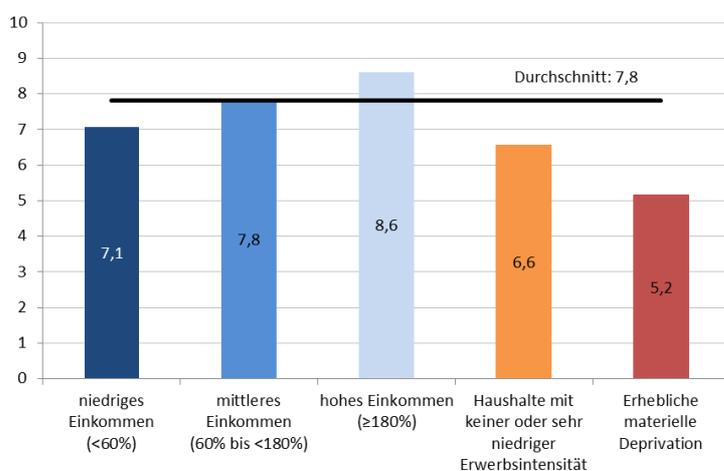
Nach ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit gefragt, geben zwei Drittel der Bevölkerung auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (vollkommen zufrieden) einen Wert von mindestens 8 an. Der Wert 8 ist auch der am häufigsten genannte Wert: 30% stufen dort ihre Lebenszufriedenheit ein. Den höchstmöglichen Wert von 10 geben 20% an, sie sind „vollkommen“ mit ihrem Leben zufrieden. Werte unter 5, die als Unzufriedenheit zu interpretieren sind, werden insgesamt von nur 5% angegeben. Die mittlere Lebenszufriedenheit liegt im Jahr 2014 bei 7,8 und ist damit unverändert zum Vorjahr.³²

³¹ Auf europäischer Ebene wurde z.B. die „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“ eingerichtet, welche etwa 50 Maßnahmen, die bis 2020 umgesetzt werden sollen, erarbeitet hat (ESS 2011). Österreich hat mit der Initiative „Wie geht's Österreich?“ die Empfehlungen dieser Arbeitsgruppe, u.a. zur Messung von Lebensqualität, weitgehend umgesetzt (Statistik Austria 2014d). Mit der „Better Life Initiative“ greift auch die OECD dieses Themengebiet auf.

³² Wie bereits frühere Analysen zeigen, präsentiert sich die Lebenszufriedenheit insgesamt sehr stabil über die Zeit. Während sich auf Aggregatsebene kaum Veränderung zeigte, konnte auf Individualebene jedoch Bewegung nachgewiesen werden: Mehr als 10% der über 4 Jahre befragten Personen sind zumindest in einem Jahr unzufrieden. Darüber erhöht sich durch bestimmte Ereignisse (z.B. durch Zusammenziehen mit dem Partner bzw. der Partnerin, Überwindung von Armutsgefährdung oder Verbesserung des Gesundheitszustands) die Lebenszufriedenheit, während die Lebenszufriedenheit durch andere Ereignisse (vor allem durch Erkrankung) sinkt (vgl. Statistik Austria 2013b).

Wird die Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit vom Einkommen betrachtet, so zeigt sich, dass Personen in Haushalten mit hohem Einkommen mit durchschnittlich 8,6 die höchste Zufriedenheit berichten. Personen in Haushalten mit mittlerem Einkommen geben durchschnittlich 7,8 an, am unzufriedensten mit ihrem Leben sind Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen: Ihre mittlere Lebenszufriedenheit liegt bei 7,1. Unterdurchschnittliche Werte sind auch bei Personen zu beobachten, deren Haushalt keine oder nur eine sehr niedrige Erwerbsintensität aufweist (6,6) und vor allem bei Personen aus Haushalten, welche die Kriterien des europäischen Mindestlebensstandards (erhebliche materielle Deprivation) nicht erfüllen können (5,2). Diese Vergleiche lassen den Schluss zu, dass Lebensstandard und Lebenszufriedenheit eng in Verbindung stehen: Niedriges Einkommen, niedriger Lebensstandard und niedrige Erwerbsintensität gehen mit erhöhter Unzufriedenheit einher.

Grafik 39: Mittlere Lebenszufriedenheit nach Einkommensgruppen und Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren, 0=überhaupt nicht zufrieden, 10=vollkommen zufrieden.

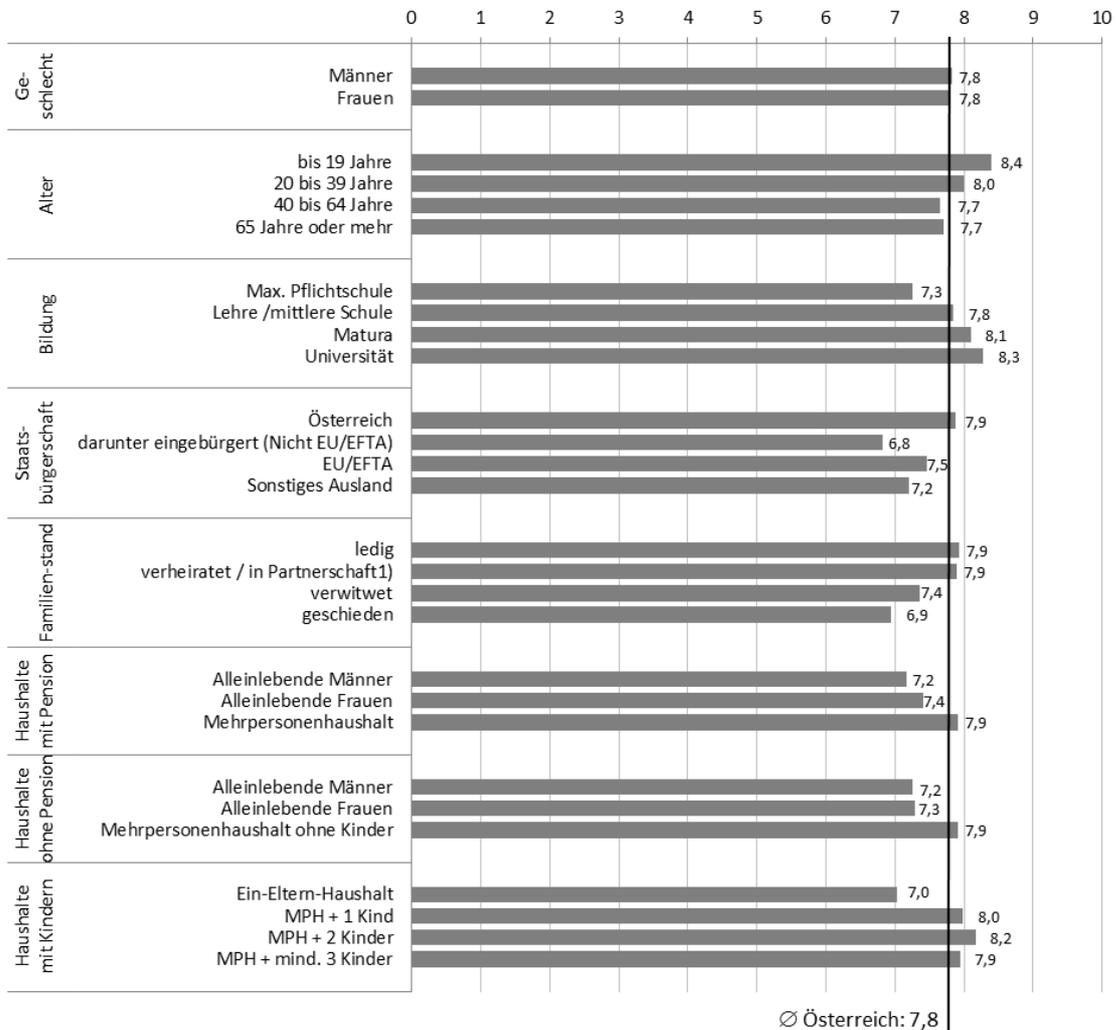
Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, Mittel 60% bis <180%, Hoch ≥180%. Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität = Europa 2020-Indikator für Personen in Haushalten, die weniger als 20% ihres Erwerbspotentials ausschöpfen; erhebliche materielle Deprivation = Europa 2020-Indikator zur finanziellen Einschränkung bei mindestens 4 von 9 Grundbedürfnissen.

Während Frauen und Männer mit ihrem Leben in gleichem Ausmaß zufrieden sind, sind jüngere Personen tendenziell zufriedener als ältere. 16- bis 19-Jährige geben durchschnittlich einen Lebenszufriedenheitswert von 8,4 an, 20- bis 39-Jährige liegen mit 8,0 bereits etwas darunter und über 40-Jährige sind mit einem Durchschnittswert von 7,7 noch etwas unzufriedener.

Stärker fallen die Unterschiede jedoch bei Betrachtung des Bildungsniveaus aus: Die Zufriedenheit steigt deutlich mit der Höhe des Bildungsniveaus. So erreichen Personen mit maximal Pflichtschulabschluss nur einen Wert von 7,3, Universitätsabsolventen und -absolventinnen hingegen 8,3. Hat eine Person eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft oder die österreichische durch Einbürgerung erhalten, ist sie im Durchschnitt ebenfalls unzufriedener mit ihrem Leben als Personen, die seit Geburt an die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Wie sich zeigt, nimmt daneben auch der Familienstand Einfluss auf die Lebenszufriedenheit: Ist eine Partnerschaft durch Tod (7,4) oder Scheidung (6,9) auseinandergegangen und wurde daraufhin auch keine neue Partnerschaft eingegangen, so ist die Lebenszufriedenheit niedriger als von verheirateten oder in Partnerschaft lebenden (7,9) sowie von ledigen Personen (7,9). Darüber hinaus ist die Lebenszufriedenheit tendenziell etwas höher, wenn die Person in einem Mehrpersonenhaushalt lebt. Dies trifft vor allem auf Personen aus jenen Haushalten zu, in denen Kinder leben. Ihre Lebenszufriedenheitswerte von 7,9 bis 8,2 liegen leicht über dem Durchschnitt.

Unterdurchschnittlich zufrieden sind hingegen alleinerziehende Mütter und Väter – mit 7,0 liegt ihre Lebenszufriedenheit merklich unter dem Durchschnitt. Aber auch alleinlebende Männer und Frauen (mit und ohne Pension) sind etwas unzufriedener mit ihrem Leben als der Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.³³

Grafik 40: Mittlere Lebenszufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren, 0=überhaupt nicht zufrieden, 10=vollkommen zufrieden, 1) verheiratet oder in Partnerschaft (im selben Haushalt lebend). MPH=Mehrpersonenhaushalt. Gerundete Werte.

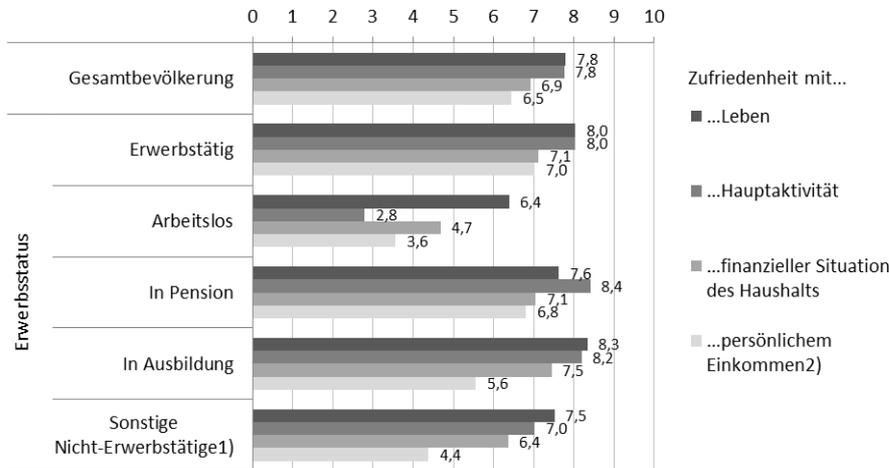
2.6.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Neben den Fragen zur Lebenszufriedenheit gibt es auch Fragen zur Zufriedenheit mit der Hauptaktivität und der finanziellen Lage. Die Zufriedenheit mit der jeweiligen Hauptaktivität, also der Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Pension etc., liegt dabei mit einem Durchschnittswert von 7,8 gleich hoch wie jene der Lebenszufriedenheit. Unzufriedener ist die österreichische Bevölkerung hingegen mit ihrer Einkommenslage: Die finanzielle Situation des eigenen Haushalts wird auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis

³³ Zum Zusammenhang von Gesundheitszustand und Lebenszufriedenheit siehe Kapitel 2.5.

10 (vollkommen zufrieden) durchschnittlich mit 6,9 bewertet, jene mit dem persönlichen Einkommen noch niedriger, nämlich mit 6,5.³⁴

Grafik 41: Mittlere Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Erwerbsstatus



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen ab 16 Jahren, 0=überhaupt nicht zufrieden, 10=vollkommen zufrieden. 1) In Elternkarenz, Haushaltsführend, mit Betreuungsaufgaben betraut, sonstige Nicht-Erwerbstätige, Präsenz- und Zivildienstler, 2) nur Personen in Mehrpersonenhaushalten.

Die Bewertung der Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen hängt maßgeblich von der jeweiligen Erwerbssituation ab. Ist eine Person erwerbstätig, liegen alle vier Zufriedenheitswerte über jener der Gesamtbevölkerung. Erwerbstätige Personen sind sowohl mit ihrem Leben insgesamt als auch mit ihrer Hauptaktivität – ihrer Arbeit – und ihrer finanziellen Lage zufriedener als der Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Im Gegensatz dazu geben arbeitslose Personen in allen Bereichen unterdurchschnittliche Werte an. Nach ihrer Zufriedenheit mit der derzeitigen Hauptaktivität – der Arbeitslosigkeit – gefragt, geben sie im Mittel einen Wert von nur 2,8 an. Demzufolge sind sie auch sehr unzufrieden mit ihrem persönlichen Einkommen (3,6). Etwas besser fällt die Bewertung der finanziellen Situation des Haushalts – wenn auch noch unterdurchschnittlich – aus (4,7). Es ist anzunehmen, dass diese Höherbewertung durch den Haushaltszusammenhang (etwa durch den Ausgleich des fehlenden Einkommens durch andere Haushaltsmitglieder) erklärt werden kann. Insgesamt sind jedoch arbeitslose Personen deutlich unzufriedener mit ihrem Leben (6,4) als alle anderen Gruppen, welche Durchschnittswerte von 7,5 bis 8,3 angeben. Zu den eher Unzufriedenen zählen außerdem sonstige Nicht-Erwerbstätige³⁵, die in allen Bereichen, vor allem aber beim persönlichen Einkommen, unterdurchschnittliche Werte angeben. Besonders zufrieden sind hingegen Personen, die in Ausbildung stehen (Schüler und Schülerinnen, Studierende sowie Praktikanten und Praktikantinnen). Sie sind mit ihrem Leben, ihrer Hauptaktivität sowie der finanziellen Situation ihrer Haushalte zufriedener als die Gesamtbevölkerung. Lediglich das persönliche Einkommen bewerten sie mit 5,6 unterdurchschnittlich hoch (Gesamtbevölkerung: 6,5). Pensionisten und Pensionistinnen zeigen ein uneinheitliches Bild: Einerseits sind sie mit ihrer Pension als Hauptaktivität und der finanziellen Lage etwas zufriedener bzw. etwa in gleichem Ausmaß zufrieden, andererseits sind sie mit Ihrem Leben insgesamt etwas unzufriedener als die Gesamtbevölkerung.

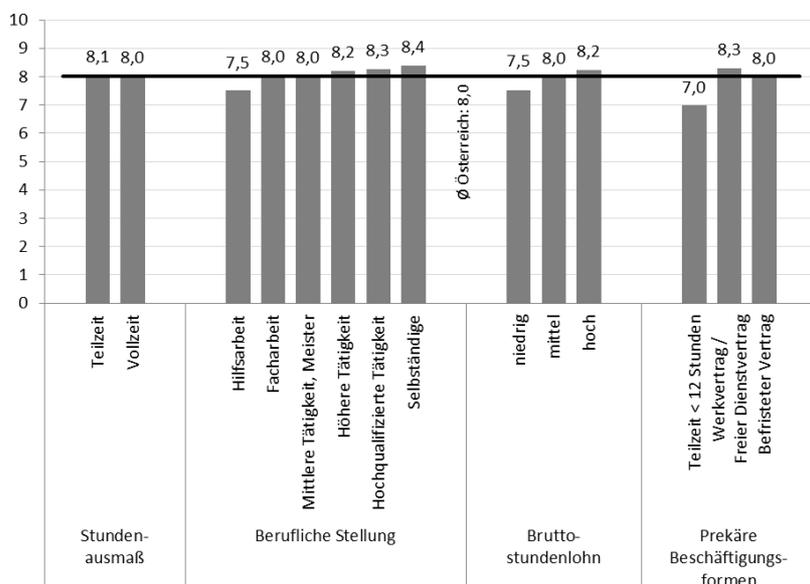
Die Zufriedenheit erwerbstätiger Personen mit ihrer Hauptaktivität, der Arbeit, bildet die Arbeitsbedingungen auf einer subjektiven Ebene ab. Wie schon zuvor berichtet, liegt die

³⁴ Die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen wird nur in Mehrpersonenhaushalten erfragt, in Einpersonenhaushalten wird nur jene mit der finanziellen Situation des Haushalts erhoben.

³⁵ In Elternkarenz, Haushaltsführend, mit Betreuungsaufgaben betraut, sonstige Nicht-Erwerbstätige, Präsenz- und Zivildienstler

durchschnittliche Arbeitszufriedenheit bei 8,0. Voll- und Teilzeitarbeit bewirken dabei keine Unterschiede. Die Arbeitszufriedenheit hängt dagegen offensichtlich mit der Höhe der beruflichen Stellung zusammen: Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen sind mit einem Durchschnittswert von 7,5 mit ihrer Arbeit unzufriedener als alle anderen Erwerbstätigen. Von Facharbeitern bzw. -arbeiterinnen bis hin zu Erwerbstätigen mit hochqualifizierter Tätigkeit und Selbständigen liegt die Zufriedenheit um den Mittelwert von 8,0 oder etwas darüber.³⁶ Wie zu erwarten hängt die Arbeitszufriedenheit auch mit der Höhe des erzielten Einkommens zusammen. Es ist feststellbar, dass die Arbeitszufriedenheit tendenziell mit der Höhe des Einkommens – hier gemessen am Bruttostundenlohn – steigt. Deutlich wird dies vor allem bei Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen, also mit einem Bruttostundenlohn, der unter die Niedriglohnschwelle³⁷ fällt. Ihre Arbeitszufriedenheit liegt bei 7,5, jene der Personen mit mittlerem Bruttostundenlohn bei 8,0 und höhere Einkommensbezieher und -bezieherinnen berichten eine Arbeitszufriedenheit von 8,2. Eine unterdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit haben auch Personen, die weniger als 12 Stunden arbeiten (7,0). Diese Arbeitsform wird ebenso wie eine Erwerbstätigkeit mit Werk- oder freiem Dienstvertrag bzw. befristetem Vertrag zu den prekären Beschäftigungsformen gezählt. Diese weisen jedoch keine unterdurchschnittlichen Arbeitszufriedenheitswerte auf.

Grafik 42: Mittlere Arbeitszufriedenheit nach erwerbsbezogenen Merkmalen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre), 0=überhaupt nicht zufrieden, 10=vollkommen zufrieden, Vollzeit / Teilzeit nach Selbsteinschätzung, Bruttostundenlohn: niedrig=unter Niedriglohnschwelle, mittel= Niedriglohnschwelle bis unter doppelter Niedriglohnschwelle, hoch: doppelte Niedriglohnschwelle oder mehr; Niedriglohnschwelle im Jahr 2014=9,1€ (das entspricht zwei Dritteln des Bruttomedianlohns).

³⁶ Die leicht erhöhte Arbeitszufriedenheit Selbständiger lässt sich mit den Vorjahresdaten nicht bestätigen, die unterdurchschnittliche Arbeitszufriedenheit von Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen ist im Gegensatz dazu jedoch auch schon im Vorjahr zu beobachten.

³⁷ weniger als zwei Drittel des Bruttomedianlohns

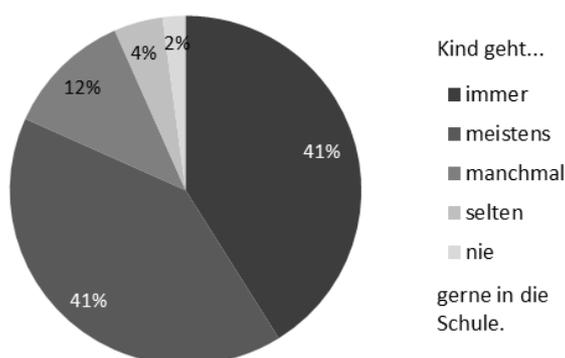
2.6.3 Zufriedenheit mit dem Schulbesuch

Im Rahmen des Moduls 2014, welches die Lebensbedingungen von Kindern zum Schwerpunkt hatte, wurde ein Elternteil gefragt, wie es die Zufriedenheit seines Kindes bzw. seiner Kinder mit ihrem Schulbesuch einschätzt.

Die **Zufriedenheit von Kindern und Jugendlichen mit ihrem Schulbesuch** wurde erhoben, indem gefragt wurde, wie oft das Kind gerne in die Schule geht:
„Geht [Name des Kindes] gerne in die Schule?“ Antwortmöglichkeiten: immer / meistens / manchmal / selten / nie.
Die Frage wurde nicht vom Kind selbst, sondern von einem Elternteil beantwortet. Es ist daher zu beachten, dass die Einschätzung des Elternteils eventuell nicht mit der Einschätzung des Kindes bzw. des/der Jugendlichen übereinstimmt. Nichtsdestotrotz erlauben die Antworten einen Einblick in die Zufriedenheit mit dem Schulbesuch.

Die Frage, wie oft das Kind gerne in die Schule geht, wurde für 41% der Kinder von den Eltern mit „immer“ und für weitere 41% mit „meistens“ beantwortet. Ungerne in die Schule („selten“ und „nie“) gehen insgesamt 6%. Häufiger wurde noch die Mitte der Skala („manchmal“) genannt – auf 12% der Kinder und Jugendlichen trifft diese Antwort laut ihren Eltern zu.

Grafik 43: Zufriedenheit mit dem Schulbesuch



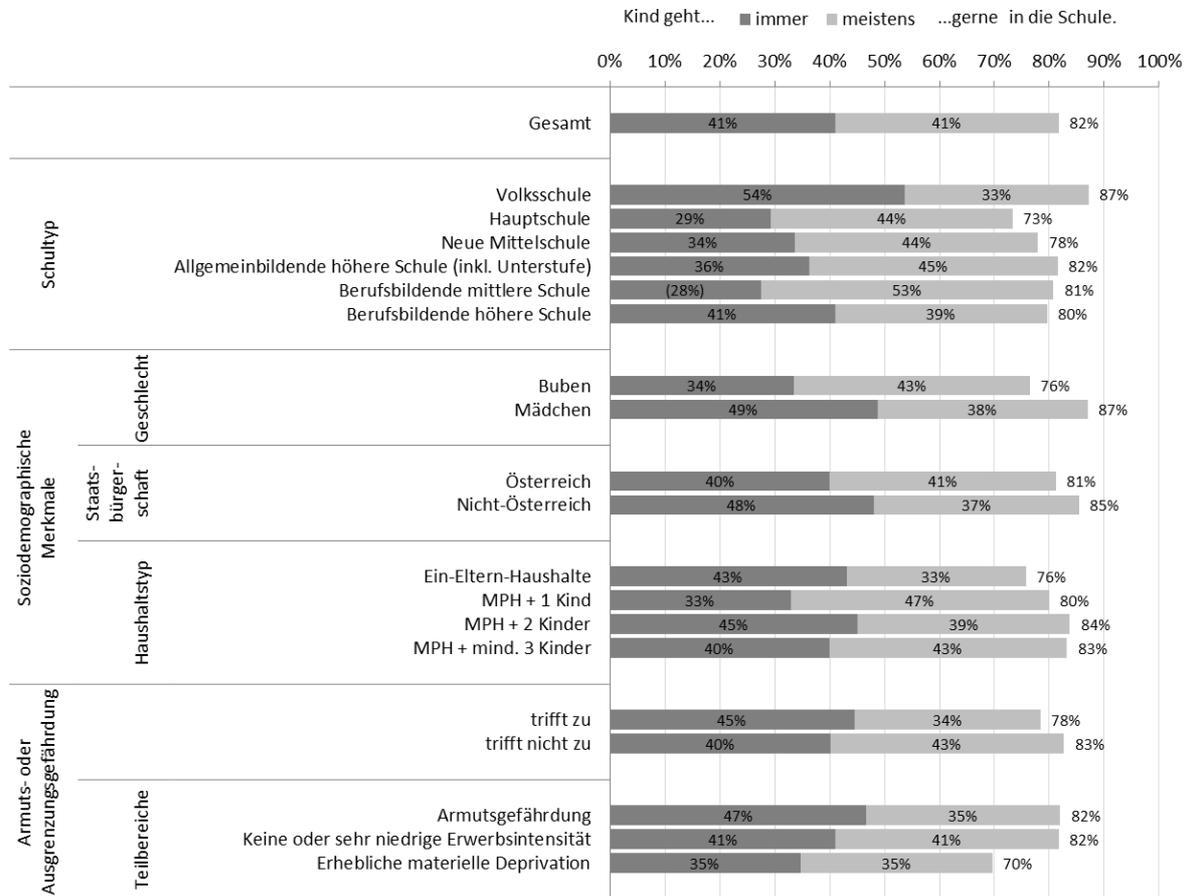
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche bis 15 Jahren, die eine Schule besuchen. Gerundete Werte.

82% der Kinder und Jugendlichen gehen also laut Einschätzung der Eltern zumindest die meiste Zeit gerne in die Schule. Volksschüler und -schülerinnen fühlen sich offenbar noch etwas wohler in der Schule: Von ihnen gehen 87% zumindest meistens gerne in die Schule. Für überdurchschnittlich viele von ihnen, nämlich für mehr als die Hälfte (54%), wird sogar die Bestnote vergeben – das Kind geht also immer gerne in die Schule. Von den Schülern und Schülerinnen der Hauptschule sind es nur 73%, die zumindest meistens gerne in die Schule gehen. Etwas unterdurchschnittlich zufrieden sind auch Schüler und Schülerinnen einer neuen Mittelschule – von ihnen gehen 78% zumindest meistens gerne in die Schule. Schüler und Schülerinnen einer allgemeinbildenden höheren Schule (inkl. Unterstufe), einer berufsbildenden mittleren sowie höheren Schule liegen im Durchschnitt. 80% bis 82% von ihnen gehen nach Beurteilung des Elternteils zumindest meistens gerne in die Schule. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Zufriedenheit mit dem Schulbesuch tendenziell mit dem Alter sinkt: Volksschüler und -schülerinnen besuchen die Schule am liebsten.

Nach soziodemographischen Merkmalen betrachtet zeigen sich ebenso Unterschiede: Mädchen sind etwa merklich zufriedener in der Schule als Buben. Für 87% der Mädchen wird gesagt, dass sie zumindest meistens gerne in die Schule gehen, bei Buben sind es nur 76%. Nach Staatsbürgerschaft betrachtet zeigt sich interessanterweise, dass nicht-österreichische Kinder und Jugendliche tendenziell lieber zur Schule gehen als Kinder mit österreichischer Nationalität. Unterdurchschnittlich gerne gehen hingegen Kinder zur Schule,

die in Ein-Eltern-Haushalten leben. Nur 76% von ihnen gehen meistens oder immer gerne zur Schule.

Grafik 44: Zufriedenheit mit dem Schulbesuch nach ausgewählten Merkmalen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014, Kinder und Jugendliche bis 15 Jahren, die eine Schule besuchen. Sonderschule und Polytechnische Schule werden aufgrund zu geringer Fallzahlen als Schultyp nicht ausgewiesen, bei allen anderen Auswertungen sind sie enthalten. MPH= Mehrpersonenhaushalt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklamert.

Wie bereits bei der Lebenszufriedenheit von Erwachsenen gezeigt, ist eine niedrige Zufriedenheit verstärkt bei benachteiligtem sozioökonomischen Hintergrund zu beobachten. Kinder, die in armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Haushalten leben, gehen weniger gerne in die Schule als solche, die in gesicherten Verhältnissen leben. Besonders stark äußert sich dies bei Kindern, deren Haushalt erheblich materiell depriviert ist. Nur 70% von ihnen gehen nach Angabe der Eltern meistens oder immer gerne in die Schule. Es ist denkbar, dass unter anderem die mangelnden finanziellen Mittel des Haushalts diese Unzufriedenheit bedingen.

3. ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

3.1 EUROPA 2020-SOZIALZIELGRUPPE ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG

Die im Jahr 2010 von der Europäischen Kommission festgelegte „Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ hat das Ziel, die Zahl der Menschen in Europa, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind, um 20 Mio. zu senken. Österreichs Beitrag zur Erreichung dieses Ziels sieht vor, bis in das Jahr 2020 235.000 Menschen in Österreich aus Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung zu bringen. Die Maßnahmen, die zur Umsetzung dieses sowie der anderen vier Europa 2020-Kernziele zu Beschäftigung, Bildung, Energieverbrauch und Innovation gesetzt werden, sind in den jährlichen nationalen Reformprogrammen der Länder offen gelegt.³⁸

Zur Messung des Ist-Stands und Überprüfung der Zielerreichung wird der europäisch vergleichbare Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ verwendet. Laut EU-SILC 2014 umfasst diese Sozialzielgruppe in Österreich 19,2% der Bevölkerung, das entspricht 1.609.000 Menschen. Verglichen mit 2008 – dem Ausgangsjahr der Europa 2020-Strategie – ist eine positive Tendenz festzustellen: Im Jahr 2014 sind im Vergleich zu 2008 90.000 Personen weniger armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Auf EU-Ebene läuft die Tendenz hingegen in die entgegengesetzte Richtung. Während 2008 23,8% der europäischen Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet waren, sind es 2013 24,5%.³⁹

3.1.1 Soziale Problembereiche im Blickpunkt der Europa 2020-Strategie

Da soziale Gefährdungslagen unterschiedliche Ursachen haben können, besteht der Anspruch, die Zielgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung möglichst breit zu fassen (Definition siehe Box). Neben dem bereits seit den Europäischen Räten von Lissabon (2000) und Leaken (2001) in der Armutsgefährdungsquote verfolgten einkommensbasierten Aspekt von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung wird in der Europa 2020-Strategie daher auch die Erwerbssituation der Bevölkerung sowie ein europäischer Mindestlebensstandard in den Fokus gestellt. „Armutsgefährdung“ ist dabei ein relatives Maß, es orientiert sich am mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung eines Landes und ist infolgedessen relativ zur jeweiligen Gesellschaft definiert. Die beiden anderen Indikatoren zur Berechnung der Sozialzielgruppe, „erhebliche materielle Deprivation“ und „Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität“, werden hingegen absolut gemessen – die jeweiligen Grenzen sind in allen Ländern dieselben. Im Indikator der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung treffen damit ein relatives Maß und absolut definierte Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung aufeinander. Die Vielschichtigkeit des Problems der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung soll auf diese Weise bestmöglich abgebildet werden.

³⁸ Vgl. Bundeskanzleramt Österreich – Nationale Reformprogramme unter <https://www.bka.gv.at/site/4892/default.aspx> (Abgerufen am 4.5.2015).

³⁹ Es liegen noch nicht für alle EU-28-Länder Daten für EU-SILC 2014 vor.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung: Als von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht gelten Personen, die mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllen:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens (Armutsgefährdung, siehe Kapitel 3.2)

2. Personen, deren Haushalt vier oder mehr der folgenden neun auf EU-Ebene festgelegten Merkmale für erhebliche materielle Deprivation aufweist:

- Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.
- Es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.⁴⁰
- Es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren.
- Es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten.
- Es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen.
- Ein PKW ist finanziell nicht leistbar.
- Eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar.
- Ein Fernsehgerät ist finanziell nicht leistbar.
- Ein Telefon oder Handy ist finanziell nicht leistbar.

3. Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben. Dazu zählen jene Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (das sind 18- bis 59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) nicht oder nur in geringem Ausmaß erwerbstätig sind (im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20% ihres gesamten Erwerbspotentials).

3.1.2 Zusammensetzung der Sozialzielgruppe

Da eine Person gleichzeitig mit mehreren der drei Gefährdungslagen konfrontiert sein kann, d.h. die drei Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung auch in Kombination miteinander auftreten können, ist die Gesamtzahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geringer als die Summe der drei Einzelindikatoren.

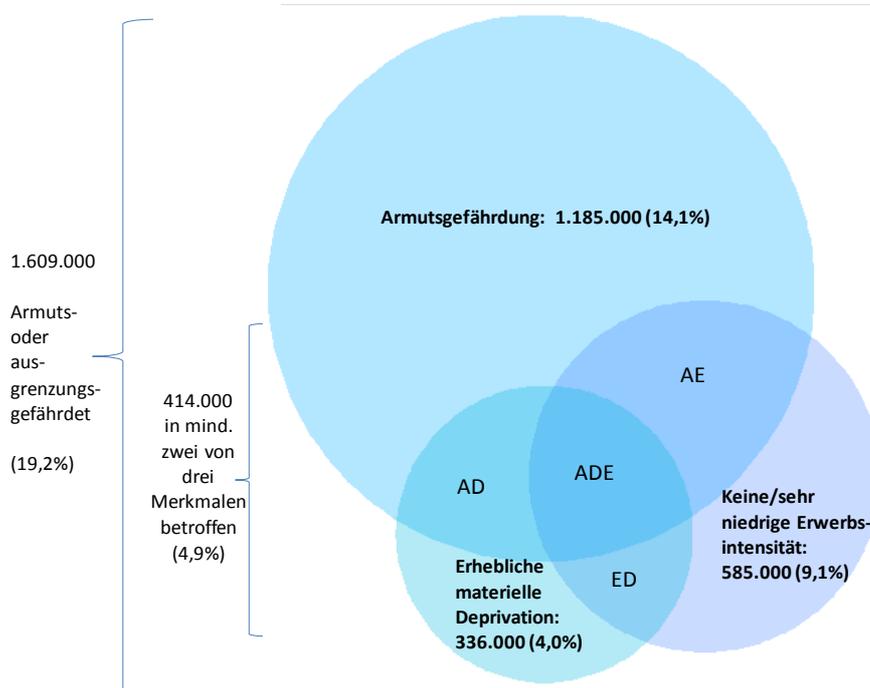
Im Jahr 2014 waren in Österreich insgesamt 19,2% der Bevölkerung (1.609.000 Menschen) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.⁴¹ Sie sind von mindestens einer der folgenden drei Gefährdungslagen betroffen: Armutsgefährdung (14,1% der Bevölkerung bzw. 1.185.000 Personen), erhebliche materielle Deprivation (4,0% bzw. 336.000 Personen) oder Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (9,1% in Haushalten mit Personen im Erwerbsalter bzw. 585.000 Personen).⁴²

⁴⁰ Der Betrag wird laufend an die Armutsgefährdungsschwelle angepasst und betrug zuletzt d.h. in der Erhebung EU-SILC 2014 1.100 Euro (entsprechend der in EU-SILC 2012 ermittelten gerundeten Armutsgefährdungsschwelle).

⁴¹ Der Wert liegt mit 95%iger Wahrscheinlichkeit zwischen 17,8% und 20,5% der Bevölkerung bzw. zwischen 1.494.000 und 1.725.000 Menschen.

⁴² Alle dargestellten Ergebnisse gelten für Personen in Privathaushalten. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe von EU-SILC, somit werden Lebenslagen von Menschen in Alten-, Pflege- oder Kinderheimen, Asylwerbende wie auch Wohnungslose nicht erfasst. Andere Bevölkerungsgruppen wie Personen ausländischer Herkunft, Kranke oder Mindestsicherungs-/Sozialhilfebeziehende sind aus Gründen schwerer Erreichbarkeit (Sprachbarrieren, Personen sind nicht befragbar oder nicht auffindbar, Scham etc.) tendenziell in der Erhebung untererfasst, was jedoch in der Hochrechnung berücksichtigt und somit weitgehend ausgeglichen wird.

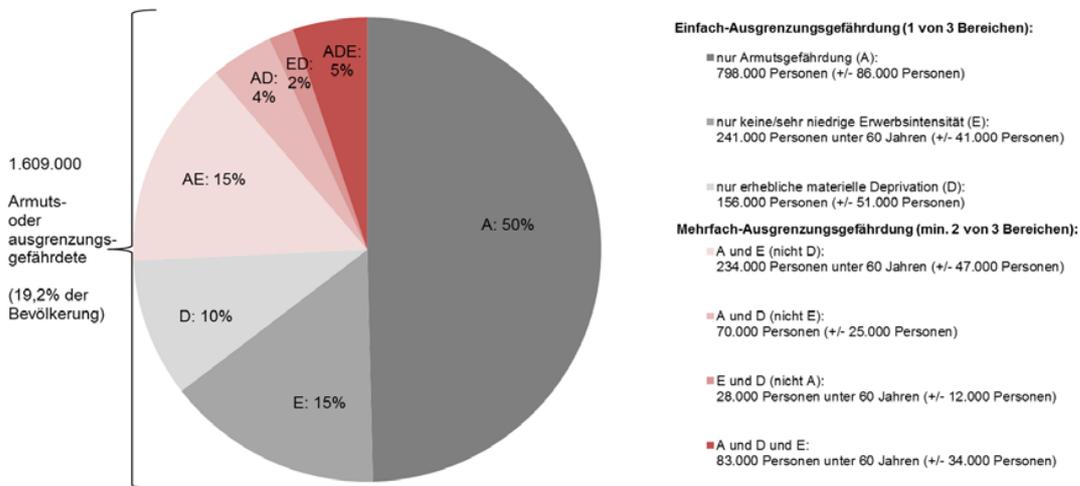
Grafik 45: Teilbereiche der Europa 2020-Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2014



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Die Größenverhältnisse der Flächen entsprechen nicht exakt den Populationsgrößen. Die Prozentzahlen in Klammern benennen den Anteil an der Gesamtbevölkerung. AD=Armutsgefährdung und erhebliche materielle Deprivation, ED=Keine/sehr niedrige Erwerbsintensität und erhebliche materielle Deprivation, AE=Armutsgefährdung und erhebliche materielle Deprivation, ADE=Armutsgefährdung, erhebliche materielle Deprivation und keine/sehr niedrige Erwerbsintensität.

Von den 1.609.000 Menschen, die in Österreich armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, befinden sich etwa drei Viertel in ausschließlich einer der drei gefährdenden Lebenslagen: Etwa die Hälfte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist ausschließlich armutsgefährdet, weitere 15% sind ausschließlich erheblich materiell depriviert und 10% leben in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Etwa ein Viertel der Sozialzielgruppe ist jedoch gleichzeitig mit mehreren, also zwei oder drei Teilbereichen von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, konfrontiert. Bei diesen 414.000 mehrfach ausgrenzungsgefährdeten Personen – 4,9% der Bevölkerung – handelt es sich um eine besonders benachteiligte Personengruppe, ihre Gefährdungslage manifestiert sich in mehreren Bereichen. Bei etwa 5% der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten (83.000 Personen) bzw. bei insgesamt 1% der Bevölkerung treffen sogar alle drei Bereiche – niedriges Einkommen, erhebliche materielle Deprivation und niedrige Erwerbsbeteiligung – zusammen. Einblick in die Lebensbedingungen der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten sowie in ihre Zusammensetzung gibt Kapitel 4.

Grafik 46: Sozialzielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einfach- und Mehrfachausgrenzungsgefährdung



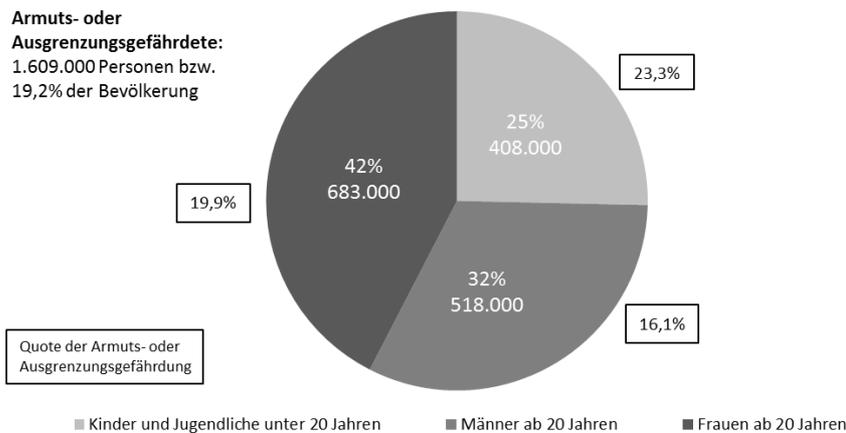
Als einzig wesentliche Veränderung der Zusammensetzung der Sozialzielgruppe fällt die Überschneidung der Teilgruppen Armutsgefährdung und keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität auf: Diese Gruppe (AE; ohne erheblich materiell Deprivierte) ist seit 2013 von 153.000 auf 234.000 Personen angewachsen – das Armutsrisiko bei den Nicht-Erwerbstätigen (ohne Pensionisten und Pensionistinnen) ist auf individueller Ebene (vgl. Grafik 51) wie auch in deren Haushalten gestiegen.

Die 1.609.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten setzen sich zu 25% aus Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren (408.000 Personen) sowie aus 518.000 Männern (32%) und 683.000 Frauen (42%) zusammen. Werden die Quoten dieser drei Gruppen verglichen, zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche tendenziell ein höheres Risiko tragen als Erwachsene, in Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung zu leben. Während 19,2% der gesamten Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, sind es bei Kindern und Jugendlichen mit 23,3% etwas mehr, Männer liegen mit einer Quote von 16,1% unter dem Gesamtdurchschnitt Österreichs, Frauen mit 19,9% etwas darüber.⁴³

Weitere Gruppen mit erhöhtem Risiko für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung werden in den nachfolgenden Kapiteln in Bezug auf die drei Teilbereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung beschrieben.

⁴³ Da Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ein Haushaltsmerkmal ist, d.h. für alle Personen eines Haushalts gleich ist, sind Risiken für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung für individuelle Merkmale, wie das Geschlecht oder Alter, nur eingeschränkt vergleichbar. Nichtsdestotrotz weisen Kinder und Jugendliche eine etwas erhöhte Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung auf.

Grafik 47: Zusammensetzung der Sozialzielgruppe nach Alter und Geschlecht



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

3.1.3 Österreichs Sozialzielgruppe im Vergleich mit den anderen Ländern der EU

Im Jahr 2013 waren 122,9 Millionen Menschen bzw. 24,5% der Bevölkerung in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, gegenüber 23,8% im Jahr 2008.⁴⁴

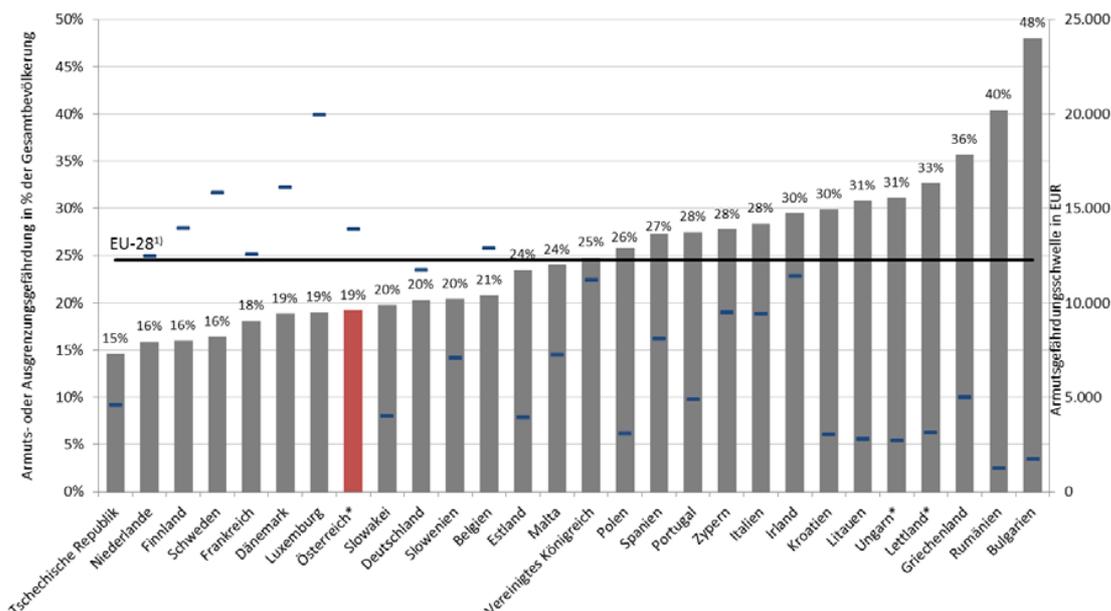
Mit dem auf Basis von EU-SILC 2014 berechneten Anteil von 19,2% Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten liegt Österreich unter dem EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Quoten weisen Tschechien (15%), die Niederlande, Finnland und Schweden (jeweils 16%) auf, mit der höchsten Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist Bulgarien konfrontiert. 48% der Bevölkerung Bulgariens sind von Armut oder Ausgrenzung bedroht, gefolgt von Rumänien mit etwa 40%.

Bei der Interpretation von Ländervergleichen hinsichtlich der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist stets zu beachten, dass relativ und absolut gemessene Einzelindikatoren in einer Zahl zusammentreffen. Während die Kriterien bzw. Grenzen für den europäischen Mindestlebensstandard (in Form der erheblichen materiellen Deprivation) sowie für den Indikator zum Ausmaß der Erwerbsintensität in allen Ländern gleich sind, wird die Armutsgefährdung relativ zum Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes, genauer gesagt relativ zum Median des nationalen Äquivalenzeinkommens, berechnet. Dieses Wohlstandsniveau, welches in Grafik 48 anhand der Armutsgefährdungsschwelle dargestellt ist, variiert deutlich zwischen den Ländern. So ist die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Luxemburg (19%) und der Slowakei (19,8%) ähnlich hoch wie in Österreich (19,2%), die jeweiligen Länder haben jedoch ein stark unterschiedliches Wohlstandsniveau: Während die Armutsgefährdungsschwelle eines Einpersonenhaushalts in Luxemburg bei jährlich 19.981 Euro liegt, ist sie in der Slowakei mit 4.042 Euro deutlich niedriger. Österreichs Wohlstandsniveau liegt, gemessen an der Armutsgefährdungsschwelle von 13.926 Euro, zwischen den beiden genannten Ländern.⁴⁵

⁴⁴ Für das Jahr 2014 liegen noch keine Ergebnisse für die gesamte EU-28 vor, lediglich Ergebnisse für Österreich, Ungarn und Lettland sind derzeit verfügbar (Stand: 14.04.2015). Einen Überblick über die zeitliche Entwicklung aller Europa 2020-Indikatoren gibt die Eurostat-Publikation „Smarter, greener, more inclusive?“ (Eurostat 2015).

⁴⁵ Die Daten für Österreich verweisen auf EU-SILC 2014, jene von Luxemburg und der Slowakei noch auf EU-SILC 2013.

Grafik 48: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 2013/2014: Österreich im europäischen Vergleich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2013, * Ergebnisse für EU-SILC 2014 nur für Österreich, Ungarn und Lettland verfügbar; abgerufen am 14.04.2015; eigene Darstellung. 1) Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung. Die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist mittels Balken, die Armutsgefährdungsschwelle (Jahreswert in Euro für einen Einpersonenhaushalt) mittels Striche dargestellt. Die Skala der Eurobeträge befindet sich auf der rechten Seite.

3.1.4 Zeitliche Entwicklung und Grad der Zielerreichung von 2008 bis 2014

Das Kernziel der Europa 2020-Strategie hinsichtlich der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sieht vor, innerhalb von zehn Jahren die Zahl der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Menschen um 20 Millionen in der EU bzw. 235.000 in Österreich zu verringern. Basis für den Beobachtungszeitraum ist das Jahr 2008 – jenes Jahr, dessen Daten zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Strategie im Jahr 2010 für alle Länder verfügbar waren.

Laut EU-SILC 2008 umfasste die Sozialzielgruppe 23,8% der Bevölkerung in der EU, verglichen mit 24,5% im Jahr 2013.⁴⁶ Die angestrebte Reduktion konnte auf EU-Ebene damit bisher noch nicht eingeleitet werden, wenngleich sich – nach einem Anstieg bis ins Jahr 2012 – ein geringfügiges Sinken der Quote von 2012 auf 2013 zeigt.

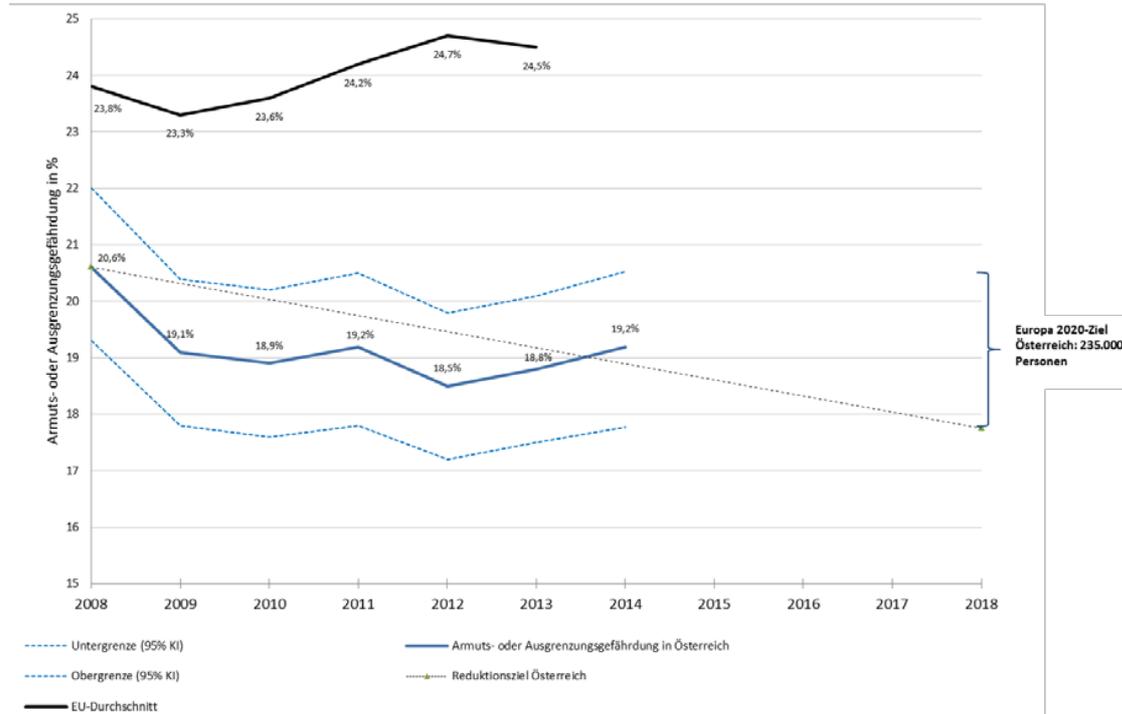
In Österreich ist hingegen eine Tendenz in die gewünschte Richtung zu beobachten. Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6% im Jahr 2008 auf 19,2% im Jahr 2014, das entspricht – ein Jahr nach der Hälfte des Beobachtungszeitraums – etwa 90.000 Personen. Diese Reduktion liegt zwar innerhalb der statistischen Schwankungsbreite (2014: +/- 115.000 Personen), scheint jedoch aufgrund der mehrjährigen Entwicklung relativ abgesichert zu sein. Ein Sinken seit dem Startjahr 2008 ist dabei für die Einzelindikatoren „erhebliche materielle Deprivation“ (2008: 5,9%; 2014: 4,0%) und Armutsgefährdung (2008: 15,2%; 2014: 14,1%) zu berichten. Dem gegenüber steht eine Steigerung im Indikator „Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität“ (2008: 7,4%; 2014: 9,1%).

Ob die bisherige Reduktion der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nachhaltig ausfällt, muss weiterverfolgt werden, denn in der kurzfristigen Betrachtung für die vergangenen

⁴⁶ Aus EU-SILC 2014 sind noch keine Ergebnisse auf EU-Ebene vorhanden.

beiden Jahre ist in Summe wieder eine leicht steigende Tendenz festzustellen, die allerdings schwach ausfällt und innerhalb der statistischen Schwankungsbreite liegt.⁴⁷

Grafik 49: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich und der EU seit 2008



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2008 bis 2014. Abgerufen am 13.04.2015; eigene Darstellung - EU-Durchschnitt 2014 noch nicht verfügbar.

⁴⁷ Da diese Ergebnisse auf den Daten einer hochgerechneten Stichprobe basieren, sind die Ergebnisse als Schätzungen zu werten, die einer gewissen Schwankung unterliegen. Die Unter- und Obergrenze der Schätzungen sind in der Grafik mittels Konfidenzintervallen dargestellt.

3.2 ARMUTSGEFÄHRDUNG

Armutsgefährdung – gemessen am Haushaltseinkommen – stellt einen der drei Einzelindikatoren der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung dar. Nicht erst mit der Europa 2020-Strategie, sondern bereits seit den sogenannten Laeken-Indikatoren aus dem Jahr 2001 wird diesem Indikator als wichtige Kenngröße für soziale Eingliederung große Bedeutung beigemessen. Er orientiert sich am mittleren Einkommen eines Landes und wird damit relativ zur jeweiligen Gesellschaft definiert.

Armutsgefährdung: Die Armutsgefährdungsquote weist den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung aus, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen einen bestimmten Schwellenwert unterschreitet. Diese sogenannte Armutsgefährdungsschwelle ist bei 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens festgelegt und beträgt 2014 für einen Einpersonenhaushalt 1.161 Euro pro Monat (oder jährlich 13.926 Euro). Zur Berechnung des Haushaltseinkommens wird die Summe aller Erwerbseinkommen im Haushalt zuzüglich Kapitalerträge und Pensionen sowie allfälliger Sozialtransfers gebildet. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen errechnet sich das Haushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann nach Abzug und Hinzurechnung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen den Haushalten. Die Äquivalisierung des Haushaltseinkommens erfolgt anhand der international etablierten EU-Skala, welche die erste erwachsene Person im Haushalt mit einem Konsumäquivalent von 1, jeden weiteren Erwachsenen mit 0,5 und jedes Kind (bis 13 Jahre) mit 0,3 gewichtet. So können Haushalte unterschiedlicher Zusammensetzung und Größe miteinander verglichen werden.

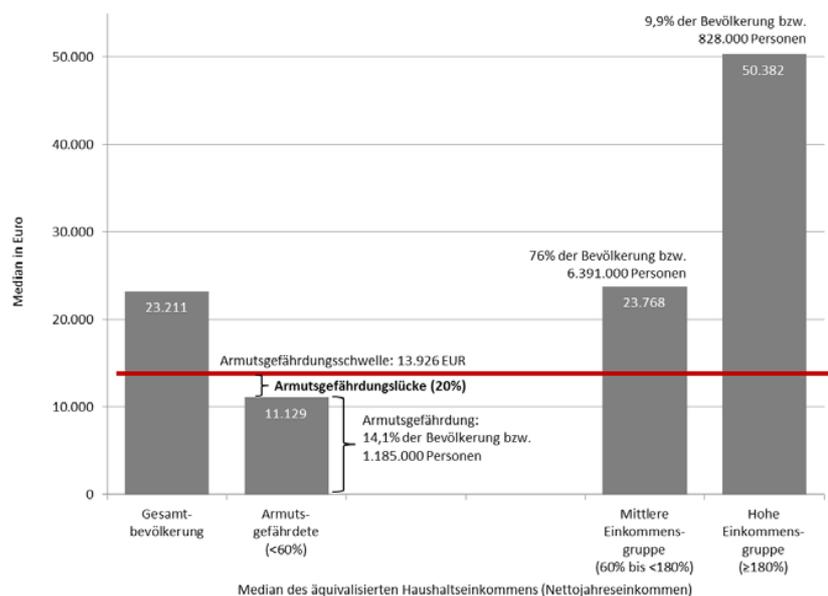
3.2.1 Maßzahlen für niedriges Einkommen: Armutsgefährdungsschwelle, -quote, und -lücke

Im Jahr 2014 waren in Österreich 1.185.000 Personen armutsgefährdet, das sind 14,1% der Bevölkerung (Armutsgefährdungsquote). Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite waren zwischen 1.082.000 und 1.288.000 Menschen bzw. zwischen 12,9% und 15,3% der österreichischen Population mit Armutsgefährdung konfrontiert.⁴⁸

Das äquivalisierte, also das um die Haushaltszusammensetzung bereinigte Haushaltseinkommen (siehe Box) der armutsgefährdeten Personen fällt unter die Armutsgefährdungsschwelle, die für einen Einpersonenhaushalt im Jahr 2014 bei 1.161 Euro (12-mal pro Jahr) liegt. Für jede weitere erwachsene Person erhöht sich dieser Wert um 580 Euro, für jedes Kind unter 14 Jahren um 348 Euro.

⁴⁸ Für einen europäischen Vergleich der Armutsgefährdungsquoten siehe Abschnitt 3.2.5.

Grafik 50: Armutsgefährdungsschwelle-, lücke und -quote sowie Medianeinkommen für niedrige, mittlere und hohe Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Die Intensität der Armutsgefährdung kann anhand der Armutsgefährdungslücke aufgezeigt werden. Sie gibt an, wie stark das äquivalisierte Medianeinkommen der Armutsgefährdeten von der Schwelle abweicht. Je höher die Lücke, desto größer die Abweichung von der Armutsgefährdungsschwelle und desto schwierigere Lebensbedingungen sind für armutsgefährdete Personen anzunehmen. Wie in Grafik 50 zu sehen ist, beläuft sich die Armutsgefährdungslücke im Jahr 2014 auf 20%. Das bedeutet, dass das äquivalisierte Medianeinkommen der 1.185.000 armutsgefährdeten Personen mit jährlich 11.129 Euro um 20% niedriger ist als die Armutsgefährdungsschwelle (13.926 Euro), welche wiederum 60% des Medianeinkommens der Bevölkerung (23.211 Euro) abbildet. Um die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden, hätte damit ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt im Durchschnitt mindestens 233 Euro pro Monat zusätzlich benötigt. Personen, die der mittleren Einkommensgruppe zuzuordnen sind, steht ein mittleres Jahreseinkommen von 23.768 Euro zur Verfügung, Personen der hohen Einkommensgruppe eines von jährlich 50.382 Euro.⁴⁹

3.2.2 Zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote ist in Österreich seit 2008 leicht im Sinken begriffen. Während sie 2008 bei 15,2% der Bevölkerung lag (1.252.000 Personen), sind im Jahr 2014 14,1% bzw. 1.185.000 Personen von Armutsgefährdung betroffen. Der Rückgang von 67.000 Personen liegt zwar innerhalb der Schwankungsbreite⁵⁰ (+/- 103.000 Armutsgefährdete 2014), ist aufgrund des mehrjährigen Trends dennoch als relativ zuverlässig einzustufen.

Ein kontinuierlicher Anstieg ist bei der Armutsgefährdungsschwelle, die 2008 bei 11.648 Euro und zuletzt in EU-SILC 2014 bei 13.926 Euro jährlich liegt, zu verzeichnen. Sie ist damit um 19,6% bzw. 2.278 Euro gestiegen. D.h. der Schwellenwert für die Armutsgefährdung ist damit stärker als die Jahresinflation in diesem Zeitraum (+13,3%) gestiegen.

⁴⁹ Die mittlere Einkommensgruppe hat 60% bis weniger als 180% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung. Als hohe Einkommen werden jene bezeichnet, die mindestens 180% des Medians betragen.

⁵⁰ Statistische Schwankungsbreite bei 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit für 2014.

Die Armutsgefährdungslücke bewegt sich seit 2008 in einem Bereich zwischen 19,1% und 21,3%, zuletzt beträgt sie im Jahr 2014 20,1%. Innerhalb dieser Zeit ist kein Trend in eine bestimmte Richtung zu erkennen.

Tabelle 8: Armutsgefährdungsquote, -schwelle und -lücke 2008 bis 2014

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	+/- stat. Schwankungsbreite ¹⁾
Armutsgefährdung, Quote in %	15,2	14,5	14,7	14,5	14,4	14,4	14,1	1,2
Armutsgefährdung, absolut in 1.000	1.252	1.201	1.214	1.207	1.201	1.203	1.185	103
Armutsgefährdungsschwelle in EUR	11.648	12.281	12.635	12.878	13.084	13.244	13.926	257
Armutsgefährdungslücke in %	19,8	19,1	21,8	19,1	20,1	21,3	20,1	2,1

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2014, 1) Statistische Schwankungsbreite bei 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit für 2014.

3.2.3 Risikofaktoren für Armutsgefährdung

Armutsgefährdung ist ungleichmäßig in der Gesellschaft verteilt. An früherer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, dass etwa Kinder und Jugendliche ein – im Vergleich zu Erwachsenen – erhöhtes Risiko tragen, in Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung zu leben. An dieser Stelle wird nun über die unterschiedliche Betroffenheit von Armutsgefährdung, einer der drei Teilbereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, berichtet. Im Fokus stehen bestimmte Risikofaktoren für Armutsgefährdung, die entlang soziodemographischer sowie sozioökonomischer Merkmale beschrieben werden. Es kristallisieren sich dabei einige Bevölkerungsgruppen heraus, deren Lebensstandard relativ gut abgesichert scheint, während sich andere Teilgruppen der Population in prekären Lebensbedingungen wiederfinden. Da sich Armutsgefährdung aus einem Merkmal auf Haushaltsebene, nämlich dem äquivalisierten Haushaltseinkommen ableitet, ist bei der Analyse nicht nur auf die individuelle Ebene, sondern auch auf den Haushaltszusammenhang zu achten. Denn ob das äquivalisierte Einkommen einer Person über bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, bestimmt die Summe der Einkommen aller Personen eines Haushalts.⁵¹

In welchen Haushalten steht nun häufiger ein unterdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung, sodass deren Haushaltmitglieder mit Armutsgefährdung konfrontiert sind? Wie Grafik 51 zeigt, sind es in erster Linie Personen in Ein-Eltern-Haushalten, etwa ein Drittel (34%) der Personen haben ein Einkommen, welches unter die Armutsgefährdungsschwelle fällt. Aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern sind mit 27% überdurchschnittlich oft armutsgefährdet. Daneben stehen auch alleinlebende Frauen (ohne Pension: 28%, mit Pension: 22%) sowie alleinlebende Männer ohne Pension (23%) erhöhter Armutsgefährdung gegenüber.

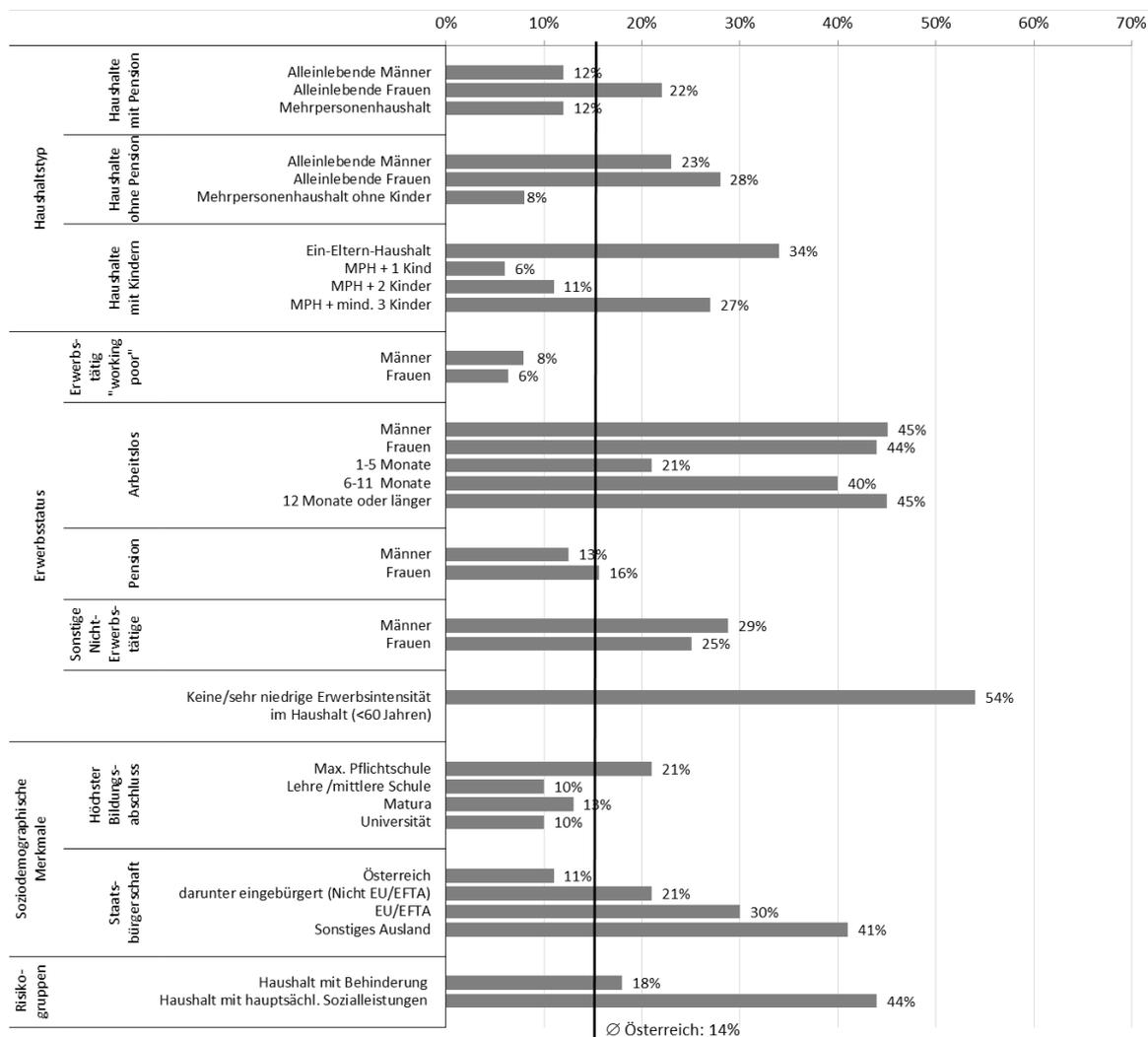
Besonders oft, nämlich in mehr als jedem zweiten Fall (54%), sind Personen auch dann armutsgefährdet, wenn die Erwerbsbeteiligung des gesamten Haushalts unter 20% seines Erwerbspotentials liegt.⁵² Auf individueller Ebene schlägt Armutsgefährdung stark bei Arbeitslosigkeit durch. Arbeitslose Personen sind insgesamt zu 45% armutsgefährdet, wobei Armutsgefährdung bei geringerer Dauer der Arbeitslosigkeit bereits schwächer ausfällt: Personen, die weniger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, waren zu 21% den Armutsgefährdeten zuzurechnen. Eine Erwerbstätigkeit ist damit ein wichtiger Schutz vor Armutsgefährdung. Aber selbst bei vorhandener Erwerbstätigkeit waren im Jahr 2014 7% der

⁵¹ Eine umfassende Darstellung der Armutsgefährdung nach soziodemographischen und anderen Merkmalen findet sich im Tabellenband zu EU-SILC 2014 (Statistik Austria 2015b).

⁵² Dies entspricht dem dritten Teilindikator der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität). Es werden nur Personen, die jünger als 60 Jahre sind, gezählt. Zur Definition des Teilindikators siehe Kapitel 3.1.1.

Erwachsenen ab 18 Jahren armutsgefährdet und damit „working poor“.⁵³ Pensionisten und Pensionistinnen waren zu 14% armutsgefährdet, sonstige Nicht-Erwerbstätige, z.B. Personen in Ausbildung oder Haushaltsführende noch häufiger, nämlich zu insgesamt 26%.⁵⁴

Grafik 51: Armutsgefährdungsquote nach ausgewählten Merkmalen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. MPH=Mehrpersonenhaushalt. Erwerbsmerkmale ab 18 Jahren, „working poor“ 18 bis 64 Jahre, Bildung ab 16 Jahren, Dauer der Arbeitslosigkeit 20 bis 64 Jahre. Sonstige nicht Erwerbstätige: nicht in Pension und nicht arbeitslos. Haushalte mit Pension: Altersleistungen machen mehr als 50% des gesamten Haushaltseinkommens aus. Haushalte mit behinderten Personen: Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens seit mindestens einem halben Jahr hat. Haushalte mit Sozialleistungen: Haupteinkommensquelle des Haushalts (=größter Anteil am Haushaltseinkommen) sind Sozialleistungen, ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Lesehilfe: Die Armutsgefährdungsquote macht im Durchschnitt 14% aus, für Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (ohne Pension) macht sie 8% aus und liegt damit unter dem Durchschnitt.

⁵³ Hier wird die Altersgruppe auf 18- bis 64-Jährige beschränkt, da dies dem europäisch vorgegebenen Indikator für „In-work-poverty“ entspricht. Zur Definition von „working poor“ siehe Box in Kapitel 3.2.4.

⁵⁴ Die Ergebnisse zur Armutsgefährdung nach Erwerbsstatus basieren auf der Hauptaktivität des dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahres, also auf 2013. Einkommens- und Erwerbsinformationen beziehen sich damit auf denselben Berichtszeitraum.

Nach soziodemographischen Merkmalen betrachtet, zeigen sich erhöhte Armutsgefährdungsrisiken vor allem für Personen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben (21%), sowie für Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft: Menschen mit EU- bzw. EFTA-Nationalität sind zu 30%, jene mit einer Staatsangehörigkeit eines sonstigen Landes sogar zu 41% armutsgefährdet. Personen, die durch Einbürgerung eine österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, müssen zu 21% ebenso überdurchschnittlich oft mit niedrigem Einkommen ihr Auslangen finden.

Gibt es in einem Haushalt eine Person mit einer Behinderung, so ist ebenfalls eine leicht erhöhte Armutsgefährdung zu beobachten (18%). Es ist anzunehmen, dass Menschen mit einer Behinderung in den meisten Fällen nicht zum Haushaltseinkommen beitragen können, sodass das Risiko des jeweiligen Haushalts etwas erhöht ist. Dennoch ist die Differenz im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt (14%) geringer als etwa zu sonstigen nicht erwerbstätigen Personen (26%). Das lässt den Rückschluss zu, dass teilweise entweder ein Ausgleich durch andere Haushaltsmitglieder oder durch das Pflegegeld bzw. andere Sozialleistungen möglich ist.

Besonders hoch ist die Armutsgefährdung von Menschen darüber hinaus auch dann, wenn der Haushalt das Einkommen hauptsächlich durch Sozialleistungen (u.a. Familien-, Arbeitslosen-, Sozialhilfeleistungen der Länder), erzielt. 44% der Personen in diesen Haushalten sind armutsgefährdet.

3.2.4 Armutsgefährdung von Erwerbstätigen: „working poor“

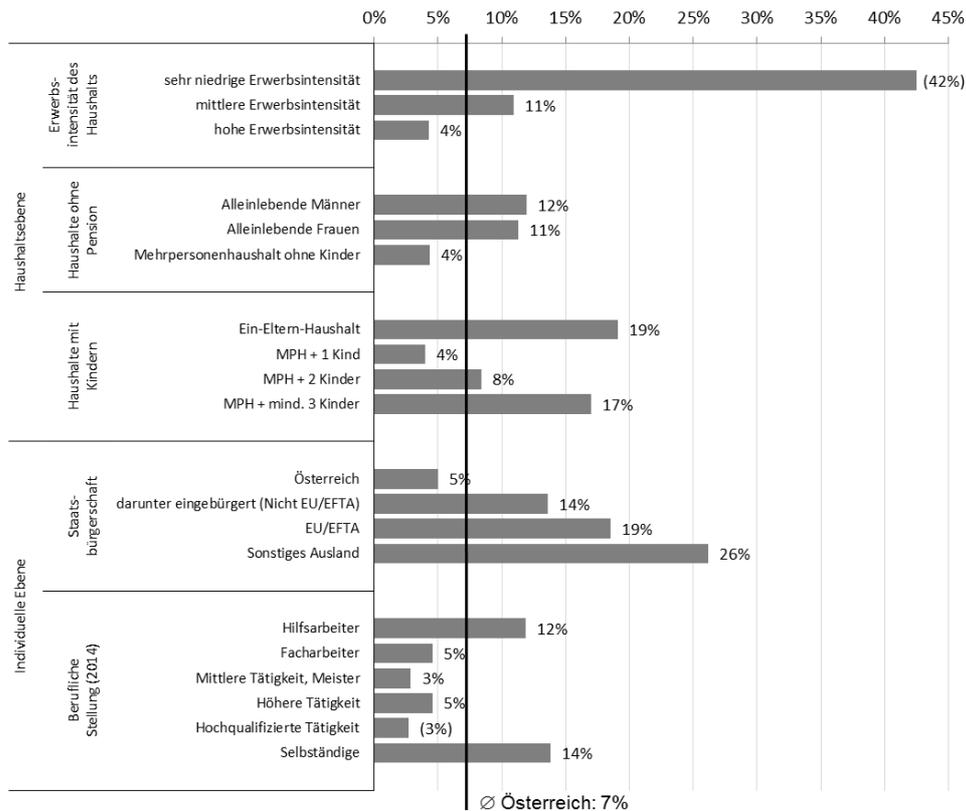
Im Jahr 2014 gab es in Österreich 266.000 Personen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Das sind 7% aller mehr als ein halbes Jahr lang erwerbstätigen Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren. Diese Personengruppe setzt sich aus 162.000 Männern und 104.000 Frauen zusammen. Das „working poor“-Risiko, also die Quote der Erwerbstätigen in Armutsgefährdung an allen nach dieser Definition Erwerbstätigen, beträgt demnach für Männer 8% und für Frauen 6%.

„Working poor“: Personen im Erwerbsalter (18-64 Jahre), die im Verlauf des Einkommensreferenzjahres (also im Jahr 2013) länger als sechs Monate Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Berücksichtigt wird demnach nicht nur das Einkommen aus Erwerbsarbeit, sondern auch aus anderen Einnahmequellen, z.B. aus Sozialleistungen. Ursache für „working poor“ kann neben erwerbsarbeitsbedingten Faktoren, wie beispielsweise geringe Wochenarbeitszeit, nicht ganzjährige Beschäftigung oder gering entlohnte Tätigkeit auch die Haushaltssituation sein, etwa wenn mit einem Erwerbseinkommen mehrere Personen erhalten werden müssen. Diese Definition für „working poor“ entspricht dem europäisch vorgegebenen Indikator für „In-work-poverty“.

Die Wirkung der Haushaltssituation auf „working poor“ wird besonders deutlich sichtbar, wenn Armutsgefährdung von Erwerbstätigen in Haushalten unterschiedlicher Erwerbsintensität betrachtet wird: 11% der erwerbstätigen Personen, die in einem Haushalt mit mittlerer Erwerbsintensität leben, sind armutsgefährdet. Es ist anzunehmen, dass die Ursache für die Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit hier in erster Linie darin begründet ist, dass die fehlenden Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder durch das Einkommen der erwerbstätigen Person/en nur unzureichend ausgeglichen werden können. Daneben können jedoch auch erwerbsbedingte Faktoren, wie niedriger Stundenlohn oder geringe Wochenarbeitszeit für die Armutsgefährdung mitverantwortlich sein.⁵⁵ Überdurchschnittlich oft sind auch Erwerbstätige in Ein-Eltern-Haushalten (19%) sowie in Familien mit mindestens drei Kindern (17%) mit Armutsgefährdung konfrontiert.

⁵⁵ Die erhöhte Armutsgefährdung der Erwerbstätigen in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsintensität ist aufgrund geringer Fallzahlen statistisch nicht gesichert.

Grafik 52: Quote der „Working Poor“ nach soziodemographischen Merkmalen und Erwerbsstatus



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. MPH=Mehrpersonenhaushalt. Die Quote bezieht sich in der jeweiligen Kategorie auf die im Referenzjahr länger als sechs Monate erwerbstätigen Personen von 18 bis 64 Jahren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Auf individueller Ebene zeigen sich Benachteiligungen für Erwerbstätige nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Am höchsten ist die Quote bei Erwerbstätigen mit einer Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Landes (26%), aber selbst in Österreich eingebürgerte Erwerbstätige haben mit 14% eine merklich höhere Quote der „working poor“ als Personen österreichischer Staatsbürgerschaft insgesamt (5%). Hinsichtlich der Qualifikation der ausgeübten Tätigkeit und dem Armutsgefährdungsrisiko ist zu beobachten, dass Armutsgefährdung überdurchschnittlich oft auf Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (12%) sowie auf Selbständige (14%) zutrifft.

3.2.5 Wirkung von Pensionen und Sozialleistungen auf Armutsgefährdung

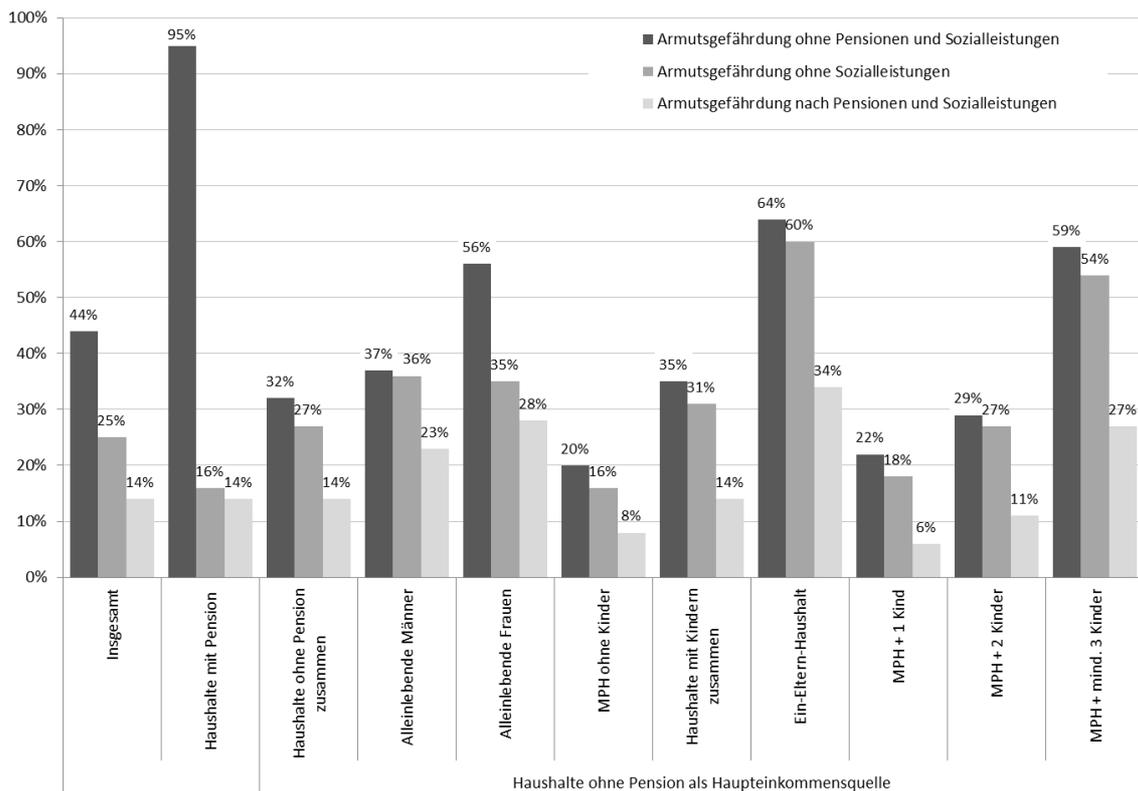
Wird das Einkommen eines Haushalts hauptsächlich aus Sozialleistungen bestritten, so ist – wie in Abschnitt 3.2.3 gezeigt – eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung zu verzeichnen. Dennoch sind Sozialleistungen gemeinsam mit Pensionen ein wirksamer Schutz vor Armutsgefährdung, obwohl Sozialleistungen als hauptsächliche Einkommensquelle nur unzureichend vor Armutsgefährdung bewahren können. Der Frage, in welchem Ausmaß der Schutzmechanismus von Sozialleistungen und Pensionen auf Armutsgefährdung wirkt, wird im folgenden Teil nachgegangen. Berücksichtigt werden dabei lediglich monetäre Sozialleistungen, die den Haushalten direkt in Form von Geldleistungen ausgezahlt werden. Sachleistungen des Sozialsystems (z.B. Gesundheits- oder Bildungseinrichtungen) bleiben damit also genauso unberücksichtigt wie etwa die Wirkung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern, die ebenfalls zu einer Änderung der Einkommensposition von Haushalten führen. Auch wird der Effekt von Sozialleistungen und Pensionen nicht auf andere sozialpolitische Zielsetzungen hin untersucht, wie z.B. die

Herstellung von Einkommensgleichheit oder der Ausgleich von Einkommensverlusten (vgl. BMASK 2014: 349).

Als **Pensionen** werden jene Leistungen bezeichnet, die einen dauerhaften Wegfall von (Erwerbs)einkommen durch das Eintreten bestimmter Ereignisse kompensieren sollen (Alter, Invalidität). Außerdem werden bestimmte Leistungen dann zu den Altersleistungen gezählt, wenn das so genannte Regelpensionsalter (Männer ab 65, Frauen ab 60 Jahre) erreicht wurde. Vor diesem Alter gelten diese Leistungen als Sozialleistungen. Zu den Altersleistungen gehören damit Invaliditätspensionen, Unfallrenten und das Pflegegeld ab dem Regelpensionsalter und Hinterbliebenenleistungen sowie Eigenpensionen. **Sozialleistungen** tragen entweder ebenfalls zu einer Kompensation eines reduzierten (Erwerbs-)Einkommens bei oder sollen Mehraufwendungen in bestimmten Lebensphasen von Haushalten zumindest zum Teil decken (etwa Familienleistungen oder Pflegegeld). Zu den Sozialleistungen gehören Familien-, Arbeitslosen-, Gesundheits- und Bildungsleistungen sowie Wohnbeihilfen und Sozialhilfeleistungen der Länder wie die bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Um die Frage zu beantworten, welchen Einfluss Pensionen und Sozialleistungen auf die Armutsgefährdung der österreichischen Bevölkerung haben, wird die tatsächliche Armutsgefährdungsquote, welche Pensionen und Sozialleistungen berücksichtigt, mit jenen Quoten verglichen, die entstünden, wenn keine Sozialleistungen bzw. beide Bezüge (Pensionen und Sozialleistungen) nicht ausbezahlt werden. Das Einkommen würde sich bei letzterer Betrachtung ausschließlich aus Erwerbseinkommen, Vermögenseinkünften und privatem Einkommen zusammensetzen.

Grafik 53: Armutsgefährdung vor und nach Pensionen und Sozialleistungen nach Haushaltstyp

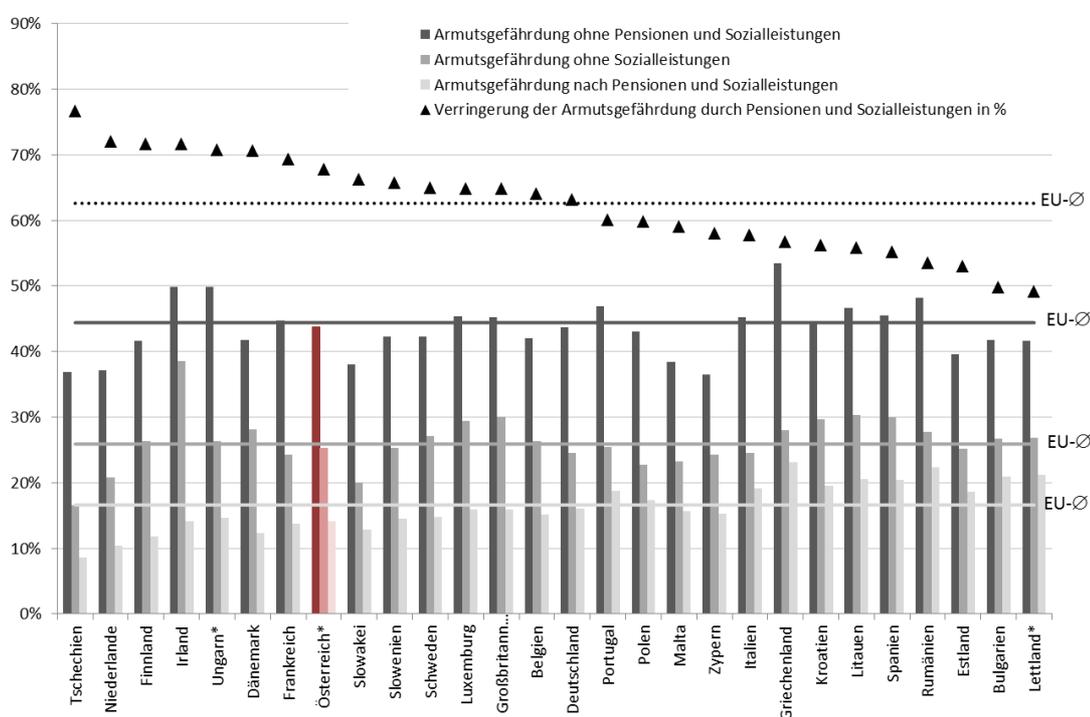


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. MPH=Mehrpersonenhaushalt. Haushalte mit Pension: mind. 50% des Haushaltseinkommens stammen aus Altersleistungen. Haushalte ohne Pension: Altersleistungen machen weniger als 50% des Haushaltseinkommens aus.

Ohne Pensionen und Sozialleistungen würde die Armutsgefährdungsquote um 30 Prozentpunkte mehr betragen, nämlich 44% statt 14%. Besonders stark wären davon Haushalte mit Pension betroffen: 95% der Personen in jenen Haushalten wären mit Armutsgefährdung konfrontiert – gegenüber 14% nach Pensionen und Sozialleistungen. Die

armutsverringende Funktion von Pensionen und Sozialleistungen zeigt sich sehr deutlich auch bei Ein-Eltern-Haushalten (64% statt 34%), bei Familien mit mindestens drei Kindern (59% statt 27%) sowie bei alleinlebenden Frauen ohne Pension (56% statt 28%). Würden nur Pensionen und keine Sozialleistungen ausbezahlt werden, würden in erster Linie Haushalte mit Kindern erhöhter Armutsgefährdung gegenüberstehen. Ihre Armutsgefährdungsquote würde sich von 14% auf 31% erhöhen. In besonderem Ausmaß trifft es wiederum Ein-Eltern-Haushalte (60% statt 34%) und Familien mit mindestens drei Kindern (54% statt 27%). Während aber bei Haushalten mit Pension ein Ausgleich durch Pensionen und Sozialleistungen erreicht werden kann (ihre Armutsgefährdung liegt nach den Leistungen mit 14% genau im Durchschnitt), ist bei Ein-Eltern-Haushalten sowie bei Haushalten mit mehr als zwei Kindern auch nach Auszahlung von Sozialleistungen und Pensionen noch eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung von 34% bzw. 27% zu beobachten.

Grafik 54: Armutsgefährdung vor und nach Pensionen und Sozialleistungen im europäischen Vergleich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2013, * Ergebnisse für EU-SILC 2014 nur für Österreich, Ungarn und Lettland verfügbar; abgerufen am 18.04.2015; eigene Darstellung. Reihung von der höchsten zu der geringsten prozentuellen Veränderung der Armutsgefährdungsquote durch Sozialleistungen und Pensionen.

Insgesamt wird in Österreich die Armutsgefährdungsquote um 68% verringert, wenn die Quoten vor (44%) und nach Berücksichtigung von Pensionen und Sozialleistungen (14%) gegenübergestellt werden. Damit schafft Österreich im europäischen Vergleich eine etwas deutlichere Abschwächung der Armutsgefährdung als der europäische Durchschnitt (Verringerung um 63%), wobei die Reduktion zwischen den einzelnen Ländern zum Teil unterschiedlich ausfällt. Estland, Bulgarien und Lettland haben etwa eine zunächst unterdurchschnittliche Armutsgefährdung, Pensionen und Sozialleistungen können die Armutsgefährdung jedoch nur um rund die Hälfte reduzieren, sodass letztendlich überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungslagen vorhanden sind. Umgekehrt gibt es Länder wie Irland oder Ungarn, die ohne Pensionen und Sozialleistungen eine über dem EU-Durchschnitt liegende Armutsgefährdung aufweisen würden. Die berücksichtigten Leistungen bewirken jedoch eine deutliche Reduktion der Armutsgefährdung (um über 70%), sodass letztendlich in den beiden Ländern sogar eine leicht unterdurchschnittliche Armutsgefährdung vorliegt. Beim Vergleich der EU-Länder ist wiederum die Struktur der Sozialleistungen zu beachten: In dieser Darstellung wird nur jener Teil der Sozialleistungen

ausgewiesen, der als Geldleistung an die Haushalte fließt. Sachleistungen bleiben unberücksichtigt.

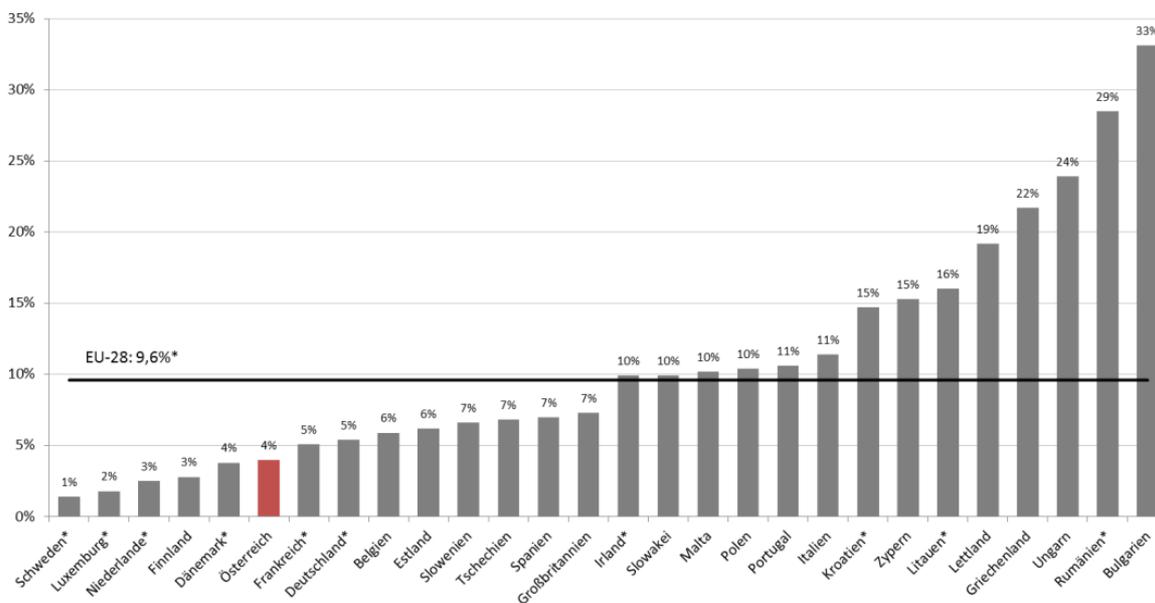
3.3 ERHEBLICHE MATERIELLE DEPRIVATION

In Österreich waren im Jahr 2014 336.000 Personen von erheblicher materieller Deprivation betroffen. Das sind 4% der österreichischen Bevölkerung, deren Lebensbedingungen die Kriterien des europäischen Lebensstandards nicht erfüllen können. Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite waren dies zwischen 3,2% bis 4,8% bzw. zwischen 270.000 und 403.000 Menschen.

Von **erheblicher materieller Deprivation** wird gesprochen, wenn mindestens vier von neun Aussagen über die Nicht-Leistbarkeit von bestimmten Gütern oder Bedürfnissen zugestimmt werden muss.⁵⁶ Diese Kriterien, d.h. die Deprivationsmerkmale, sind dabei in allen Ländern dieselben. Das Messkonzept der erheblichen materiellen Deprivation unterscheidet sich dabei konzeptionell von der vorhin dargestellten Armutsgefährdung, die auf dem Haushaltseinkommen basiert. Einkommensbasierte Armutsgefährdung beschränkt sich auf indirekte Aussagen über den Lebensstandard, da sich dieser etwa von der individuellen Lebens- und Vermögenssituation abhängig gestaltet. Ergänzend dazu stellt der Indikator der erheblichen materiellen Deprivation die Wirkung der Einkommen auf den tatsächlichen Lebensstandard in den Fokus.

Verglichen mit den anderen Ländern der EU hat Österreich mit 4% die sechsniedrigste Quote der erheblichen materiellen Deprivation. Schweden und Luxemburg weisen mit Werten von jeweils weniger als 2% die niedrigsten Quoten in der Europäischen Union auf, Bulgarien (33%) und Rumänien (29%) stehen am anderen Ende des Ländervergleichs. Insgesamt können 9,6% der Europäer und Europäerinnen die Kriterien des europäischen Mindestlebensstands nicht erfüllen, das sind 48 Mio. Menschen.

Grafik 55: Erhebliche materielle Deprivation im europäischen Vergleich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2014 vorläufige Ergebnisse, *EU-SILC 2013; abgerufen am 06.05.2015; eigene Darstellung.

3.3.1 Merkmale erheblicher materieller Deprivation

Unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.100 Euro aus eigenen Mitteln, d.h. durch laufendes Einkommen oder durch Rücklagen nicht bezahlen zu können, trifft von allen neun Deprivationsmerkmalen am häufigsten zu: Knapp ein Viertel der österreichischen

⁵⁶ Diese Deprivationsmerkmale sind im Kapitel 3.1.1 aufgelistet und werden im nachfolgenden Abschnitt hinsichtlich ihrer Häufigkeit näher erläutert.

Bevölkerung ist nicht in der Lage unerwartete Ausgaben zu tätigen, von den 336.000 Menschen, die in einem erheblich materiell depriviertem Haushalt leben, kann dies nahezu niemand. 19% der Gesamtbevölkerung bzw. 93% der erheblich materiell deprivierten Personen können es sich nicht leisten, einmal im Jahr eine Woche Urlaub zu machen.

Während alle anderen Merkmale in der Gesamtbevölkerung auf weniger als 10% zutreffen, sind es bei Personen in erheblich materiell deprivierten Haushalten deutlich mehr.

Die mehrfache Belastung durch mehrere Deprivationsdimensionen macht den entscheidenden Unterschied aus. So können es sich 64% der Personen in erheblich materiell deprivierten Haushalten nicht leisten, regelmäßig Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu sich zu nehmen. Jeweils 61% haben Zahlungsrückstände bzw. können sich kein Auto leisten. Die Relevanz von letzterem Merkmal ist jedoch etwas umstritten, da die Notwendigkeit eines Autos je nach Wohngegend unterschiedlich eingeschätzt werden kann. Darüber hinaus sind 44% der erheblich materiell benachteiligten Personen nach eigener subjektiver Einschätzung finanziell nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. Im Gegensatz zu ärmeren EU-Staaten haben in Österreich fast alle ein Fernsehgerät, eine Waschmaschine, ein Telefon oder ein Handy.

Tabelle 9: Merkmale für erhebliche materielle Deprivation

	Personen in				Personen insgesamt	
	erheblich materiell deprivierten Haushalten		anderen Haushalten			
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %
Insgesamt	336	100	8.067	100	8.403	100
1) Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen können	331	99	1.680	21	2.011	24
2) Nicht auf Urlaub fahren können	311	93	1.282	16	1.593	19
3) Nicht regelmäßig Fleisch essen können*)	216	64	469	6	685	8
4) Kein Auto leisten können	205	61	295	4	500	6
5) Zahlungsrückstände **)	204	61	310	4	514	6
6) Wohnung nicht warm halten können	147	44	122	2	268	3
7) Kein Fernsehgerät leisten können	25	8	17	0	42	1
8) Keine Waschmaschine leisten können	(17)	(5)	(12)	(0)	(28)	(0)
9) Kein Telefon oder Handy leisten können	-	-	-	-	-	-

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. *) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen. **) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Die derzeit **neun Items der erheblichen materiellen Deprivation** werden im Zuge der mid-term Review der Europa 2020-Strategie kritisch diskutiert. Die ursprüngliche Auswahl basiert auf den zurzeit verfügbaren Informationen für alle europäischen Länder. 2009 sowie 2013 und 2014 wurden vertiefende Module über materielle Deprivation in EU-SILC durchgeführt, mit dem Ziel, weitere Merkmale für materielle Deprivation empirisch zu testen. Angestrebt wird eine Liste von Merkmalen mit größtmöglicher Vergleichbarkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten und zusätzlich kinderspezifische Merkmale für materielle Deprivation. Drei Items sollen künftig wegfallen: die Leistbarkeit eines Fernsehgerätes, einer Waschmaschine oder eines Telefons. Dies ist aus österreichischer Sicht zu begrüßen, da sie eher ungeeignet sind, um materielle Benachteiligungen zu charakterisieren. Sieben neue Deprivationsitems sollen in die jährliche Datenerhebung aufgenommen werden und könnten möglicherweise in einen künftigen Indikator zu „erheblicher materieller Deprivation neu“ einfließen – Aggregationsregeln sind allerdings noch keine definiert. In Zusammenhang mit dem Klimaziel der Europa 2020-Strategie wäre auch Autobesitz kritisch zu hinterfragen. Dazu kommt die unterschiedliche Bedeutung je nach Wohngegend. Dieses Item aus dem Deprivationsindikator zu streichen steht jedoch derzeit europäisch nicht zur Diskussion.

3.3.2 Zeitliche Entwicklung erheblicher materieller Deprivation

Die höchste Quote der erheblichen materiellen Deprivation im Zeitverlauf von 2008 bis 2014 ist mit 5,9% zu Beginn des Beobachtungsfensters, im Jahr 2008, zu beobachten.

Wahrscheinlich ist, dass die Ursache für die erhöhte Quote im Jahr 2008 im Zusammenwirken mehrerer Faktoren liegt. Es ist anzunehmen, dass u.a. die Entwicklung des Einkommens, der Schuldenbelastung und der Inflation für diesen Höchststand bedeutsam waren.⁵⁷ Danach ist ein Rückgang festzustellen. Der Prozentsatz der erheblich materiell Deprivierten hat sich in den letzten Jahren – von 2011 bis 2014 – relativ stabil bei 4% eingependelt.⁵⁸

Tabelle 10: Von erheblicher materieller Deprivation betroffene Personen 2008 bis 2014

Erhebliche materielle Deprivation	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	+/- stat. Schwankungsbreite ¹⁾
Quote in %	5,9	4,6	4,3	4,0	4,0	4,2	4,0	0,8
absolut in 1.000	485	376	353	333	335	355	336	66

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2014, 1) Statistische Schwankungsbreite bei 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit für 2014.

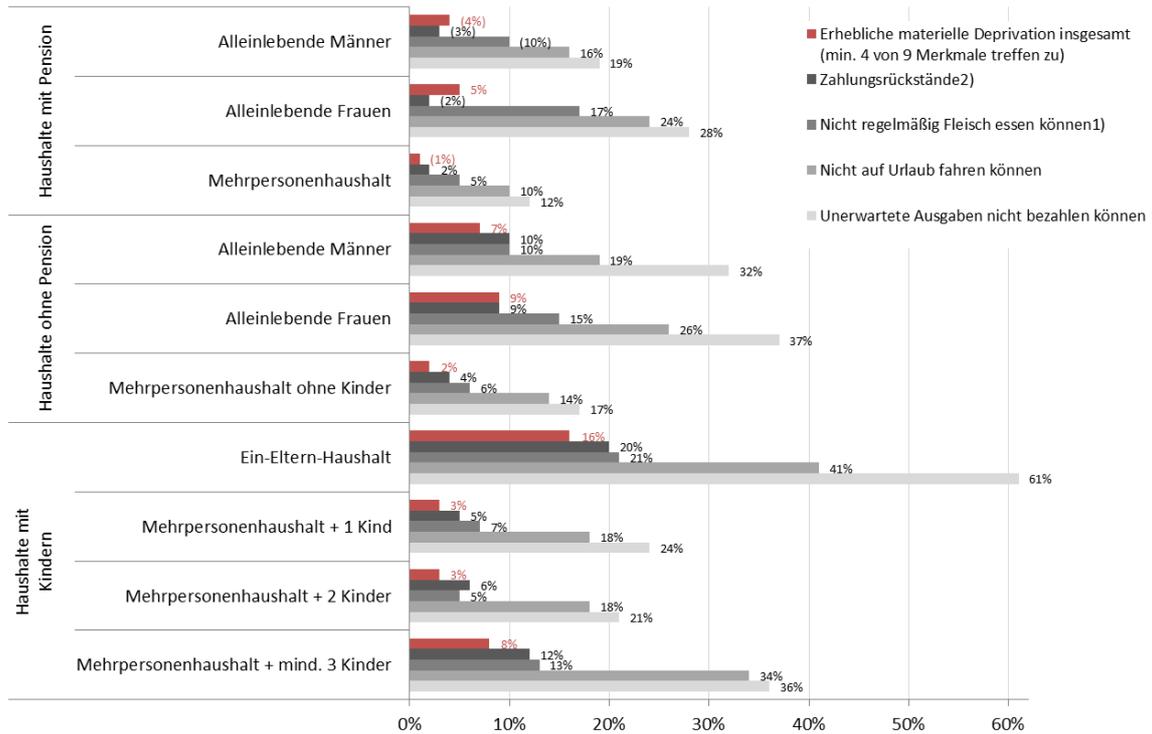
3.3.3 Risikofaktoren für erhebliche materielle Deprivation

Wie vorhin beschrieben ist die materielle Deprivation ein Maß, welches die Wirkung der finanziellen Ressourcen auf die Leistbarkeit eines Mindestlebensstandards abbildet, während Armutsgefährdung v.a. ein Verteilungsmerkmal ist und die niedrigen Einkommen in Relation zu den mittleren Einkommen betrachtet. Hinsichtlich bestimmter Risikofaktoren zeigen sich jedoch ähnliche Muster und Tendenzen. Die Betrachtung nach Haushaltsformen veranschaulicht einmal mehr, dass vor allem Personen in Ein-Eltern-Haushalten mit deutlich erhöhter erheblicher materieller Deprivation konfrontiert sind. Während im Durchschnitt 4% der österreichischen Bevölkerung in erheblich materiell deprivierten Haushalten leben, sind es mit 16% bei Ein-Eltern-Haushalten vier Mal so viele. Besondere Schwierigkeiten haben diese Haushalte auch beim Begleichen von unerwarteten Ausgaben in der Höhe von 1.100 Euro: In 61% der Fälle können sie solche Rechnungen nicht durch eigene Mittel, also durch laufendes Einkommen oder durch Ersparnisse begleichen, während dies in allen österreichischen Haushalten durchschnittlich mit 24% deutlich weniger Personen betrifft.

⁵⁷ vgl. auch BMASK/Statistik Austria 2011: 86, 113ff und BMASK/Statistik Austria 2013: 65f

⁵⁸ Bedeutsam für die Interpretation der zeitlichen Entwicklung von erheblicher materieller Deprivation sind auch die unterschiedlichen Bezugszeiträume der Merkmale. Zahlungsrückstände sind etwa auf die letzten 12 Monate bezogen, die Fragen nach der Leistbarkeit eines Urlaubs oder dem Beheizen der Wohnung beziehen sich ebenfalls auf die Vergangenheit, während sich die Leistbarkeit eines Autos oder Fernsehers auf den Zeitpunkt der Befragung bezieht.

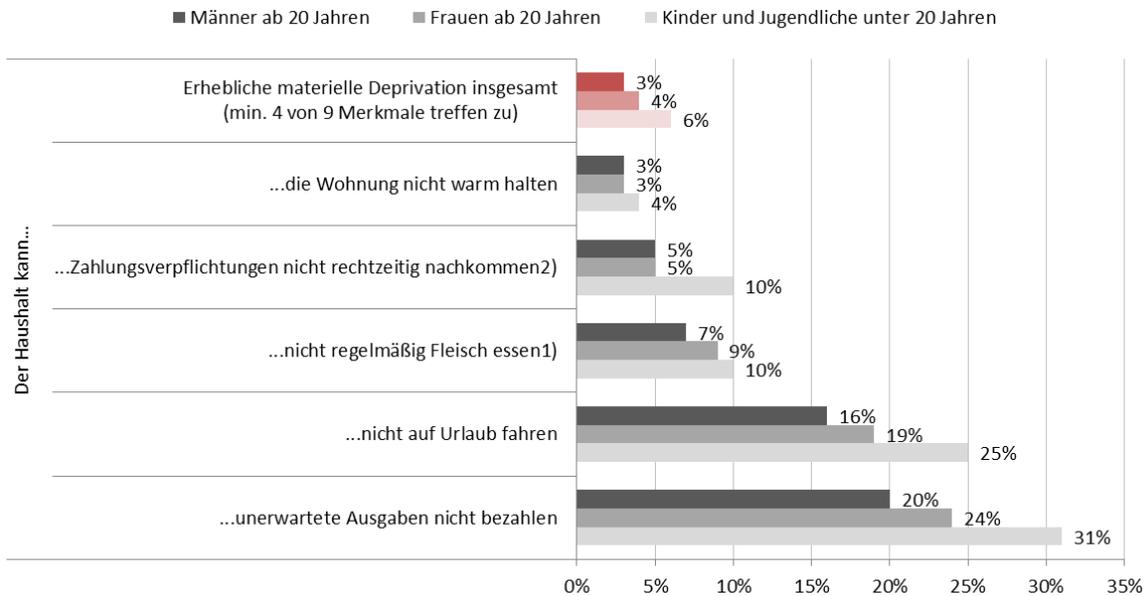
Grafik 56: Ausgewählte Deprivationsmerkmale und erhebliche materielle Deprivation nach Haushaltstypen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. 1) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen, 2) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Im Vergleich mit Erwachsenen sind Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren (6% bzw. 107.000 Personen) etwas stärker von erheblicher materieller Deprivation betroffen als Erwachsene (Frauen: 4% bzw. 130.000; Männer: 3% bzw. 99.000 Personen). Kinder und Jugendliche leben auch häufiger unter schwierigen Lebensbedingungen als Erwachsene: 31% der Kinder und Jugendlichen leben in Haushalten, die unerwartete Ausgaben (z.B. für eine Reparatur oder Zahnbehandlung) nicht tätigen können, ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen lebt in Haushalten, in denen nicht zumindest einmal im Jahr eine Woche Urlaub leistbar ist und jedes zehnte Kind lebt in einem Haushalt, für den es finanziell nicht möglich ist, regelmäßig Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu haben.

Grafik 57: Ausgewählte Deprivationsmerkmale und erhebliche materielle Deprivation für Kinder und Jugendliche sowie für Männer und Frauen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. 1) Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen, 2) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.

Die Analyse der **Deprivation von Kindern und Jugendlichen** erfolgt hier über eine Alterseinschränkung (unter 20 Jahre) und mithilfe der für ihre Haushalte erhobenen Items für „erhebliche materielle Deprivation“. Diese beziehen sich in ihrer Auswahl auf die Gesamtbevölkerung. Einen eigenen für Kinder und Jugendliche definierten Indikator der materiellen Deprivation gibt es derzeit auf europäischer Ebene nicht, d.h. es gibt keine Auswahl an kinderspezifischen Items, nachdem die Deprivation von Kindern verbindlich und vergleichbar gemessen werden soll. Es wurde von Seiten Eurostats ein Versuch unternommen, einen zusammenfassenden Indikator für unter 16-Jährige zu berechnen (vgl. etwa Guio et al 2012 und Statistik Austria 2012 – siehe dazu auch bereits Kapitel 2.4.3 im vorliegenden Bericht). Künftige Arbeitsprogramme und Variablenvorschläge lassen zudem erwarten, dass die Deprivation von Kindern mittels eigener Messmethoden an Bedeutung gewinnen wird.

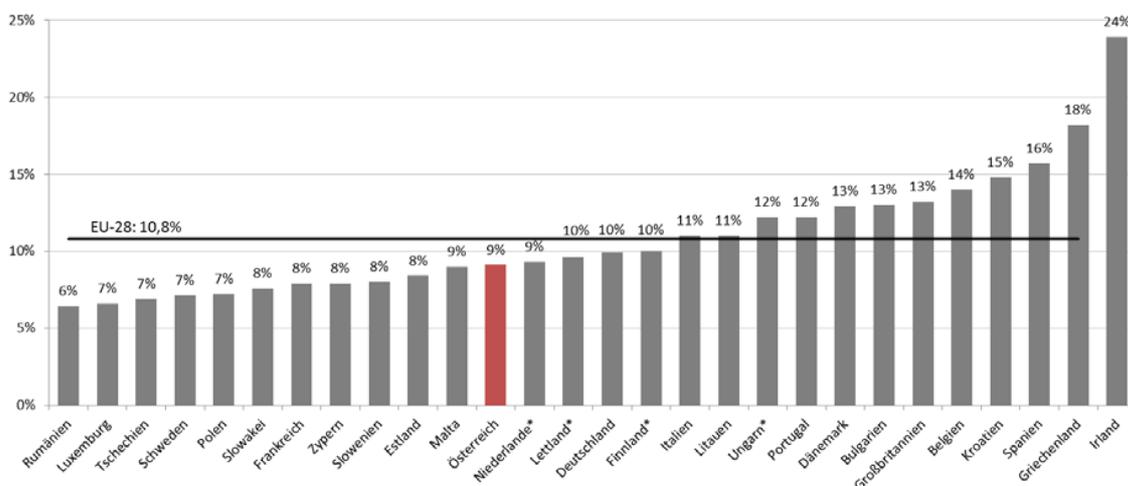
3.4 PERSONEN IN HAUSHALTEN MIT KEINER ODER SEHR NIEDRIGER ERWERBSINTENSITÄT

Im Jahr 2014 lebten in Österreich insgesamt 585.000 Personen unter 60 Jahren, das sind 9,1% der 6.453.000 Personen dieser Altersgruppe, in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite muss von 515.000 bis 655.000 Personen bzw. 8,0% bis 10,2% der Personen unter 60 Jahren ausgegangen werden.

Von **keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität eines Haushalts** wird gesprochen, wenn die 18- bis 59-jährigen Personen des Haushalts (ausgenommen Studierende unter 24 Jahren) – also die Personen im Erwerbsalter – insgesamt im Laufe eines Jahres weniger als 20% ihres gesamten Vollzeit-Erwerbspotentials ausschöpfen.⁵⁹ Eine Steigerung der Beschäftigung ist – u.a. neben dem Ziel zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – ein Kernziel der Europa 2020-Strategie. Mit dem Indikator „Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität“ fließt dieser wichtige Aspekt in den Indikator zu Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ebenso ein.⁶⁰

Österreich liegt mit der Quote von 9% etwas unter dem Durchschnitt aller EU-Länder (11%). Die niedrigsten Quoten (jeweils unter 7%) präsentieren sich in Rumänien und Luxemburg sowie in Tschechien. Die höchste Quote der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsbeteiligung hat Irland: 24% der Personen unter 60 Jahren leben in solchen Haushalten – das ist auch noch deutlich mehr als in Griechenland (18%), dem am zweitstärksten betroffenen Land in der Europäischen Union. In der gesamten EU leben 41 Mio. Menschen unter 60 Jahren bzw. 11% dieser Altersgruppe in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität.

Grafik 58: Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität in Österreich und der EU



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2013, *EU-SILC 2014; abgerufen am 06.05.2015; eigene Darstellung. Nur Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren.

⁵⁹ Berechnungsbeispiel für einen Haushalt mit 3 Personen zwischen 18 und 59 Jahren: Person 1 war das gesamte Jahr über Vollzeit erwerbstätig (= 12 Monate), Person 2 war 6 Monate Vollzeit erwerbstätig (= 6 Monate) und Person 3 war ganzjährig Teilzeit erwerbstätig, aktuell arbeitet sie 25 Wochenstunden (25/40*12=7,5 Monate). Das Erwerbspotenzial beträgt insgesamt 36 Monate (12*3), tatsächlich wurden insgesamt 25,5 Monate gearbeitet (12+6+7,5). Die Erwerbsintensität des Haushalts beträgt somit 71% (=25,5/36*100). Nähere Informationen zur Berechnung vgl. BMASK/Statistik Austria 2013: 74.

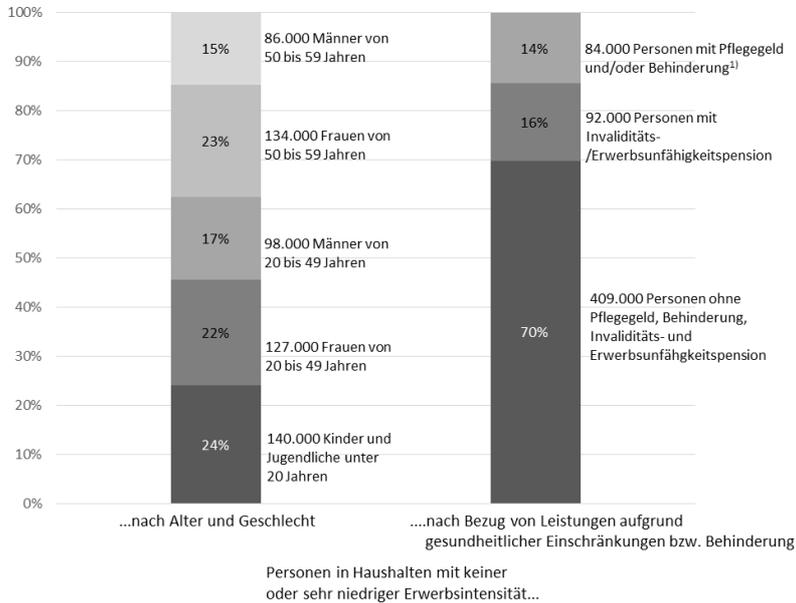
⁶⁰ Da dieser Indikator nur bei Personen unter 60 Jahren Anwendung findet, gibt es für Personen ab 60 Jahren mit den Indikatoren „Armutsgefährdung“ und „erhebliche materielle Deprivation“ lediglich zwei Bestimmungsmerkmale für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.

Insgesamt setzen sich in Österreich die 585.000 Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität aus 140.000 Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren sowie aus 98.000 Männern und 127.000 Frauen im Alter von 20 bis 49 Jahren zusammen. Die verhältnismäßig größte Gruppe sind jedoch Männer und Frauen im Alter von 50 bis 59 Jahren. Während sie von der unter 60-jährigen Gesamtbevölkerung zusammen nur 16% darstellen, machen sie 38% der Zielgruppe aus. Es ist anzunehmen, dass viele dieser Personen bzw. der Haushalte, in denen sie leben, aufgrund von Pensionierung nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen (werden). Ebenso wenig Chancen auf einen Einstieg in den Arbeitsmarkt bestehen wohl bei Personen, die eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension bzw. Pflegegeld beziehen oder eine Behinderung haben, die sie in Tätigkeiten des normalen Alltagslebens stark einschränken. Sie machen insgesamt 176.000 Personen bzw. 30% der Zielgruppe aus. Nichtsdestotrotz zählen Pensionisten und Pensionistinnen, Beziehende einer Invaliditäts- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension, Beziehende von Pflegegeld sowie Menschen mit Behinderung zu den Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität und damit zur Sozialzielgruppe der Europa 2020-Strategie. Unberücksichtigt bleiben in diesem Indikator hingegen zusätzliche 95.000 Personen im Alter von mindestens 60 Jahren, die in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben. Deren (jüngere) Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter nehmen also nicht oder nur in geringem Ausmaß am Erwerbsleben teil. Sie zählen jedoch aufgrund der Altersbeschränkung definitionsgemäß nicht zur Zielgruppe.

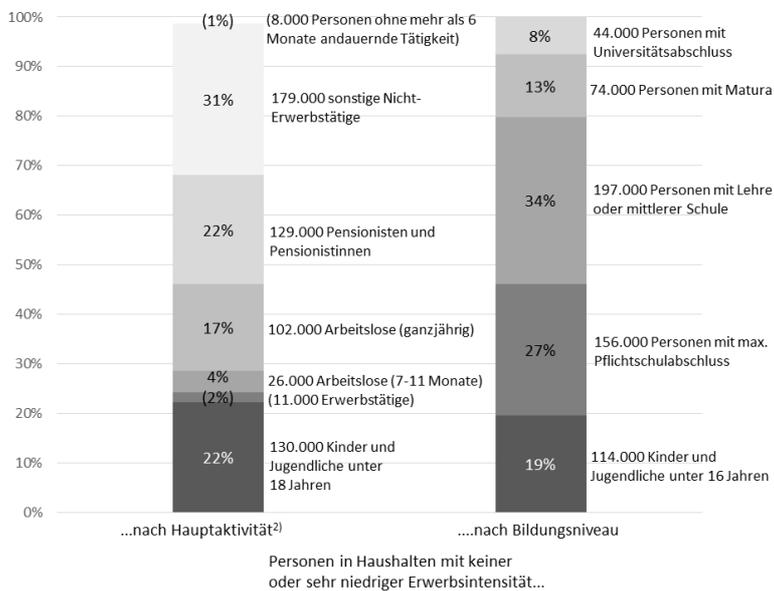
Werden die 585.000 Personen unter 60 Jahren, die in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben, nach ihrer Hauptaktivität aufgeschlüsselt, so zeigt sich, dass diese – wie zu erwarten – zumeist nicht erwerbstätig sind. Neben Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, die 22% der Gruppe ausmachen, gehören 31% der Gruppe zu den sonstigen Nicht-Erwerbstätigen (z.B. Personen in Ausbildung, Haushaltsführende). 22% der Personen sind Pensionisten und Pensionistinnen und 17% der Personen waren im Referenzjahr ganzjährig arbeitslos. Weitere 4% der Zielgruppe waren ebenso arbeitslos, jedoch nicht ganzjährig, sondern höchstens elf Monate. Vergleichsweise häufig finden sich auch Personen mit max. Pflichtschulabschluss unter den Personen, die in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität leben. Sie machen 27% der Zielgruppe aus, in der Gesamtbevölkerung jedoch nur 16%.

Grafik 59: Zusammensetzung der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität

Nach Alter und Geschlecht sowie nach Bezug von Leistungen aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen bzw. Behinderung



Nach Hauptaktivität sowie nach Bildungsniveau



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Nur Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren. 1) ohne Personen mit Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspension. 2) Mehr als 6 Monate andauernde Tätigkeit im Referenzjahr 2013.

3.4.1 Zeitliche Entwicklung der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität

Da sich die Erwerbsintensität – wie auch die Armutsgefährdung – auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr bezieht, ist bei der Interpretation der Quoten auf die zeitliche Dimension Rücksicht zu nehmen. Ebenfalls ist darauf zu achten, dass etwa Arbeitsmarkteffekte erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam werden. So schlägt sich die Rekordbeschäftigung von 2008 erst im Indikator von 2009 (7,0%) nieder. In den darauffolgenden Jahren geht die Quote der Personen in nicht oder nur gering in den Arbeitsmarkt eingebundenen Haushalten – wohl in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise – nach oben. Sie liegt 2011 bei 8,5% bzw. 546.000 Personen. Nach einem Rückgang in den Jahren 2012 und 2013 erreicht sie zuletzt im Jahr 2014 mit 9,1% ihren bisherigen Höchststand im Beobachtungszeitraum von 2008 bis 2014. Dies fällt mit einer im Jahr 2013 gegenüber 2012 deutlich stärker als in den Jahren davor gestiegenen Arbeitslosenquote zusammen.⁶¹

Tabelle 11: Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität 2008 bis 2014

Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	+/- stat. Schwankungsbreite ¹⁾
Quote in %	7,4	7,0	7,8	8,5	7,6	7,7	9,1	1,1
absolut in 1.000	475	452	497	546	490	496	585	70

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2014, 1) Statistische Schwankungsbreite bei 95%-Vertrauenswahrscheinlichkeit für 2014. Nur Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren.

3.4.2 Risikofaktoren für Leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität

Sehr hohe Gefährdungslagen hinsichtlich eines Lebens in einem Haushalt mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität bestehen naturgemäß bei keiner oder geringer Einbindung in den Arbeitsmarkt. Arbeitslose Personen finden sich zu 51% (Männer: 55%, Frauen: 48%) in solchen Haushalten wieder, besonders hoch ist das Risiko bei längerer Arbeitslosigkeit: 59% der Personen, die mindestens ein Jahr lang mit Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, leben in einem Haushalt mit keiner bzw. geringer Erwerbsintensität. Eine sonstige Nicht-Erwerbstätigkeit (z.B. Haushaltsführende, Studierende, Personen in Elternkarenz oder behinderte Menschen) ist ebenso mit einem hohen Risiko verbunden: 22% dieser Personen leben in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität. Pensionisten und Pensionistinnen – als weitere Form der Nicht-Erwerbstätigkeit – zählen mit einer Quote von 62% ebenso überdurchschnittlich oft zur Zielgruppe, sind aber, wie bereits in Kapitel 3.4 erläutert, wenig relevant, da ein Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht mehr zu erwarten ist. Bei der Interpretation der Zahlen ist darüber hinaus stets zu beachten, dass es sich um ein Merkmal handelt, welches über den Haushaltszusammenhang bestimmt wird. Zutreffend ist es nur dann, wenn kein Ausgleich durch andere Personen des Haushalts stattfindet.

Nach Haushaltstyp betrachtet, sind – wie schon bei Armutsgefährdung und erheblicher materieller Deprivation – wieder Ein-Eltern-Haushalte als hauptsächliche Risikogruppe anzusehen. 27% der Personen in Ein-Eltern-Haushalten schöpfen weniger als 20% des Erwerbspotentials aus. Mangelnde Vereinbarkeit von Erwerbs- und Betreuungsarbeit äußern sich hier besonders stark. Bei Haushalten ohne Kinder fallen alleinlebende Personen, vor allem Frauen, überdurchschnittlich oft in die Zielgruppe. In diesen Haushalten ist – im

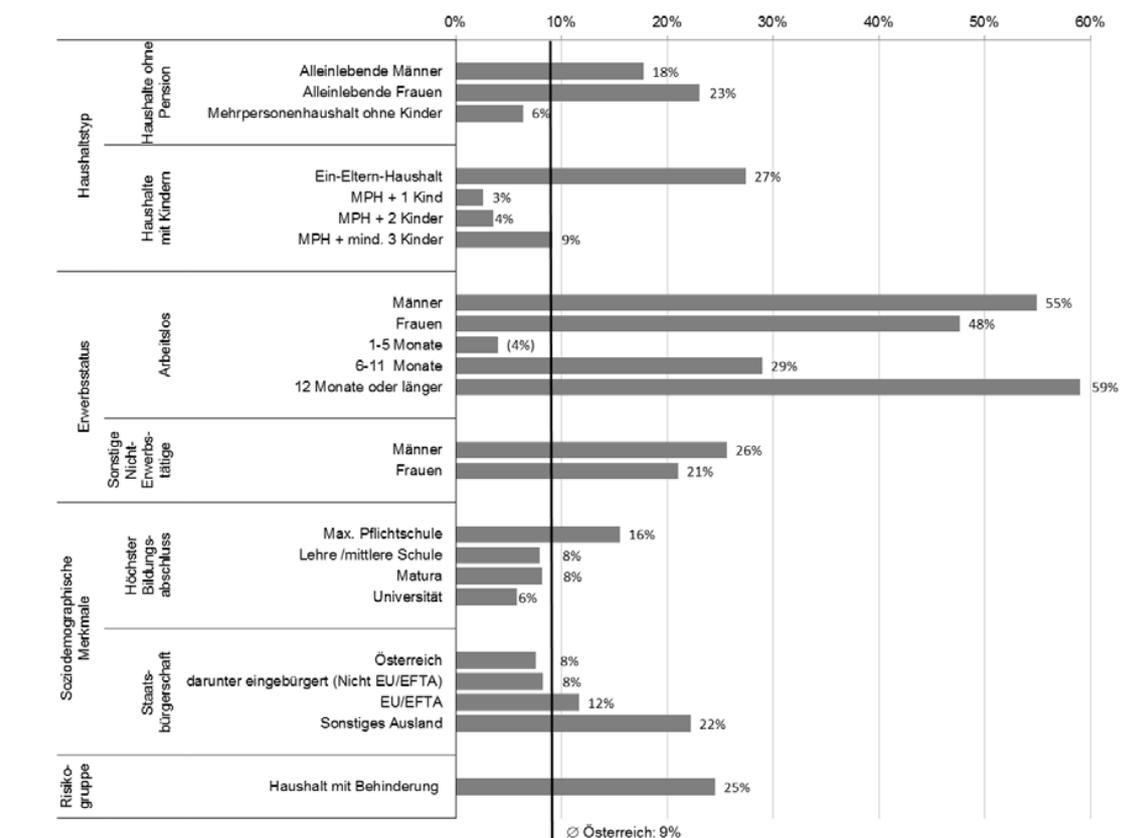
⁶¹ Nach internationaler Definition (ILO-Konzept) lag die Arbeitslosenquote 2013 bei 5,4% ggü. 4,9% 2012. Vgl. Statistik Austria – Mikrozensus 2015:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_internationale_definition/063260.html (Abgerufen am 4.5.2015).

Gegensatz zu den Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder – kein Ausgleich von Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit durch andere Personen des Haushalts möglich.

Die Chancen auf eine Einbindung in den Arbeitsmarkt sind auch mit der Bildung sowie einem möglichen Migrationshintergrund – dargestellt anhand der Staatsbürgerschaft – eng verknüpft: Der Abschluss einer Pflichtschule (16% gegenüber 9% insgesamt) geht mit einem erhöhten Risiko einher, ebenso wie eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft (EU/EFTA: 12%, sonstiges Ausland: 22%). Personen in Haushalten mit einer behinderten Person zählen mit einer Quote von 25% auch als Risikogruppe für keine bzw. niedrige Erwerbsintensität. Hier treffen gleich zwei Einschränkungen aufeinander: Einerseits können Menschen mit Behinderung in der Regel nicht oder nur eingeschränkt am Erwerbsleben teilnehmen, andererseits sind andere Haushaltsmitglieder aufgrund von Pflege- und Betreuungsaufgaben zusätzlich in ihren Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt.⁶²

Grafik 60: Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen und Risikogruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Gerundete Werte. Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren; außer: Erwerbsmerkmale 18 bis 59 Jahre, Bildung 16 bis 59 Jahre, Dauer der Arbeitslosigkeit 20 bis 59 Jahre. Sonstige nicht Erwerbstätige: nicht in Pension und nicht arbeitslos. Haushalte mit Pension: Altersleistungen machen mehr als 50% des gesamten Haushaltseinkommens aus. Haushalte mit behinderten Personen: Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens seit mindestens einem halben Jahr hat. MPH=Mehrpersonenhaushalt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Lesehilfe: Die Quote der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität (an allen Personen bis 59 Jahren) macht im Durchschnitt 9% aus, für Personen in Ein-Eltern-Haushalten macht sie 27% aus und liegt damit über dem Durchschnitt.

⁶² Pflege und Betreuung von nicht im Haushalt lebenden Personen werden in EU-SILC nicht erfasst und können daher hier nicht berücksichtigt werden.

Keine bzw. eine geringe Erwerbseinbindung ist vielfach mit Armutsgefährdung und einer massiven materiellen Einschränkung verbunden. Etwas mehr als die Hälfte aller Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedrigen Erwerbsintensität ist gleichzeitig armutsgefährdet, während es in Haushalten mit mittlerer oder hoher Erwerbsbeteiligung 10% sind. Ohne Sozialleistungen und Pensionen wären es sogar 94% bzw. ohne Sozialtransfer 82%. Personen in Haushalten mit keiner oder niedriger Erwerbsintensität bestreiten dabei zu einem hohen Anteil ihr Einkommen aus Sozialleistungen. Für 73% sind diese die Haupteinkommensquelle, werden Pensionen noch dazugezählt sind es insgesamt 88%, die ihr Einkommen hauptsächlich aus Sozialtransfers und Pensionen beziehen. Niedrige Erwerbsbeteiligung schlägt sich aber nicht nur im Einkommen, sondern auch im materiellen Lebensstandard nieder: 19% der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität sind erheblich materiell depriviert. Dies ist weniger als noch für EU-SILC 2013 berichtet⁶³ und könnte mit der insgesamt gestiegenen Zahl an Personen in Haushalten mit keiner oder geringer Erwerbsintensität zusammenhängen. Jene, die in Haushalten mit mittlerer und hoher Erwerbsbeteiligung leben, können lediglich zu 3% die Kriterien des europäischen Mindestlebensstandards nicht erfüllen.

Tabelle 12: Armutsgefährdung und materielle Deprivation in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität und in übrigen Haushalten

Von den Personen	...in Haushalten mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität	...in Haushalten mit mittlerer oder hoher Erwerbsintensität
sind armutsgefährdet (in %)	54	10
vor Sozialtransfers	82	22
vor Sozialtransfers und Pensionen	94	25
sind erheblich materiell depriviert (in %)	19	3

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Nur Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren.

3.4.3 Erwerbsbeteiligung von Frauen

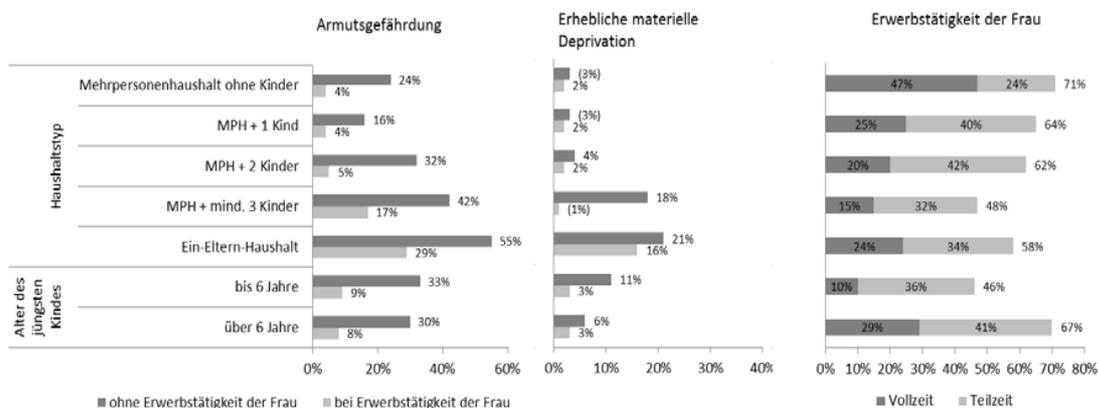
Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat eine deutlich positive Wirkung hinsichtlich des Risikos, von Armutsrisiken betroffen zu sein. Gehen Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, zeigen sich für die Personen ihrer Haushalte geringere Armutsgefährdungsquoten sowie niedrigere Quoten der erheblichen materiellen Deprivation in allen den hier betrachteten Haushaltsformen. So sind Kinder und deren alleinerziehende Mütter ohne Erwerbstätigkeit zu 55% armutsgefährdet und zu 21% mit erheblicher materieller Deprivation konfrontiert, bei einer aufrechten Erwerbstätigkeit der Frauen sind es mit 29% Armutsgefährdung und 16% erheblicher materieller Deprivation wesentlich weniger Personen. Nichtsdestotrotz sind Personen in Ein-Eltern-Haushalten aber auch bei einer Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit der alleinerziehenden Mutter noch stärker mit Armutsrisiken konfrontiert als die Bevölkerung Österreichs insgesamt (Armutsgefährdung: 14%, erhebliche materielle Deprivation: 4%).

Ob bzw. in welchem Ausmaß Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird in vielen Fällen noch durch Betreuungs- und Versorgungspflichten dominiert. Ein fehlendes Angebot an familienkompatiblen Arbeitsplätzen ist ein weiterer Grund dafür, warum die Erwerbsbiographien vieler Frauen durch geringere Erwerbsbeteiligung, Unterbrechungen oder Teilzeitbeschäftigung gekennzeichnet sind. Wesentlichen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Müttern hat die Anzahl und das Alter der Kinder: Während in Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind 64% der Frauen erwerbstätig sind, sind es bei zwei Kindern 62% und bei drei Kindern nur mehr 48%. 46% aller Frauen, deren jüngstes Kind höchstens sechs Jahre alt ist, gehen einer bezahlten Erwerbsarbeit nach, ist das jüngste

⁶³ 28% der Personen mit niedriger Erwerbsbeteiligung waren auch erheblicher materieller Deprivation ausgesetzt, vgl. Lamei et al 2014b: 360.

Kind bereits im Schulalter (also mindestens sechs Jahre alt), sind es 67%. Besonders deutlich zeigen sich diese Trends, wenn Vollzeitbeschäftigung betrachtet wird: Nur jede zehnte Frau mit einem Kind unter sechs Jahren geht einer Vollzeitbeschäftigung nach, bei Frauen, deren jüngstes Kind mindestens sechs Jahre alt ist, sind es aber bereits 29%.

Grafik 61: Armutsgefährdung und erhebliche materielle Deprivation nach Erwerbstätigkeit von Frauen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Nur Mehrpersonenhaushalte, in denen mindestens eine Frau von 20 bis 64 Jahren lebt. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Aus diesen Analysen geht hervor, dass Maßnahmen, die die Einbindung in den Arbeitsmarkt fördern – neben der Unterstützung durch Sozialleistungen und Pensionen – für die Reduktion des Armutsrisikos und damit der Verringerung der Sozialzielgruppe der Europa 2020-Strategie entscheidend sind. Dazu können Maßnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung, der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Betreuungsarbeit oder die Förderung älterer Erwerbstätiger, um einen längeren Verbleib im Erwerbsleben zu ermöglichen, gehören.

4. MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG ALS KENNZEICHEN BESONDERER SOZIALER BENACHTEILIGUNG

Die theoretische Konzeption von Armut kann auf zwei Arten erfolgen: indirekt über die vorhandenen Ressourcen oder direkt über eine Festlegung von deprivierten Lebenslagen. Beim ersten Ansatz wird meist das Einkommen in den Vordergrund gestellt, ohne jedoch zu berücksichtigen, dass das Einkommen je nach Lebenslage unterschiedliche Wirkung hat. Der zweite Ansatz fokussiert auf die Folgen der Ressourcen, die einer Person oder einem Haushalt zur Verfügung stehen. Beide Ansätze haben ihre Berechtigung und gleichzeitig einige Schwächen. Eine parallele Berücksichtigung ist wünschenswert, aber auch in der statistischen Erfassung und in der Kommunikation der Ergebnisse anspruchsvoller.⁶⁴

Berechnungen für einen kombinierten Indikator aus knappen finanziellen Ressourcen und einem Mangel an bestimmten gesellschaftlichen Standards fanden in Österreich bereits mit der Vorgängererhebung von EU-SILC, dem ab 1995 durchgeführten europäischen Haushaltspanel (ECHP) statt. Dieser Indikator wurde mit „akuter Armut“ benannt (Steiner/Giorgi 1997: 181). Mit EU-SILC wurde ab 2003 zunächst mit der „verfestigten Armut“ ein verwandtes, jedoch in den beachteten Dimensionen (Lebensführung, Ausstattung, Gesundheit, Wohnen) erheblich erweitertes Konzept verfolgt (vgl. Lamei/Till-Tentschert 2005). Nach einer Validierungsstudie der Merkmale für eine deprivierte Lebenslage in Österreich (vgl. Till-Tentschert/Weiss 2008) wurde diese „finanzielle Deprivation“ nach österreichischer Definition – bestehend aus sieben Indikatoren zu Gütern und Grundbedürfnissen, von denen mindestens zwei nicht leistbar sein müssen – mit Armutsgefährdung im Indikator „manifeste Armut“ kombiniert.

Auch die europäische Politik hat in der „Strategie Europa 2020“ die Notwendigkeit weiterer Indikatoren für soziale Ausgrenzung, welche über das Ungleichheitsmaß „Armutsgefährdung“ – einer relativen Definition – hinausgehen, erkannt (vgl. Europäische Kommission 2010). Nicht-monetäre Deprivationsindikatoren sowie ein Indikator für das Erwerbsausmaß des Haushalts ergänzen seither die Einkommenssicht (siehe bereits Kapitel 2.1).⁶⁵ Damit wird nun auch auf europäischer Ebene dem Umstand Rechnung getragen, dass Armut und soziale Ausgrenzung ein multidimensionales Phänomen ist und aus einer Vielfalt von benachteiligten Situationen heraus entstehen kann.

Nichtsdestotrotz wird über Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung (bzw. manifeste Armut) bislang nicht auf europäischer Ebene berichtet, da kein derartiger Indikator politisch definiert ist. Dieses Kapitel sieht sich daher ergänzend zur Berichterstattung der Strategie Europa 2020. Denn wesentlich für das Verständnis von sozialer Ausgrenzung ist auch das Sichtbarmachen spezifischer Lebenslagen, die sich in einer Singularität bzw. Überschneidung von Problemlagen manifestieren. Der Indikator Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung kombiniert die drei im europäischen Konsens ausgewählten Sichtweisen auf soziale Ausgrenzung – Einkommen, Deprivation und Erwerbslosigkeit – und zählt all jene Personen, die gleichzeitig in mindestens zwei der drei Merkmale Benachteiligungen aufweisen.⁶⁶

Um etwas über diejenigen zu erfahren, die auf Grund ihrer multiplen Ausgrenzungsmerkmale im Kern der Armut vermutet werden müssen, wird im vorliegenden Abschnitt der Begriff der „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung“ verwendet. Es soll den Fragen nachgegangen werden,

⁶⁴ Zu einer Diskussion der unterschiedlichen Konzepte und der Möglichkeiten ihrer statistischen Umsetzung vgl. Lamei/Till-Tentschert 2005.

⁶⁵ Daten für diesen Indikator „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung“ und damit auch für die „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung“ liegen ab 2008 in vergleichbarer Art vor (vgl. Statistik Austria 2014a).

⁶⁶ Damit konsistent wurde mit der letzten Revision der Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich die bisherige nationale Definition für manifeste Armut (=Armutsgefährdung und Deprivation nach nationalen Kriterien) durch EU-Kriterien ersetzt. Der vom Beirat der Nationalen Eingliederungsindikatoren beschlossene Indikator nutzt nun zu Gunsten von Vergleichbarkeit und Transparenz ausschließlich die nach EU-Definition festgelegten Merkmale der Sozialzielgruppe. Die im Zusammenhang mit den nationalen Eingliederungsindikatoren als „manifest arm“ bezeichnete Gruppe ist synonym mit Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung (vgl. Till et al 2015).

in welchen Zusammenhängen mehrfache soziale Benachteiligung entstehen kann, wer die betroffenen Personengruppen sind und wie sie leben. Die Darstellung zielt nicht darauf ab, Personen, die „nur“ in einer der Dimensionen benachteiligt sind, ihre Armutslage abzusprechen – vielmehr lassen sich in gewissem Ausmaß Abstufungen zeigen, die deren unterschiedliche Intensität belegen können.

Wie zuvor gezeigt (vgl. Grafik 46), sind 2014 74% der 1.609.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten von ausschließlich einem der drei definierten Bereiche – Armutsgefährdung, erhebliche materielle Deprivation oder keine bzw. geringe Erwerbseinbindung – betroffen. Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung bezeichnet eine Lebenssituation, in der ein Mensch mindestens zwei der genannten Kriterien gleichzeitig aufweist. Hier ist von einer besonders starken sozialen Benachteiligung auszugehen. 414.000 Personen – 26% der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung – sind 2014 dieser Gruppe zuzuordnen. Bezogen auf die Bevölkerung insgesamt machen Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete knapp 5% aus.

4.1 WER SIND DIE MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETEN?

4.1.1 Soziodemographische Zusammensetzung

Über die Häufigkeiten der verschiedenen Kombinationen der Merkmale der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung wurde bereits im Kapitel 3.1.2 informiert. Den größten Überschneidungsbereich gibt es zwischen Armutsgefährdung und Leben in Haushalten mit geringer oder keiner Erwerbstätigkeit (und ohne erhebliche materielle Deprivation) – diese Gruppe macht 234.000 Personen oder 57% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten aus. Die kleinste Überlappung von Europa 2020-Indikatoren besteht bei Erwerbslosigkeit und Deprivation (ohne Armutsgefährdung) mit 28.000 Personen oder 7%. Häufiger sind sogar jene, für die alle drei Indikatoren der Ausgrenzungsgefährdung zutreffen (83.000 Personen oder 20%). Dabei ist immer zu bedenken, dass auf Grund der Beschränkung des Indikators „Leben in einem Haushalt mit geringer oder keiner Erwerbstätigkeit“ auf unter 60-Jährige die Kombinationsmöglichkeiten der Indikatoren untereinander unterschiedliche Relevanz haben.⁶⁷

Die 414.000 Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten setzen sich aus 120.000 Kindern und Jugendlichen unter 20 Jahren, 130.000 Männern und 164.000 Frauen zusammen. Vergleicht man den Anteil der Kinder an den Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten (29%) mit jenem Anteil, den sie am breiteren Kreis der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten haben (25%), fällt eine höhere Betroffenheit in dieser multiplen Gefährdungslage auf. Auch für Familien mit Kindern – 209.000 Personen in Haushalten mit Kindern sind mehrfach-ausgrenzungsgefährdet – ist der Anteil an den Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten (50%) höher als an den überhaupt Ausgrenzungsgefährdeten (45%). Insgesamt machen Familien mit Kindern 47% der Bevölkerung aus, das Risiko (mehrfach-)ausgrenzungsgefährdet zu sein, unterscheidet sich aber zwischen den einzelnen Familientypen (vgl. dazu auch Grafik 62).

4.1.2 Risikofaktoren für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung

Vergleicht man die Risiken für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung mit jenen für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, fällt auf:

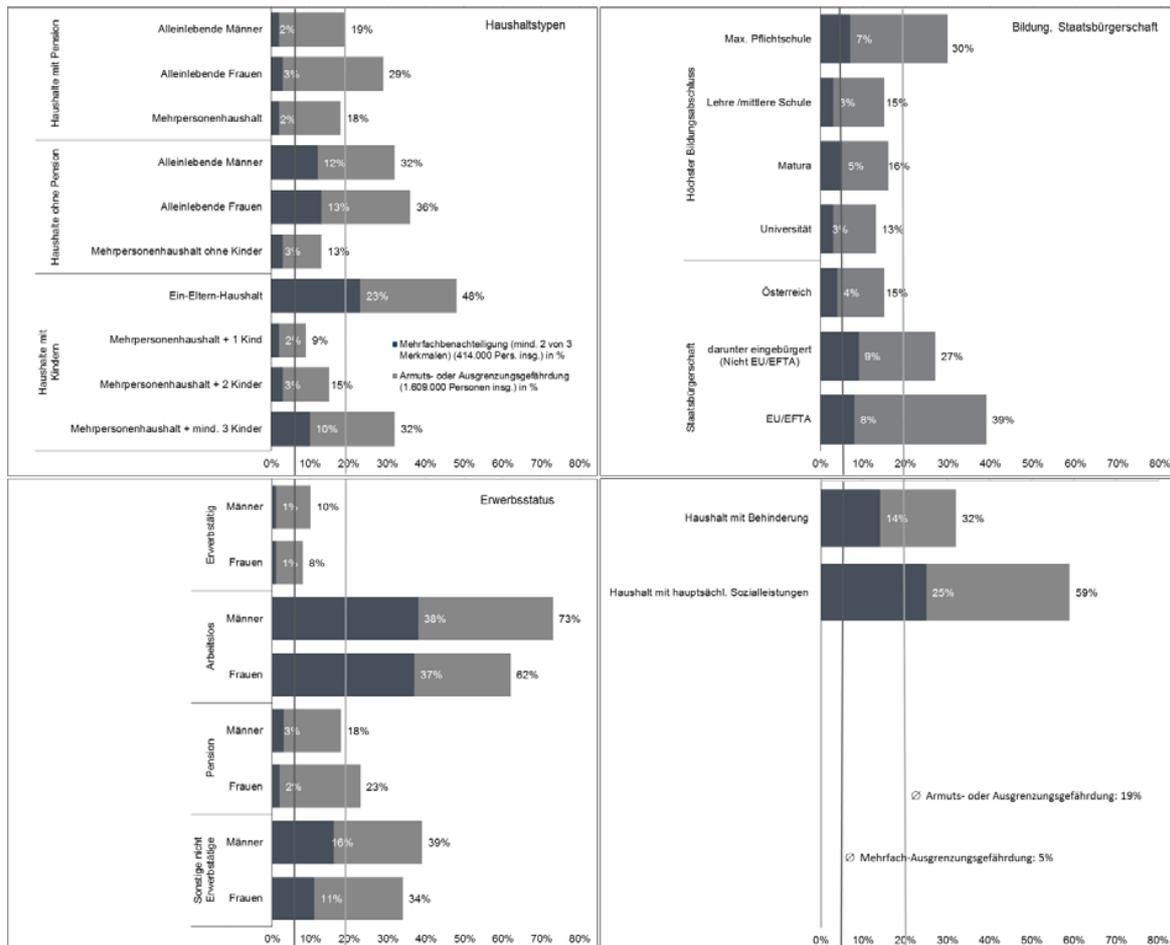
Erstens sind es oft die gleichen Gruppen, die ein erhöhtes Risiko haben, mehrfach benachteiligt, sowie grundsätzlich von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen zu sein. Deutlich überdurchschnittlich, das heißt mehr als doppelt so häufig wie im Durchschnitt der Bevölkerung (5%) mehrfach benachteiligt sind: alleinlebende Männer und Frauen in Haushalten ohne Pension (12% bzw. 13%), Personen in Ein-Eltern-Haushalten (23%) oder Personen in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (10%).

Per Definitionem – da Leben in Erwerbslosenhaushalten eines der Kennzeichen der Ausgrenzungsgefährdung ist – werden Arbeitslose (Männer 38%, Frauen 37%) oder aus anderen Gründen Nicht-Erwerbstätige (Männer 16%, Frauen 11%) erheblich häufiger als mehrfach-ausgrenzungsgefährdet ausgewiesen.

Umgekehrt sind alleinlebende Pensionistinnen, die mit 29% ein sehr hohes relatives Risiko der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung haben, seltener mehrfach-gefährdet. Der Grund dafür ist, dass für sie Einkommensarmut eine große Gefahr darstellt, aber in der Überschneidung der drei Indikatoren auf Grund des Nicht-Zutreffens des Kriteriums „Erwerbslosigkeit“ keine besondere Benachteiligung sichtbar wird. Dies zeigt, dass für die Einschätzung des Mehrfach-Ausgrenzungsrisikos die Relevanz der drei Einzel-Indikatoren für die jeweilige Gruppe immer mitbedacht werden sollte.

⁶⁷ siehe dazu auch im folgenden Abschnitt.

Grafik 62: (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdung: Besonders betroffene Gruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Erwerbsmerkmale ab 18 Jahren, Bildung ab 16 Jahren. Gerundete Werte. Haushalte mit Pension: Altersleistungen machen mehr als 50% des gesamten Haushaltseinkommens aus. Haushalte mit Behinderung: Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter (20-64 Jahre) eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens seit mindestens einem halben Jahr hat. Haushalte mit Sozialleistungen: Haupteinkommensquelle des Haushalts (=größter Anteil am Haushaltseinkommen) sind Sozialleistungen, ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Lesehilfe: Die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (helle Balken) macht im Durchschnitt 19% aus, für alleinlebende Frauen (in Haushalten mit Pension) macht sie 29% aus und liegt damit über dem Durchschnitt. Die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung (also die Betroffenheit in mindestens zwei der drei Bereiche, dunkle Balken) macht im Durchschnitt knapp 5% aus, für alleinlebende Frauen (in Haushalten mit Pension) macht sie 3% aus und liegt damit unter dem Durchschnitt.

4.1.3 Entwicklung der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung ist über die letzten Jahre hinweg ein relativ stabiles Phänomen. Seit 2008 – dem Beginn der Berechnung des Indikators Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach einheitlicher Methodik – ist der Anteil der in mehreren Dimensionen betroffenen Personen mit 5% und ca. 400.000 Personen annähernd gleichbleibend. Einzig im Jahr 2009 ging er auf 361.000 Personen bzw. 4,4% Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete zurück. Das Sinken der Zahl der insgesamt Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten ist somit ausschließlich auf Personen, die in einem Merkmal als ausgrenzungsgefährdet gekennzeichnet sind, zurückzuführen. Ihr Anteil hat sich von 1.288.000 Personen im Jahr 2008 um knapp 100.000 Personen auf zuletzt 1.195.000 Personen reduziert.

Da es insgesamt nur geringe Veränderungen in Bezug auf Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung gab, stechen jene Bevölkerungsgruppen besonders hervor, bei denen sich stärkere Bewegungen nachweisen lassen:⁶⁸

- Bei Männern lag die Quote der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung mit Ausnahme eines deutlich niedrigeren Wertes von 4% im Jahr 2009 jeweils knapp unter 5%, während sie bei Frauen bis zum Jahr 2012 jeweils knapp über 5% lag. 2013 war Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung für Frauen erstmals auf gleichem Niveau wie für Männer. 2014 liegt sie wieder bei über 5% und damit über der Quote der Männer. Die Entwicklung bei Männern und Frauen weist somit über die Jahre durchaus Unterschiede auf. Ebenso zeigen sich nur für manche Haushaltstypen größere Schwankungen im Mehrfach-Ausgrenzungsrisiko:

- In Pensionistenhaushalten ist die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung seit 2008 kontinuierlich gesunken: das Risiko von zwei oder mehr Kriterien betroffen zu sein hat sich von knapp 4% auf unter 2% halbiert.

- Deutlich verschlechtert hat sich hingegen die Situation bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Hier hat sich die Quote der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung von 6% im Jahr 2008 auf 13% im Jahr 2013 erhöht – allerdings ist das auch eine der wenigen Gruppen, für die zwischen 2013 und 2014 wieder ein Rückgang (auf 10%) festgestellt werden konnte. Ausschlaggebend dürfte zunächst die Verringerung der Erwerbsintensität dieser Bevölkerungsgruppe sein, denn die Zahl der Personen in nahezu erwerbslosen Haushalten hat sich zwischen 2008 und 2013 bzw. 2014 verdreifacht (von 3% auf 9%). Zuletzt hat sich vor allem die Lage hinsichtlich der Deprivation wieder etwas gebessert.

- Alleinerziehende und ihre Kinder haben, wie Grafik 62 zeigt, das höchste Risiko mehrfacher Benachteiligungen. Für sie gab es in den letzten Jahren einen positiven Trend, wenn auch auf sehr hohem Niveau (2008: 22%, 2013: 16%). Für das Jahr 2014 muss wieder ein Anstieg auf 23% berichtet werden. Es haben sich sowohl die Armutsgefährdung als auch die Erwerbslosigkeit verglichen zum Vorjahr erhöht.

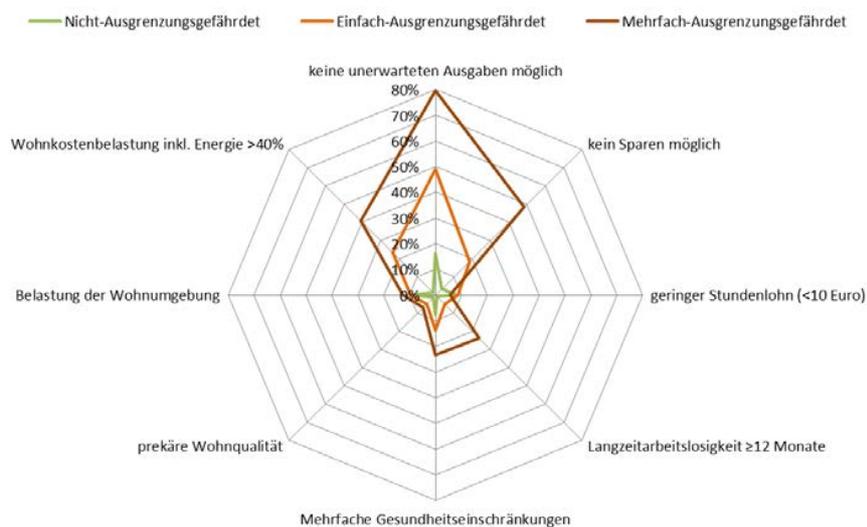
⁶⁸ Für Entwicklungen bis einschließlich 2013 vgl. auch Till et al 2015.

4.2 WIE LEBEN MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDETE PERSONEN?

In der Sozialberichterstattung besteht ein breiter Konsens, dass Armut multidimensional verstanden und operationalisiert werden muss – so wird dies, wie zuvor berichtet, auch auf EU-Ebene im Rahmen des Monitorings des Europa 2020-Sozialziels umgesetzt. Das theoretische Konzept, das dabei vielfach zitiert wird, ist Amartya Sen (2000) Ansatz der Verwirklichungschancen, der sogenannten Capabilities. Dementsprechend haben Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete noch viel mehr als nur singulär von einem Ausgrenzungsmerkmal Betroffene einen Mangel an Chancen, sich ihr Leben gemäß ihren Vorstellungen zu gestalten. Dieser erzwungene Mangel kann in den verschiedensten Dimensionen des Lebens nachgewiesen werden. Er betrifft etwa den Bereich Arbeit und damit die Einkommenschancen sowie die Integration in die Gesellschaft über Erwerbsarbeit. Des Weiteren wird soziale Ausgrenzung auch in nachteiligen Bedingungen des Wohnens, der Wohnumgebung und für Gesundheit sichtbar. Unfreiheit bei Konsumententscheidungen, in der Möglichkeit zu sparen und Probleme mit Zahlungsrückständen treten bei Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten verstärkt auf.

Die folgende Grafik zeigt überblicksmäßig ausgewählte Bereiche der Lebensbedingungen, in denen Personen mit mehrfacher Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung deutlich schlechter abschneiden als Nicht-Ausgrenzungsgefährdete, aber auch als diejenigen, auf die nur eines der drei Merkmale der sozialen Ausgrenzung zutrifft. In den folgenden Abschnitten wird dann auf die Bereiche Einkommen, Wohnen, Konsum, Verschuldung und Sparen sowie Gesundheit näher eingegangen und abschließend die Auswirkung auf die Lebenszufriedenheit untersucht.

Grafik 63: Lebensbedingungen der (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdeten und der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten im Vergleich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Anteil Betroffenheit in Prozent der jeweiligen Ausgrenzungsgefährdungsgruppen. Gesundheit, Langzeitarbeitslosigkeit und geringer Stundenlohn für Personen ab 16 Jahren.

Lesehilfe: Für 80% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten, 49% der Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten und 16% der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten ist es nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.

4.2.1 Einkommen

Im Mittel haben Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete ein Jahreseinkommen (Äquivalenzeinkommen) von 10.531 Euro – ein Wert deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle (13.926 Euro). Fast alle Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten sind armutsgefährdet und entweder materiell erheblich depriviert oder erwerbslos. Die Kombination von Erwerbslosigkeit und Deprivation ohne Armutsgefährdung ist eher selten und trifft auf nur 7% aller Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten zu, die daher in die Gruppe der mittleren Einkommen fallen. Die Trennschärfe des Indikators Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung zeigt sich auch daran, dass der Anteil der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten bei den Beziehenden hoher Einkommen Null ist.

Annähernd ein Viertel der erwachsenen Personen in mehrfach-ausgrenzungsgefährdeten Haushalten sind Langzeitarbeitslose. Erwerbslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, führt oft zu einer ökonomischen Situation, die durch Armutsgefährdung oder materielle Deprivation – oft auch beides – geprägt ist. Dass Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung vorwiegend ein Problem von geringer Erwerbsintensität und damit niedrigem Einkommen im Haushalt, aber nicht immer von niedrigem individuellem Erwerbseinkommen ist, zeigt sich im Indikator „geringer Stundenlohn“: Bruttostundenlöhne unter 10 Euro sind bei Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten oder Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten sogar häufiger als bei Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten.

Vielfach sind mehrfach-ausgrenzungsgefährdete Haushalte von Sozialleistungen abhängig, die nur einen bescheidenen Lebensstil ermöglichen. Sozialtransfers wie beispielsweise Arbeitslosenleistungen oder Familienbeihilfen machen in Summe einen Anteil von 70% des Einkommens in solchen Haushalten aus. Bei Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten ist der Sozialleistungsanteil mit unter einem Drittel wesentlich niedriger. Im Durchschnitt über alle Haushalte machen Sozialleistungen (ohne Pensionen) 13% des Gesamteinkommensvolumens aus, in nicht-ausgrenzungsgefährdeten Haushalten 10%. Erwerbseinkommen spielen gleich wie Pensionen eine untergeordnete Rolle für den Lebensstandard von Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten.⁶⁹ Private Einkommen – darunter fallen u.a. Unterhaltsleistungen von außerhalb des Haushalts lebenden Personen und sonstige Privattransfers – sind vom Volumen her ebenfalls eher unbedeutend, spielen aber eine wichtigere Rolle als in nicht durch Ausgrenzungsgefährdung gekennzeichneten Haushalten.

⁶⁹ Es sei jedoch nochmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Indikator „Leben in Haushalt mit keiner/sehr niedriger Erwerbsintensität“ nur für die unter 60-Jährigen definiert ist und daher ältere Menschen eine geringere Chance haben, als mehrfach-ausgrenzungsgefährdet zu gelten (da nur zwei der drei Indikatoren auf sie zutreffen können).

Tabelle 13: Einkommenssituation nach Einfach-/Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung und für Nicht-Ausgrenzungsgefährdete

	Nicht-Ausgrenzungsgefährdet	Einfach-Ausgrenzungsgefährdet	Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdet
Personen	6.794	1.195	414
Median des Äquivalenzeinkommens in EUR	25.381	12.753	11.219
Arithm. Mittel des Äquivalenzeinkommens in EUR	28.977	15.005	10.531
Einkommensgruppen (in % des Medians des Äquivalenzeinkommens), Anteil der Personen in %			
Niedrig (<60% des Medians)	100	100	100
Mittel (60% bis <180% des Medians)	0	67	93
Hoch (≥180%)	88	31	7
	12	2	0
Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen in %			
Unselbständige Arbeit	100	100	100
Selbständige Arbeit	59	34	14
Sozialleistungen	9	6	2
Pensionen	10	30	70
Private Einkommen	18	23	8
	4	7	7
Bezug von bedarfsorientierten Sozialleistungen, Anteil Beziehende in %			
Bedarfsorientierte Mindestsicherung	1	6	16
Dauerleistungen der Sozialhilfe	1	2	13
Einmalige Unterstützungen der Sozialhilfe	0	2	7
Zuschüsse zu Wohnkosten	2	16	29
Familienleistung von Land oder Gemeinde	1	1	1
Bildungsleistungen von Land oder Gemeinde	2	5	3

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Einkommensgruppen in % des Medians des Äquivalenzeinkommens: Niedrig <60%, mittel 60% bis <180%, hoch ≥180%.

Lesehilfe: Das äquivalisierte Haushaltseinkommen der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten beträgt im Mittel für das Jahr 2013 11.219 Euro. 93% von ihnen leben in Haushalten der niedrigen Einkommensgruppe. 70% ihrer Einkommen stammen im Durchschnitt aus Sozialleistungen. 16% beziehen eine Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Nimmt man speziell die Sozialleistungen in den Blick, die bedarfsgeprüft ausbezahlt werden⁷⁰, sieht man deren wesentliche Bedeutung für mehrfach-ausgrenzungsgefährdete Haushalte: 16% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten beziehen in ihrem Haushalt eine Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS), von den Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten sind es 6%.

Eine alternative Analyse zu den besonders von Armut betroffenen Personen könnte daher statt auf die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung nach europäisch festgelegten Standards auch auf die BMS-Beziehenden fokussieren. Sie können entsprechend den Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr aus eigener Kraft für ihren Lebensunterhalt aufkommen und verfügen über kein relevantes Vermögen. Im Jahr 2013 wurden 238.400 Personen mittels BMS unterstützt.⁷¹

Von großer Bedeutung für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete ist auch die dauerhafte bzw. einmalige Unterstützung der Sozialhilfe oder Hilfe in besonderen Lebenslagen. 13% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten beziehen dauerhaft Sozialhilfe, 7% fallweise.⁷² In einfach-ausgrenzungsgefährdeten Haushalten ist diese Leistung wesentlich unbedeutender (2% Beziehende).

⁷⁰ Bei jenen hier angeführten Leistungen ist zu beachten, dass – im Gegensatz zu Sozialleistungen des Bundes – von den Ländern keine Verwaltungsdaten zur Verfügung gestellt werden und daher die Angaben durch die Befragten selbst gemacht werden.

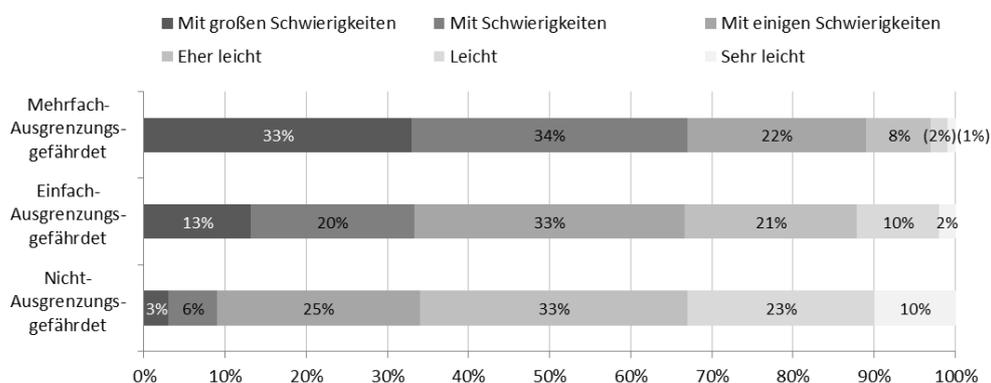
⁷¹ Vgl. BMASK 2014: 181

⁷² Mit der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist der Begriff der Sozialhilfe zwar unbedeutender geworden, aber nicht zur Gänze abgeschafft worden. Er existiert in der Gesetzgebung mancher Länder weiter parallel. Siehe dazu: <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/169/Seite.1693914.html> (Abgerufen am 30.4.2015).

Wohnen und die damit verbundenen Ausgaben sind bei Vorliegen von Erwerbslosigkeit, Armutsgefährdung und Deprivation ein zentrales Problem: Über ein Viertel der Personen, auf die zwei oder drei der Benachteiligungslagen zutreffen, kann seine Wohnkosten nur mit Hilfe von Zuschüssen von Land oder Gemeinde (Wohnbeihilfe, Mietzinsbeihilfe, Heizkostenzuschuss⁷³) begleichen. Aber auch für 16% der Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten stellen diese Zahlungen einen wichtigen Teil des Haushaltsbudgets dar.

Weitere Sozialleistungen aus Hand der Länder oder Gemeinden, die bedarfsgebunden vergeben werden können, sind Familienleistungen wie Familienzuschüsse oder Kleinkindbeihilfen⁷⁴ sowie Bildungsleistungen⁷⁵. Letztere zählen zu den seltener bezogenen Leistungen und haben für einfach-ausgrenzungsgefährdete Haushalte eine etwas größere Bedeutung als für mehrfach-ausgrenzungsgefährdete. Grund dafür kann der Ausschluss von einzelnen derartigen Leistungen sein, wenn bereits Bedarfsorientierte Mindestsicherung oder andere als diese Bereiche abdeckend eingestufte Leistungen bezogen werden.

Grafik 64: Einschätzung der eigenen finanziellen Kapazität



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Betrachtet man die Frage zum Auskommen mit dem Haushaltseinkommen, offenbart sich eine negative Sicht der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten auf die eigenen Finanzen. 33% kommen mit großen Schwierigkeiten aus, in Summe berichten 89% von Schwierigkeiten. Vorwiegend positiv ist die Einschätzung der nicht von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppe: zwei Drittel geben an, sie kämen eher leicht bis sehr leicht mit ihrem Haushaltseinkommen aus. Da auch bei den Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten 34% das Auskommen mit ihrem Haushaltseinkommen als schwierig einstufen, bestätigt sich hier, dass es nicht nur auf die Einkommen, sondern auch auf die Struktur und Höhe der Ausgaben ankommt. Dies soll jedoch nicht die prekäre Situation der (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdeten relativieren: Die Daten zeigen, dass bei angespannter finanzieller Situation zunächst auf Ausgaben verzichtet wird, die als weniger relevant eingestuft werden (u.a. Freizeitaktivitäten, Urlaub, Bekleidung), um ein Wirtschaften mit dem geringen Einkommen zu ermöglichen (vgl. Kapitel 2.4).

Befragt nach der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation ihres Haushalts stufen sich Nicht-Ausgrenzungsgefährdete auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“) mit einem Wert von 7,3 vor Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten (5,6) im positiven Bereich ein, während Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,0 deutlich unzufriedener sind.

⁷³ Nicht Wohnbauförderung

⁷⁴ Nicht dazu zählen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatliche Unterhaltsvorschüsse

⁷⁵ z.B. finanzielle Unterstützung zu Schulbeginn, Bildungsförderung, Stipendien vom Bundesland

In den folgenden Abschnitten wird gezeigt, dass die Mittel vielfach unzureichend sind und ein „normaler“ Lebensstandard für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete oft nicht gewährleistet ist.

4.2.2 Wohnen

Mit geringem Einkommen, in deprivierten Lebenslagen und ohne Job bzw. in unsicheren Arbeitsverhältnissen sind die Möglichkeiten, Wohneigentum zu erwerben, gering. Dementsprechend treffen Wohnkosten verstärkt ausgrenzungsgefährdete Bevölkerungsgruppen – auch wenn diese vielfach in geförderten Wohnungen leben. Auch die Qualität der Wohnungen und letztendlich die Zufriedenheit mit dem Wohnen sind deutlich unterschiedlich je nach Ausgrenzungsrisiko.

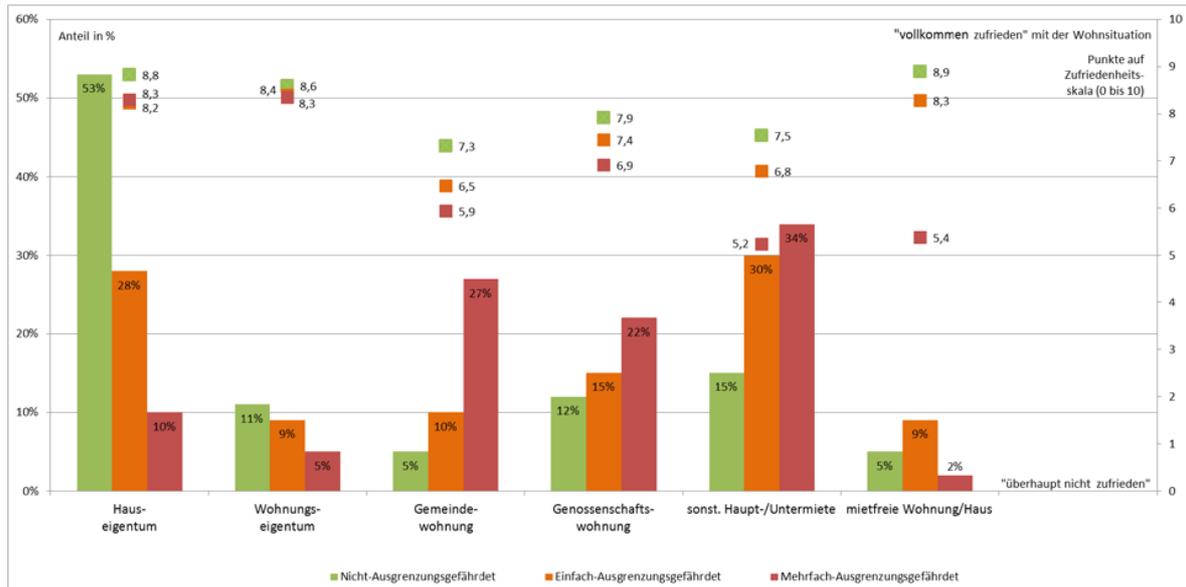
Knapp zwei Drittel der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten wohnen in einem Eigentumshaus oder einer Eigentumswohnung (siehe Grafik 65). Der Anteil an Eigentümern sinkt mit der Intensität der Armutsgefährdung von 36% für Einfach- auf 16% für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete. Die meisten Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten (34%) leben in privaten Mietverhältnissen – diese Wohnform ist mithin die teuerste, was die laufenden Mieten betrifft. Auf der anderen Seite haben auch Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen eine hohe Bedeutung für diese Gruppe. In diesen geförderten Wohnungstypen zusammengenommen lebt etwa die Hälfte der mehrfach Benachteiligten. Personen ohne Gefahr der sozialen Ausgrenzung werden nur zu 15% in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen verzeichnet.

Für 41% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten machten die Wohnkosten inklusive Energiekosten mehr als 40% ihres Einkommens aus. Von den Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten trugen nur 2% und von den Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten 23% eine so hohe Wohnkostenlast.⁷⁶

Mit der mehrfachen Ausgrenzungsgefährdung gehen auch deutliche Nachteile hinsichtlich prekärer Wohnqualität einher (siehe Grafik 63): Während nur 1% der Personen, die nicht ausgrenzungsgefährdet sind, in qualitativ schlechten Wohnungen leben, wohnten 7% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete in Wohnungen ohne Bad und WC, hatten Probleme mit der Bausubstanz (Feuchtigkeit, Schimmel) bzw. mit dunklen Räumen oder verfügten über keine Waschmaschine – wobei mindestens zwei dieser vier Merkmale zutrafen.

⁷⁶ Zur Definition der Wohnkostenbelastung bzw. schlechten Wohnqualität siehe auch Kapitel 2.2.

Grafik 65: Rechtsverhältnis und Wohnzufriedenheit nach Einfach-/Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung und für Nicht-Ausgrenzungsgefährdete



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Die Balken zeigen den Anteil je Rechtsverhältnis und Art der Ausgrenzungsgefährdung in % (Skala links). Die Zufriedenheitswerte (0 = "überhaupt nicht zufrieden" bis 10 "vollkommen zufrieden" mit der Wohnsituation) sind mit den Punkten je nach Ausgrenzungsgefährdung dargestellt (Skala rechts).

Lesehilfe: 34% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten leben in sonstiger Haupt-/Untermiete. Ihre Zufriedenheit mit der Wohnsituation stufen sie durchschnittlich mit 5,2 ein.

Die Wohnzufriedenheit, als subjektive Beurteilung der Gesamtheit der Wohnumstände, zeigt sich deutlich abhängig vor allem vom Rechtsverhältnis, in dem die Menschen leben – siehe Grafik 65. Es wird jedoch auch sichtbar, dass selbst innerhalb einer Kategorie von Eigentum bzw. verschiedenen Mietformen die Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten deutlich unzufriedener sind. Dies spiegelt die objektiv nachweisbaren Nachteile ihrer Wohnsituation.

4.2.3 Konsum, Verschuldung, Sparen

Rückzahlungsprobleme und die Unmöglichkeit, kurzfristig anfallende Zahlungen zu leisten, kennzeichnen die prekäre finanzielle Lage von Niedrigeinkommenshaushalten. Begründet bzw. verschärft wird die Situation oft durch die fehlende Möglichkeit zu sparen, um damit finanzielle Reserven für zukünftige ungeplante Ausgaben zu haben.

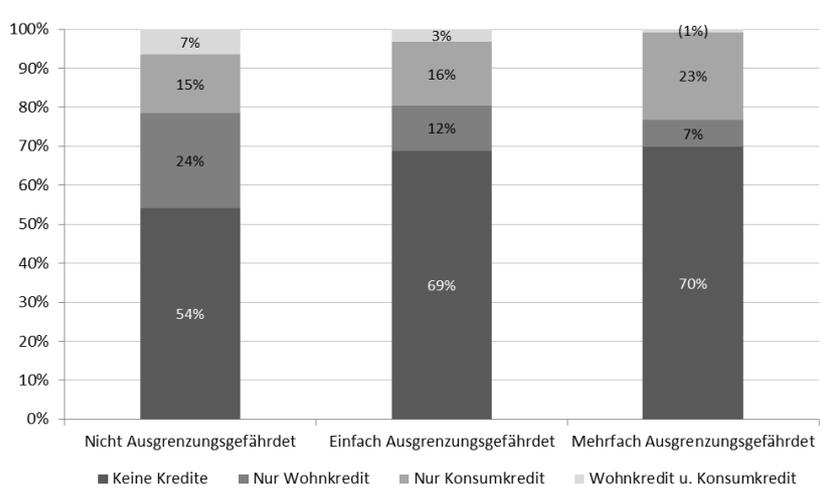
Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete können unerwartete Ausgaben (im Ausmaß von bis zu 1.100 Euro) fünfmal so oft nicht tätigen wie Personen ohne Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko (80% vs. 16%). Auf Grund ihrer angespannten finanziellen Situation ist es der Hälfte der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten nicht möglich, wenigstens 15 Euro pro Monat zur Seite zu legen, bei den Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten sind es nur 3%, die das nicht können. (vgl. Grafik 63).

Oft muss daher kurzfristiger Geldbedarf über Kredite gedeckt werden. Während die Verschuldung von privaten Haushalten per se neutral zu beurteilen ist, stellen Kreditverbindlichkeiten – gemeinsam mit relativ gesehen hohen laufenden Kosten – für finanziell nicht gut abgesicherte Haushalte oft einen Grund für Zahlungsrückstände dar.

Kredite werden in Österreich am häufigsten für das Wohnen aufgenommen: Ein Viertel der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten hat einen oder mehrere Wohnkredite, rechnet man jene mit zusätzlich Konsumkrediten hinzu, sind es knapp ein Drittel. Da der Anteil an Eigentümern bei den Ausgrenzungsgefährdeten wesentlich geringer ist, ist es auch die Belastung mit Wohnkrediten: Nur 12% bzw. 7% haben (ausschließlich) Wohnkredite. Hingegen haben 23%

der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten Schulden für Konsum bzw. sonstige Rückzahlungsverpflichtungen. Diese sind eher kurzfristig und die Beträge niedriger, sie dienen oft der unmittelbaren Finanzierung von Konsum, ohne wie im Fall von Zwischenfinanzierung von Wohneigentum über Kredite langfristig einen Wert zu etablieren.

Grafik 66: Verschuldung nach (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdung



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014. Gerundete Werte. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Zahlungsrückstände bei Krediten, aber auch andere Arten laufender Kosten wie Miete und Betriebskosten (inkl. Mahnspesen, Verzugszinsen) stellen oft eine weitere finanzielle wie auch emotionale Belastung dar: Sie betreffen Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete (31%) ungleich häufiger als Ausgrenzungsgefährdete, auf die nur ein Merkmal zutrifft (17%), oder gar nicht von Ausgrenzungsrisiko betroffene Bevölkerungsgruppen (3%).

4.2.4 Gesundheit

Auch zwischen Gesundheit und Ausgrenzungsrisiko ist ein starker Zusammenhang erkennbar: Während 8% der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten ab 16 Jahren und 14% der Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten gesundheitlich beeinträchtigt waren, trifft dies auf 23% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten zu (vgl. Grafik 63). Somit ist mehr als jede fünfte von multipler Ausgrenzung gefährdete Person in mindestens zwei der drei beobachteten Gesundheitsindikatoren – sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, chronische Krankheit, starke Einschränkung bei Alltagstätigkeiten seit mindestens einem halben Jahr – betroffen. Denkbar sind sowohl gesundheitliche Auswirkungen der Ausgrenzung als auch Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Folge gesundheitlicher Einschränkungen, etwa weil keine Berufstätigkeit ausgeübt werden kann.

Auch die Leistbarkeit von Arztbesuchen und Behandlungen ist selbst in Österreich, wo der Versicherungsschutz sehr viele – aber nicht alle – Menschen umfasst, die öffentliche Versorgung mit Gesundheitsleistungen gut und viele Leistungen prinzipiell frei sind, ein Thema: 4% der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten hatten in ihrem Haushalt in den letzten 12 Monaten den Fall, dass zahn- oder sonstige medizinische Leistungen auf Grund der Kosten nicht in Anspruch genommen wurden. Bei Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten bejahen dies 2%, während die Nicht-Inanspruchnahme aus finanziellen Gründen für nicht-ausgrenzungsgefährdete keine Rolle spielt.⁷⁷

⁷⁷ Weitere Analysen zur Nicht-Inanspruchnahme medizinischer Leistungen siehe z.B. im Beitrag von Lamei et al. im Sozialbericht 2013-2014 (In: BMASK 2014: 326ff) sowie zu Versicherungsschutz und Versorgung in Schenk 2015: 50f.

4.2.5 Zufriedenheit

Lebenszufriedenheit als evaluative Komponente des Wohlbefindens kann als subjektiver Ausdruck des kognitiv basierten Urteils über das eigene Leben aufgefasst werden. Insofern kann über die Lebenszufriedenheit gemessen werden, ob sich die in objektiven Indikatoren gemessenen deutlichen Unterschiede der Lebensbedingungen nach dem Ausgrenzungsrisiko auch in der Beurteilung der Menschen selbst wiederfinden.

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung geht mit niedrigem subjektiven Wohlergehen einher: Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete stufen ihre Lebenszufriedenheit auf der Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“) durchschnittlich mit 5,9 ein. Einfach-Ausgrenzungsgefährdete sind mit einem Wert von 7,2 bereits zufriedener, Personen ohne Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sind im Mittel am zufriedensten mit ihrem Leben (8,0).

4.3 MEHRFACH-AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG: VORÜBERGEHENDER ODER LANGFRISTIGER ZUSTAND?

Die jährliche Betrachtung der Quoten der Ausgrenzungsgefährdung, der absoluten Größe der Sozialzielgruppe und ihrer Entwicklung entspricht einer Perspektive, wie sie für rasch verfügbare politische Kennwerte unerlässlich ist. Für die einzelnen von Armutgefährdung betroffenen Haushalte ist es aber vor allem die Verweildauer in diesem Zustand, der sich im Lebensstandard niederschlägt. Gordon et al (2000) haben nachgewiesen, dass der Lebensstandard eines Haushalts, dessen Einkommen unter die Armutgefährdungsschwelle sinkt, erst allmählich und bei längerfristigem Verbleib auf niedrigem Einkommensniveau fällt. Wenn es noch die Chance gibt, auf Ersparnisse zurückzugreifen, Rücklagen aufzubrechen bzw. zu Krediten zu kommen, können Einkommensverluste für die erste Zeit abgefedert werden.

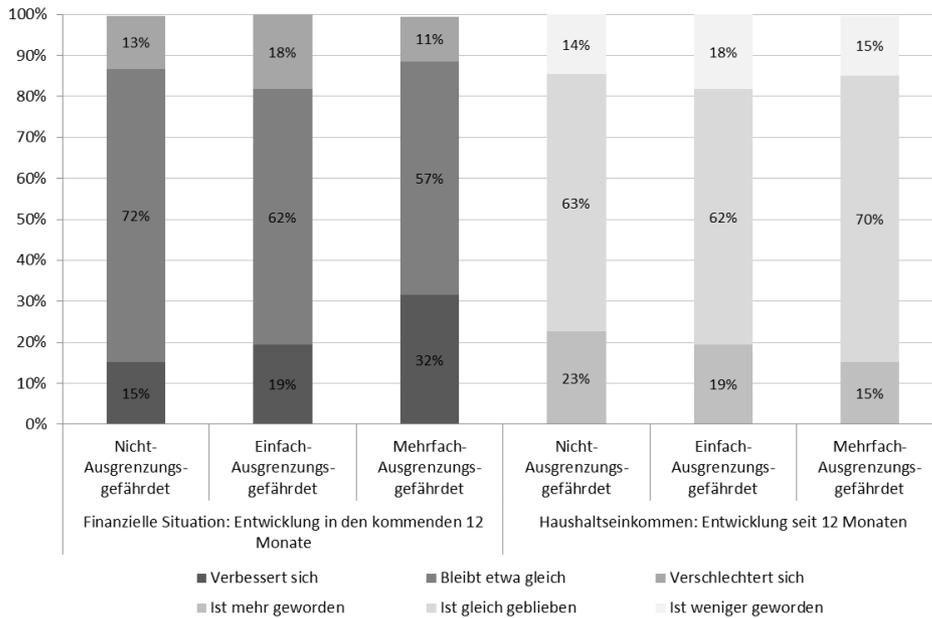
Es wurde bereits nachgewiesen, dass Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten gerade diese Möglichkeiten, Ersparnisse zu konsumieren, sehr oft fehlen. Dies unterstützt die These, dass sich Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung eher verfestigt denn vorübergehend ist.

13% der Bevölkerung waren sowohl im Jahr 2014 als auch im Vorjahr armuts- oder ausgrenzungsgefährdet – d.h. etwa zwei Drittel bzw. 1.105.000 der insgesamt 1.609.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten aus dem Jahr 2014 waren das schon ein Jahr zuvor oder sogar länger.

Für eine Untergruppe dieser verfestigt Ausgrenzungsgefährdeten ist von besonders starker sozialer Benachteiligung auszugehen – dann nämlich, wenn Dauerhaftigkeit und Mehrfachbenachteiligung zusammentreffen: 3% der Bevölkerung waren 2014 bereits über mindestens zwei Jahre mehrfach-ausgrenzungsgefährdet. Das sind 247.000 Personen. Der Anteil der verfestigt Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten an allen Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten (414.000) macht 60% aus. Demnach kann die These, dass ein Verbleib in Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung wahrscheinlicher ist als eine Verbesserung in Einfach- oder Nicht-Ausgrenzungsgefährdung, bestätigt werden.

Vergleicht man diese Zahlen über die Persistenz der (Mehrfach-)Ausgrenzungsgefährdung mit den für die Vergangenheit wahrgenommenen und die Zukunft erwarteten Veränderungen des Haushaltseinkommens seitens der Befragten, sieht man Folgendes: Befragt nach der Entwicklung ihres Haushaltseinkommens in den letzten 12 Monaten gaben 70% der Personen in mehrfach-ausgrenzungsgefährdeten Haushalten an, es sei gleich geblieben. Für jeweils 15% waren Verbesserungen bzw. Verschlechterungen wahrnehmbar. Etwa gleich groß ist der Prozentsatz der subjektiven Wahrnehmung einer verschlechterten Einkommenssituation auch bei Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten – allerdings, wie in Abschnitt 4.2.1 gezeigt, von einem weit höheren Ausgangsniveau des Haushaltseinkommens. Bei ihnen ist mit 23% aber auch häufiger eine Zunahme des Haushaltseinkommens festzustellen. In gewissem Widerspruch zur vergangenen Entwicklung und den Daten zur Persistenz der Ausgrenzungsgefährdung stehen hingegen die Erwartungen, die vor allem für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete hoch sind: Knapp zwei Drittel glauben, dass sich ihre finanzielle Situation in den kommenden 12 Monaten verbessern wird.

Grafik 67: Wahrgenommene und erwartete Entwicklung des Haushaltseinkommens für Einfach-/Mehrfach- bzw. Nicht-Ausgrenzungsgefährdete



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2014.

Diese Analysen zeigen, dass nur unzureichend Möglichkeiten, um aus dem Zustand mehrfacher sozialer Benachteiligung herauszukommen, vorhanden sind. Die in diesem Abschnitt für Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete nachgewiesenen benachteiligten Lebenslagen sind daher im Hinblick auf deren Persistenz umso kritischer zu beurteilen.

5. LITERATUR

- Albacete, N./ Schürz, M. (2013). Vergleich der Einkommensmessung für Haushalte in Österreich: HFCS versus EU-SILC. In: Statistiken - Daten und Analysen, Q2-13, S. 88-98.
- Altzinger, W./ Lamei, N./ Rimplmaier, B./ Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten 1/2013, S. 48-62.
- Bacher, J. (2005). Bildungsungleichheit und Bildungsbenachteiligung im weiterführenden Schulsystem Österreichs — Eine Sekundäranalyse der PISA2000-Erhebung/Johann Bacher. In: SWS-Rundschau, Jg. 45, S. 37-63.
- Bacher, J. (2003). Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, S. 3-32.
- Berthoud, R./ Bryan, M. (2008). Deprivation indicators. In: Berthoud, R./ Zantomio, F. (Hrsg.): Measuring poverty: Seven key issues. S. 14-15.
- BMASK/ Statistik Austria (2011). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. In: Sozialpolitische Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 8. Wien.
- BMASK/ Statistik Austria (2013). Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2011. Wien.
- BMASK (2014). Sozialbericht 2013-2014. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien.
- Europäische Kommission (2010). Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020, Brüssel.
- Eurostat (2015). Smarter, greener, more inclusive. Indicators to support the Europe 2020 strategy. Luxemburg.
- ESS (European Statistical System) (2011). Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development. Final Report – adopted by the European Statistical System Committee. (<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/42577/43503/SpG-Final-report-Progress-wellbeing-and-sustainable-deve>, abgerufen am 19.5.2015)
- Guio, A.-C./ Gordon D./ Marlier E. (2012). Measuring material deprivation in the EU: Indicators for the whole population and child-specific indicators, Eurostat Methodologies and working papers. Luxemburg.
- Gordon, D. et al (2000). Poverty and Social Exclusion in Britain. York.
- Heckman, J. J. (2011). The Economics of Inequality: The Value of Early Childhood Education. In: American Educator, S. 31-47.
- Indicator Sub-Group of the Social Protection Committee (2009). Indicators to monitor child poverty and child well-being. ISG-SPC Report. Budapest/Brüssel.
- KIGGS (2015). Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. (www.kiggs-studie.de, abgerufen am 27.5.2015)
- Lamei, N. et al. (2014). Lebensbedingungen in Österreich. In: Sozialbericht 2013-2014. Wien: BMASK, S. 293-335.
- Lamei, N. et al. (2014b). Lebensbedingungen in Österreich. In: Sozialbericht 2013-2014. Wien: BMASK, S. 337-368.
- Lamei, N./ Till-Tentschert, U. (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. In: Statistische Nachrichten 04/2005, S. 349-359.
- Mader, K./ Schneebaum, A./ Skina-Tabue, M./ Till-Tentschert, U. (2012). Intrahaushaltsverteilung von Ressourcen. Geschlechtsspezifische Verteilung von Einkommen und Entscheidungsmacht. In: Statistische Nachrichten 12/2012, S. 983-994.
- OECD (2009). Doing Better for Children. Paris.
- OECD (2011). How's Life? Measuring Well-Being. OECD Publishing.

- OECD (2013). How's Life? Measuring Well-Being. OECD Publishing.
- OECD (2014). Bildung auf einen Blick 2014: OECD-Indikatoren. Bielefeld.
- Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit (2015). Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich 2015. Wien.
- Schenk, M. (2015). Kindergesundheit und Armut -Daten, Zusammenhänge, Ursachen. In: Österreichische Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. Bericht zur Lage der Kinder- und Jugendgesundheit in Österreich 2015. Wien, S. 43-53.
- Schreiner, C. /Schwantner, U. (2009). PISA 2006: Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschafts-Schwerpunkt. Graz.
- Sen, A. (2000). Social Exclusion: Concept, Application, and Scrutiny. Social Development Papers No.1. Asian Development Bank.
- Social Protection Committee (2012). Indicators based monitoring framework, Chapter 3 in "SPC Advisory Report to the European Commission on tackling and preventing child poverty, promoting child well-being". Brüssel.
- Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 – Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien.
- Statistik Austria (2012). Messung von Armut in der EU: Dritte internationale EU-SILC Konferenz erstmals in Wien. Pressemitteilung 10.403-256/12. Wien.
- Statistik Austria (2013a). Methodenbericht EU-SILC 2012. Wien.
- Statistik Austria (2013b). Wie geht's Österreich? – Sonderkapitel Lebensqualität: Die Determinanten des subjektiven Wohlbefindens. In: Statistik Austria. Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen. Wien.
- Statistik Austria (2014a). Methodenbericht zur Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 auf Basis von Verwaltungsdaten. Wien.
- Statistik Austria (2014b). Bildung in Zahlen 2012/2013. Schlüsselindikatoren und Analysen. Wien.
- Statistik Austria (2014c). Wohnen 2013 - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Wien.
- Statistik Austria (2014d). Wie geht's Österreich? Indikatoren und Analysen. Wien.
- Statistik Austria (2015a). Standarddokumentation zu EU-SILC 2014. Wien.
- Statistik Austria (2015b). Tabellenband EU-SILC 2014. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.
- Statistik Austria (2015c). Wohnen 2014 - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Wien.
- Steiner, H./ Giorgi, L. (1997). Armut und Armutsbekämpfung in Österreich. In: BMAGS. Bericht über die soziale Lage 1996. Wien, S. 177-205.
- Till, M./ Klotz, J./ Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Wien.
- Till-Tenschert, U./ Vana, I. (2009). In Armut Aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Wien.
- Till-Tenschert, U./ Weiss, H. (2008): Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Wien.
- UNECE (2011). Canberra Group Handbook on Household Income Statistics. Second Edition. Geneva



TABELLENBAND EU-SILC 2014

**Einkommen, Armut und
Lebensbedingungen**

Wien, am 22.06.2015
(Rev. 4 vom 19.11.2015)